

## **Die Grünen – zwischen allen Stühlen wächst doch die Idee (1978-2021)**

Bündnis 90/Die Grünen (Kurzbezeichnung: Grüne; auch als Bündnisgrüne, B'90/Grüne, B'90/Die Grünen oder Die Grünen bezeichnet) ist eine politische Partei in Deutschland. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die Umweltpolitik. Leitgedanke „grüner Politik“ ist ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.<sup>1</sup>

09/1978 **Die Grünen kommen auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen<sup>2</sup>** - In einer enormen Kraftanstrengung haben die Grünen 95% der 105 Stimmkreise in Bayern rechtzeitig zur Bayerischen Landtagswahl besetzen können. Für den Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen wurde der bekannte Naturheilarzt Dr. Walter Harless als Landtagskandidat für die Grünen gewonnen. Als Bezirkstagskandidatin wurde Frau Anni Jäger aus Murnau gewählt.

Beide Kandidaten wollen sich für die Erhaltung des schönen Bayerischen Oberlandes mit allen Kräften einsetzen und auch in Zukunft eine lebenswürdige, landschaftlich reizvolle Umwelt erhalten.

Sie wenden sich gegen die umweltzerstörerischen Großprojekte wie Wasserversorgung Oberau, Hochspannungsleitungen und Autobahn-Baumaßnahmen in die verkehrstechnische Sackgasse. Sie werden sich einsetzen gegen eine falsche Standortwahl der Müllverbrennungsanlage (Eschenlohe) und für die Erhaltung der landschaftlich reizvollen und ökologisch wertvollen Naturschutzgebiete sowie der natürlichen Heimatlandschaft.

Die Grünen in Bayern haben eine Zusammenfassung aller konstruktiven, demokratischen Kräfte erreichen können und haben eine klare Abgrenzung gegen linke oder rechte Extremisten beschlossen. Sie treten nicht nur für die Erhaltung der Umwelt ein, sondern auch für die Bereicherung der Demokratie.

09/1978 **Die „Grünen“ nominieren ihre Kandidaten zur Wahl<sup>3</sup>** - Garmisch-Partenkirchen — Auch auf dem Papier wollen die „Grünen“ im »Landtags-Wahlkampf ihre Umweltfreundlichkeit greifbar machen: Ihre erste Pressemitteilung für den Landkreis, mit der sie ihre Kandidaten ankündigen, ist auf „Original-Umweltschutz-Papier aus 100 Prozent Altpapier“ geschrieben, „hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung“.

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis\\_90/Die\\_Gr%C3%BCnen](https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen)

<sup>2</sup> KB 09.09.1978

<sup>3</sup> GPT 11.09.1978 ea

Bekanntlich haben sich unter der Bezeichnung „Die Grünen“ mehrere Umweltschutz-Organisationen politischer Zielsetzung für den Landtags-Wahlkampf zu einer gemeinsamen Liste zusammengeschlossen (AUD, GAZ und BI).

Als Kandidaten im Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz/Wolfratshausen haben „Die Grünen“ nach Mitteilung der Münchner AUD-Geschäftsstelle nun nominiert: Für den Landtag „den bekannten Naturheilarzt Dr. Walter Harless“ und für den Bezirkstag Frau Anni Jäger, Murnau.

Beide würden sich, so wird dazu von der Organisation betont, für die Erhaltung des schönen Oberlandes mit allen Kräften einsetzen, um auch in Zukunft eine lebenswürdige, landschaftlich reizvolle Umwelt zu erhalten.

Die Kandidaten würden sich dabei, so heißt es weiter in der Verlautbarung, gegen die umweltzerstörenden Großprojekte einsetzen, wie Wasserversorgung Oberau, Hochspannungsleitungen und Autobahnbau, sowie gegen die „falsche Standortwahl der Müllverbrennung Eschenlohe“.

„Die Grünen“, so die stellv. Landesvorsitzende der AUD, Dorothea Wieczorek, weiter, hätten politisch eine klare Abgrenzung gegen „linke oder rechte Extremisten beschlossen“.

In Oberau hatten „Die Grünen“ unlängst eine erste Versammlung gehalten, die aber trotz öffentlicher Ankündigung wenige Teilnehmer zusammenbrachte und ihren eigentlichen Zweck, Kandidaten für die Wahl am 15. Oktober zu benennen, noch nicht erfüllen konnte.

Zudem zeigte sich, dass der Hauptreferent des Abends über die Projekte, gegen die sich die Kandidaten nun in ihrem Wahlkampf wenden wollen, nur recht oberflächlich informiert war.

### **Landtagswahl 1978 - Dr. Walter Harless, Stimmkreis 120**

„Die alte Politik hat uns Verschwendung, Umweltvergiftung, Krankheit und Naturzerstörung gebracht. Der allgemeine Wohlstand hat die Qualität des Lebens geschädigt und nicht gefördert. Ein Umschwenken ist unerlässlich.

Deshalb trete ich ein

- für eine echte Gesundheitspolitik, die Krankheiten verhütet, statt sie nur zu finanzieren. Schluss mit leichtfertiger Umweltvergiftung und Suchtmittelverbreitung
- für wirksamere Bekämpfung von Ausbeutung, Zentralisierung und Monopolisierung
- für direkte Mitbestimmung mündiger Bürger bei Lebens- und Gesundheitsfragen

- für die Reform des Parlamentes zu echten Volksvertretungen, die nicht von Teilinteressen unterwandert werden können
- für Bildungspolitik im Dienste des Lebens, des Friedens und der Toleranz anstatt im Dienste des Gewinnstrebens und der Karriere
- für Fortschritt von Menschlichkeit und echter Lebensqualität, statt Fortschritt tödlicher Techniken und brutalen Machtmissbrauchs
- für eine Reinigung des politischen Mandats von dem Odium des persönlichen Gewinnstrebens
- für mehr Redlichkeit und Unbestechlichkeit in der Politik
- für Erfüllung des Grundgesetzes: „Oberster Souverän ist das Volk“
- für wirksamen Schutz von Minderheiten, Natur, Umwelt, Leben und Gesundheit, damit wir alle in Frieden überleben können.

Ich befolge die drei Wahlsprüche der „Grünen“:

„Vielfalt statt Einfalt!“

„Aktive Partnerschaft statt gegenseitige Unterdrückung!“

„Nimm Partei für das Leben, nicht für Geld und Gewalt!“

### **Bezirkstagswahl 1978 - Anny Jäger, Stimmkreis 120**

„einem Murnauer verheiratet, habe vier Kinder und bin staatl. gepr. Krankengymnastin, z. Zt. aber „nur“ Hausfrau.

Die Einflussnahme des Bezirkstags erstreckt sich bekanntlich auf gesundheitspolitische, soziale und kulturelle Gebiete, auf Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz und auf Bereiche von Landwirtschaft und Fremdenverkehr.

Von diesem Aufgabengebiet her sehe ich im Bezirkstag ein günstiges Instrument, den Forderungen der „Grünen“ Nachdruck zu verleihen. Durch meinen Beruf und als Mitarbeiterin meines Mannes bei seinen natur-, und umweltschützerischen, sowie seinen kulturellen Aktivitäten glaube ich, den nötigen Sachverstand für die Arbeit des Bezirkstags einzubringen.

Auch liegt es mir als Mutter von vier Kindern besonders am Herzen, mich dafür einzusetzen, dass eine gesunde Zukunft für unsere Kinder gesichert wird.

Da ich, bedingt durch die Kriegs- und Nachkriegswirren, ohne eine echte Heimat aufwuchs, habe ich früh erkannt, wie wichtig für die Jugend die Geborgenheit einer Heimat ist, wie ich sie erst hier, in Murnau fand.

Die Basis unseres Lebens ist die Erde und was sie hervorbringt. Darum können wir auf keinen Fall dulden, dass unser so eng gewordener Lebensraum wie bisher zersiedelt, mit Betonkästen verbaut, mit Asphalt und Teer verstraßt, durch KV-Leitungen verdrahtet oder durch Radioaktivität verseucht wird. Darum ist es höchste Zeit für eine Politik, die die Lebenschance der Generationen nach uns noch gewährleistet und eine Partei, die Schluss macht mit sinnloser Verschwendung von unersetzlichen Gütern und Rohstoffen.

Wir müssen einer sinnlosen Plünderung unseres Planeten entgegenwirken: Die Erde hat keinen Notausgang!“

12/1979 **Mitgliederversammlung in Burgrain<sup>4</sup>** - Die »Grünen« halten am Freitag, 14. Dezember um 19.30 Uhr im **Rasthaus Burgrain** ihre **erste Mitgliederversammlung**. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Gründung eines Kreisverbandes Garmisch-Partenkirchen; Wahl des Kreisvorstandes; Bildung von Arbeitsgemeinschaften und eine Diskussion über Satzungsentwurf und Grundsätze. Außerdem können Freunde und Bekannte mitgebracht werden, bzw. alle, die Interesse haben, an diesem Abend teilzunehmen. Für die Murnauer Interessenten hat sich H. Jäger bereit erklärt, Fahrgemeinschaften zu organisieren (Tel. 08841/1808).

Ergebnis: 1. Vorsitzender Hans Rühm, 2. Vorsitzende Tessy Lödermann

06/1980 Die Grünen zur Bundestagswahl - **Hans Rühm und Monika Propach als Kandidaten gewählt<sup>5</sup>** - Garmisch-Partenkirchen/Weilheim/Murnau - Die Kreisverbände Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau der Grünen Partei trafen sich in Murnau, um ihre Kandidaten für die Bundestagswahl aufzustellen.

Dass die Grünen am Wahlkampf teilnehmen, stand bis vor kurzem noch nicht fest. Für eine junge Partei besteht immer die Gefahr, schnell "verheizt" zu werden. Manche meinen auch, dass Stimmen für die Grünen nur der SPD schaden, Strauß aber förderlich wären, zudem das "grüne Programm" und der Bundesvorstand noch zu sehr unter Beschuss stünden. Maurice de Coulon, in den Bundeshauptausschuss von Nürnberg gewählt, konnte aber berichten, dass in Nürnberg mit überwältigender Mehrheit die Teilnahme von Bayerns Grünen am Bun-

---

<sup>4</sup> kb 14.12.1979

<sup>5</sup> kb 28.06.1980 ron

destagswahlkampf beschlossen wurde. "Die Grünen sollten wie in der Landtagswahl Farbe bekennen", so de Coulon, "da sie die einzige gültige Alternativpartei stellen und ein Nicht-Antreten für alle diejenigen eine große Enttäuschung wäre, die bisher auf die neue Partei vertraut haben."

Dieses "Dahinterstehen" wurde allgemein als eines der wichtigsten Kriterien für einen Wahlkampf angesehen. "Allein, dass die Grünen da sind, verändert schon die Politik", wurde von Max Winkler (Diplom-Physiker) erinnert. Nicht eine Taktik möchten die Grünen erkennen lassen, sondern ihre Überzeugung von der Notwendigkeit ihrer Partei.

Landesvorsitzender Jörg Westerhoff, Augsburger Schullektor, berichtete über die einstimmige Annahme der Wahlplattform mit Ausnahme des auch in grünen Kreisen umstrittenen Paragraphen 218. Eindeutig bekannte aber Westerhoff, dass "eine Gesellschaft geschaffen werden müsse, in der die Frage der Abtreibung so nicht mehr gestellt werden müsse, sondern das Austragen eines Kindes erleichtert würde".

Dass Basis- und Selbstkritik zu den selbstverständlichen Grundprinzipien der Partei gehören, zeigten dabei immer wieder Beiträge von Tessa Lödermann, der zweiten Vorsitzenden des KV Garmisch-Partenkirchen, und von Klaus Adler, dem Weilheim-Schongauer Vorstand, sowie der Kandidatin Monika Propach. Während sich Monika Propach aus beruflich-privaten Gründen "nur" als Listenplatzkandidat aufstellen lassen konnte, war für alle klar, dass nur einer als Erstkandidat in Frage käme: Hans Rühm.

Anfänglich eigene Probleme (so um das Haus seiner Mutter) ließen Rühm für die Probleme vieler hellhörig werden. Er engagierte sich so in den Fragen der Zweitwohnungen, des Denkmal- und Naturschutzes. Er wohnte Bauausschüssen und Gemeindefitzungen bei und arbeitet zurzeit an der Gründung einer Bürgerinitiative "zur Rettung Garmisch-Partenkirchens" mit.

Sechs Jahre CSU-Mitglied, verließ Rühm die Partei, weil er in ihr nur eine "Politik des Fortschritts auf Vernichtung" zu erkennen glaubte. Zwei Tage, nachdem die "Freie Wählerschaft" gegründet worden war, rief er den KV Garmisch-Partenkirchen der Grünen ins Leben, zurzeit 28 Mitglieder mit vier Vorstandsmitgliedern: er selbst ist Vorsitzender. In einer geheimen Wahl stimmten 19 ordentliche Mitglieder über die Kandidaten ab. Rühm wurde mit zwölf Ja-Stimmen (fünf Nein-/zwei Enthaltungen) zum Erstkandidaten gewählt. Monika Propach einstimmig zur Zweitkandidatin.

07/1980 **Hans Rühm verzichtet auf Bundestagskandidatur**<sup>6</sup> - Garmisch-Partenkirchen (ea)

— Der Bundestagskandidat und Kreisvorsitzende der „Grünen“, Hans Rühm, verzichtet auf die Kandidatur zum Deutschen Bundestag. In einer Presseerklärung stellt Rühm unter anderem fest, dass einer der Gründe für diesen Schritt die Tatsache sei, dass zurzeit die „Bunten“, Alternativen und K-Gruppenangehörige die „Grünen“ lenken, deren Hauptziel die Gesellschaftsveränderung sei. Dies habe er nicht mitmachen wollen.

Hier die Erklärung von Hans Rühm:

„Vorgänge auf dem Bundesparteitag in Dortmund haben mich erkennen lassen, dass trotz intensiver Bemühungen maßgeblicher Gremien die großen innerparteilichen Probleme nicht überwunden werden konnten. Aus meiner Sicht gesehen sind die ökologischen Forderungen dieser Erde nicht mehr vorrangiges Ziel der politischen Arbeit dieser Partei. Die Palette politischer Zielvorgaben, die ich gegenüber dem Wähler nicht mehr vertreten möchte, reicht von unökologischen Programmpunkten bis hin zu Schubladenpapieren für die Zeit nach der Wahl, die unter anderem die Abschaffung von Privatbesitz vorsehen als auch Experimente von systemsprengender Wirksamkeit fordern.

Unerfahrenheit in politischer Arbeit und mangelhafte Kenntnis ökologischer Probleme hat Ungereimtes im Saarbrücker Programm verursacht. Dies mag bereinigt werden können. Doch gerade diese politische Naivität vieler Delegierter auf Bundes- oder Landesversammlungen hat es nach meiner Meinung ermöglicht, dass zurzeit die Bunten, Alternativen und K-Gruppenangehörige die Grünen lenken. Gesellschaftsveränderung ist heute das vorrangige Ziel, auch Grundgesetzänderungen.

So gab man bei der Vorstandswahl nicht dem, vielen Bürgern als Sinnbild ökologischer Politik geltenden Herbert Gruhl die Stimmenmehrheit, sondern zog den erklärtermaßen gewerkschaftlich orientierten Dieter Burgmann vor. Dieser hatte bei der Ablösung des früheren bayrischen Landesvorstandes eine führende Rolle gespielt.

Unter den lange Zeit äußerst kompromissbereiten grünen Ökologen befinden sich Mitglieder, Kreisvorsitzende und Landesvorstandsmitglieder aus fast allen deutschen Landen. Der in Dortmund erneut deutlich werdende Trend der Grünen, insbesondere der Druck von links, veranlasst heute viele, die Mitgliedschaft in dieser Partei zu überdenken. Viele sprechen mit Baldur Springmann: „Dies kann nicht mehr meine politische Heimat sein“.

Interessierten Bürgern versichere ich, dass ich weiterhin alle mir verfügbaren Kräfte einsetzen werde, meine Vorstellungen ökologischer Politik zu verfolgen. Ich bitte alle Gleichgesinnten, mich hierbei zu unterstützen.“

---

<sup>6</sup> GPT 19.07.1980 ea

10/1982 Die „Grünen“ und ihr Wahl-Programm - „**Wir leben gegen die Natur!**“<sup>7</sup> - Garmisch-Partenkirchen/Bad Tölz (ea) —Die „Grünen“, werden sie auch in Bayern in den Landtag kommen? Am Sonntag wird sich's erweisen, Kandidat der „Grünen“ für die Kreise Bad Tölz und Garmisch-Partenkirchen ist der in Garmisch-Partenkirchen wohnende Professor Dr. Arnold Bauer. Unsere Redaktion sprach mit ihm über seinen Werdegang, siehe Vorstellungen.

„Für mich war die Friedenspolitik der Grünen“, so Dr. Bauer, „ursprünglicher Anlass, dieser Partei beizutreten. Unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist entgegen einer weitverbreiteten Meinung keineswegs wirklichkeitsblind, sie ist vielmehr der erste Schritt zu einer friedlicheren Welt, nach der wir uns alle sehnen. Wer wie ich, den Krieg als Frontsoldat mitgemacht hat, kann eigentlich nicht anders, als sich mit ganzer Kraft hierfür einzusetzen.“ Der Werdegang von Dr. Arnold Bauer: Jahrgang 1915, nach dem Abitur Soldat und bei Kriegsende Major der Panzerartillerie. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft Studium der Elektrotechnik, danach 10 Jahre in der Industrie, und anschließend ebenso lange an der Universität Karlsruhe, in Lehre und Forschung. Verheiratet, 2 Kinder.

Was wollen die Grünen im Landtag? Dazu Prof. Dr. Bauer: „Der umstrittene Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals und des Flughafens im Erdinger Moos, die Planung weiterer Atomkraftwerke, einer Wiederaufbereitungsanlage in Schwandorf und einer Atommüll-Deponie in Mitterteich, und schließlich das durch die Autobahn und das Münchner Wasserprojekt bedrohte Loisachtal, das alles zeigt doch, dass man auch in Bayern im Begriff ist, durch Großprojekte die Umwelt beängstigend zu belasten.“ Mehr als 30 Prozent der Tier- und Pflanzenwelt im Freistaat seien in ihrem Bestand akut gefährdet und vom Aussterben bedroht, und auch das Waldsterben mache bei uns nicht halt. Diesbezüglich gebe es also im Landtag viele Aufgaben für die Grünen.

Für die Landwirtschaftspolitik, so Kandidat Dr. Bauer, wären in einem Land wie Bayern, das eine kleinbäuerliche Agrarstruktur aufweise, neue Wege einzuschlagen, um den Bauern Überlebenschancen aufzuzeigen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Zurzeit seien fünfzig Prozent Vollerwerbs-Landwirte in der Bundesrepublik durch den fortschreitenden Strukturwandel in ihrer Existenz bedroht, davon überdurchschnittlich viele in Bayern. Die „Grünen“ forderten deshalb eine ökologisch orientierte bäuerliche Landwirtschaft, die nicht nach dem Motto „Wachsen oder weichen“ arbeiten müsse.

Auch in der übrigen Wirtschaft streben die Grünen, so berichtet Dr. Bauer, von der ständig wachsenden Konzentration bei der Herstellung und Verteilung der Güter auf Ballungszentren

---

<sup>7</sup> GPT 06.10.1982 ea

und Großunternehmen fort zu überschaubaren, dezentralisierten Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten.

„Wir Grünen“, so Prof. Bauer, „lehnen die Kernenergie ab. Die gesundheitlichen Schäden sind bei allen Vorsichtsmaßnahmen nicht auszuschließen, die Gefahr großer nuklearer Unfälle, die Möglichkeit von Sabotage an Atomkraftwerken und der Erpressung mit radioaktivem Material.“ Das alles seien unverantwortbare Risiken. Hinzu komme die noch völlig offene Frage der Entsorgung. Durch bessere Nutzung und strukturelle Veränderungen ließe sich der Energieverbrauch ohne Verringerung des Lebensstandards erheblich senken. Die Förderung des sinnvollen Einsatzes regenerativer Energiequellen könne dann zur Deckung des verbleibenden Bedarfs führen. Diese Technologien würden zudem eine große Zahl neuer Arbeitsplätze schaffen.

Prof. Bauer: „Wir leben nicht mehr mit der Natur, wir leben gegen sie. Die Grünen haben vier Grundlagen zur Verwirklichung ihrer Ziele: Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Damit wollen wir ein Zeichen des Wandels geben, das Signal für eine bessere menschliche Zukunft!“

03/1983 **Für die „Grünen“ im Rennen Dorothee Fremerey<sup>8</sup>** - Landkreis: Dorothee Fremerey, 35jährige Erzieherin an einer Heimschule bei Landsberg, wird am 6. März im Wahlkreis 212, für die Grünen kandidieren. Die Mutter von drei erwachsenen Kindern wurde mit großer Mehrheit von ihren Parteikollegen für dieses Amt gewählt.

Dorothee Fremerey gehörte lange Jahre der SPD an. Aber aus Enttäuschung über deren Politik, löste sich die Erzieherin immer mehr von den Sozialdemokraten. Der endgültige Bruch mit der SPD kam, als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den NATO-Doppelbeschluss unterzeichnete. Das war 1979. Seit dieser Zeit suchte Dorothee Fremerey Kontakte zu ökologischen Gruppen. Schließlich fand sie ihre neue politische Heimat bei den Grünen und half aktiv bei dem Aufbau der Münchner Grünen mit. Aber nicht nur in der Landeshauptstadt arbeitete sie für ihre politische Meinung. Auch daheim, in der Nähe von Landsberg ist D. Fremerey unermüdlich für die Interessen der Friedensinitiative unterwegs, die sie selbst mit aus der Taufe gehoben hat. Als Hauptaufgabe der Grünen im Bundestag sieht Dorothee Fremerey die Durchsetzung alternativer Politik. Darunter versteht sie die Abkehr von der Wegwerfgesellschaft und den Ausstieg aus der Kernenergie.

Fremerey möchte — falls sie in den Bundestag kommt — keinen unritterlichen Kurs vertreten. Für sie ist es selbstverständlich, dass sich die Grünen den politischen Problemen stel-

---

<sup>8</sup> GPT 03.03.1983 gra



len, und konstruktiv mitarbeiten. Die Grenzen für die Kompromissbereitschaft, liegen für sie bei Überlebensfragen, zum Beispiel bei der Nachrüstung.

05/1983 **Die Aktion Bürgerentscheid**<sup>9</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Reinhard Förster, Mitglied im Landesvorstand der Grünen in München, begann sein Referat über die Aktion Bürgerentscheid im „Alpengruß“ mit einer Schilderung der demokratischen Tradition in Bayern.

Dr. Hans Ehard und Wilhelm Hoegner, die Väter der Bayerischen Verfassung, hätten schon 1950/51 das plebiszitäre Element verankern wollen und den Bürgerentscheid für Bayerns Gemeinden und Kreise beantragt. Der Entwurf wäre mit knapper Mehrheit abgelehnt worden, weil der Bürger nach den Jahren des Nazi-Regimes noch nicht wieder demokratiefähig sei. Bis 1933 gab es nämlich dieses Recht in Bayern, und zwar - mit einer kurzen Unterbrechung nach dem Ersten Weltkrieg - schon seit 1869.

„Die inzwischen erfolgte 33jährige demokratische Bildungsarbeit der bayerischen Regierung ist nach ihrer eigenen Aussage jedoch ohne jeden Erfolg geblieben; denn sie lehnt den Bürgerentscheid noch immer mit der gleichen Begründung ab“, führte Reinhard Förster aus. So bliebe nur der Weg über ein Volksbegehren, wozu seit zirka zwei Jahren außer von den Grünen auch von verschiedenen Organisationen (u. a. Bund Naturschutz, FDP) Unterschriften gesammelt würden.

Der Referent erläuterte Durchführungsmodalitäten und entkräftete den häufig vorgebrachten Einwand „Schweizer Verhältnisse“. In Baden-Württemberg, wo der Bürgerentscheid seit 1956 praktiziert werde, seien in den verflossenen 27 Jahren insgesamt lediglich 200 Entschiede durchgeführt worden, das bedeute für diese Zeit einen Entscheid für jede dritte Gemeinde.

Die Rahmenbedingungen für den Bürgerentscheid seien sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung vorgesehen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt“ (Art. 20, Abs. 2, GG) „Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund. Mehrheit entscheidet“ (Art. 2, Abs. 2, BV).

Die herrschende Staatsverdrossenheit und die steigende Zahl der Bürgerinitiativen resultiere aus den fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers bei den jetzigen demokratischen Strukturen. Ein Kreuzchen alle sechs Jahre genüge nicht, da sich viele Probleme erst im Laufe dieser Zeit ergaben, führte der Referent aus.

---

<sup>9</sup> GPT 25.05.1983

Zwischendurch bezog er sich immer wieder auf die Winter-Olympiade 1992, eine „risikoreiche Massenveranstaltung“, um die sich die Gemeinde Garmisch beworben habe, ohne die Meinung der Bevölkerung zu erfragen.

06/1983 Grünes aus Bonn im Kreisort - **Von Langhaarigen, Rechtsaußen und den Tricks der Etablierten**<sup>10</sup> - Die Hauptperson des Abends kommt direkt vom Krottenkopf: Dorthin hat Axel Vogel, „Nachrücker“ der Grünen in den Deutschen Bundestag, am Sonntag zuerst noch eine Bergtour unternommen, bevor er den Mitgliedern des lokalen Kreisverbandes im Hotel „Alpengruß“ Rede und Antwort zu alternativer Politik steht.

Der Mann aus Bonn mit Reinhold-Messner-Haarschnitt, fliederfarbiger Hose und einem Vollbart, der wirkt, als vermöge er sämtliche politischen Stürmen zu trotzen, gibt sich der Basis im freundlichen Plauderton. Auch ohne vorgefertigtes Manuskript weiß er einiges zu sagen, und sein „FJS“-Kugelschreiber, mit dem er ab und zu Notizen macht, ist durch diverse Sonnenblumen-Aufkleber „entschärft“.

Drei Monate sitzen sie nun schon im Parlament, die 28 Abgeordneten der grünen Bundestagsfraktion, und haben nach anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten (Vogel: „Erst in acht Wochen halbwegs geschnallt, was eigentlich läuft“) mittlerweile feststellen müssen, dass auch am Rhein Büros Mangelware sind („wurden zum Teil in einem alten Klassenzimmer untergebracht“), und „man unheimlich aufpassen muss, von den Großen nicht ständig ausgetrickst zu werden“.

Gemeinsam mit ein paar „CSU-Rechtsaußen“ (Originalton Vogel) hat man den fünften Stock des Hochhauses am Tulpenfeld bezogen. Zwar würden sich die etablierten Kollegen dort immer noch hin und wieder über „einige langhaarige“ Gestalten im Fahrstuhl aufregen, doch allmählich setze sogar hier so etwas, wie eine Art Gewöhnung ein.

Überhaupt gestalte sich die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien mehr als schwierig. Bei der Union und den Freien Demokraten, so Vogel, sei die Sache ja wohl klar. Eine echte Kooperation könne man sich auf grüner Seite allenfalls mit dem ökologischen Flügel der SPD vorstellen. Doch auch da wäre der Fraktionszwang vor wichtigen Entscheidungen einfach zu groß. Vogel: „Wenn wir tatsächlich mal einen Antrag durchbringen wollen, kriegt von denen höchstens einer die Flosse hoch!“

Im Lager der Grünen herrscht Einigkeit: Erreichen wird man in den kommenden vier Jahren wohl nicht allzu viel. Gerade deshalb meint Nachrücker Vogel, wäre die Arbeit in den Länderparlamenten und auf kommunaler Ebene äußerst wichtig.

---

<sup>10</sup> GPT 14.06.1983 Peter Gruber

Auch, die Presse bekommt ihren Teil ab: „Ich glaub manchmal“, sinnierte der Redner, „je beleidigender eine Äußerung, desto größer die Chance, dass sie abgedruckt wird“. Und davon hat Axel Vogel denn auch gleich eine Auf Lager: Nicht nur, dass unsere Volksrepräsentanten tatsächlich eine reine Alkoholikerversammlung seien, „die haben manchmal eine Fahne, die länger als die Bundesflagge ist“!

Sorgen bereitet den Grünen auch ihre Beweglichkeit: „Wir besitzen nur ein einziges Dienstfahrrad“, bemerkte Vogel, „und nicht einmal das können wir draußen stehen lassen, weil man uns dann gleich wieder die Reifen aufschlitzt. Deshalb nehme man jetzt verstärkt den Fahrdienst in Anspruch - selbst wenn es Kritik hagelt: „Verlegt die SPD aber mal eben eine Fraktionssitzung nach Berlin und braucht dazu 202 Flugtickets für je 450 Mark, sagt keiner was.“ Die Grünen, ist sich Axel Vogel sicher, hätten jedenfalls trotz aller Unkenrufe noch ganze 44 Monate Zeit, zu beweisen, „dass sie einiges draufhaben“. Peter Gruber

06/1983 Zahlungsboykott gegen das Waldsterben? - **Grüne bezeichnen „billige Kernenergie“ als Fehlplanung ersten Ranges**<sup>11</sup> - Garmisch-Partenkirchen (pg) - Als „makaber“ und „eine Fehlplanung ersten Ranges ohne jede wirtschaftliche Chance“ bezeichnet der Kreisverband der Grünen den Vorschlag einiger Politiker, das Waldsterben durch den Bau von zusätzlichen Kernkraftwerken zu stoppen. Wie es in einer Stellungnahme dazu heißt, würde gerade die Frage der bis heute noch ungeklärten Entsorgung die Kosten jener, „mit zahlreichen Risiken verbundenen“ Energie in unkalkulierbare Höhen treiben. Die einzig mögliche Lösung, den Wald noch vor der endgültigen Katastrophe zu retten, ist nach Ansicht der Grünen ein „umgehender und uneingeschränkter Einbau von Rauchgas-Entschwefelungsanlagen in bestehende Großfeuerungsapparate.“

Anlass für den Kreisverband war die erneute Erhöhung der Strompreise im Freistaat, die seit dem ersten Juni in Kraft ist: Um beinahe 20 Prozent seien die Kosten dafür in den letzten beiden Jahren gestiegen, mehr als die Lebenshaltung im selben Zeitraum.

Die Isar-Amperwerke, so die Grünen weiter, führten neben gestiegenen Primärkosten die Umgestaltung am Kernkraftwerk OHU sowie den Bau des Schnellen Brütters in Kalkar an; drei Punkte, die bereits einer näheren Prüfung kaum standhalten könnten: Denn erstens wären die Ölpreise vor der Erhöhung sogar nach unten gegangen, zweitens dürfe man die Isar-Amperwerke mit 13 Prozent Dividende durchaus als blühendes Unternehmen bezeichnen und drittens gelte es zu überlegen, ob hier nicht nur ein hoher Gewinn gesichert werden solle.

---

<sup>11</sup> GPT 21.06.1983 pg

Die Finanzierung der Kernenergie - die Grünen nennen hier eine Zahl von 200 Milliarden Mark - sei jedenfalls hierzulande völlig illusorisch. Demgegenüber, betont der Kreisverband, gebe es jedoch genügend Programme für eine ausreichende Versorgung mit sogenannten regenerativen Energiequellen. So müsse der Bürger etwa für die besagten Rauchgasentschwefler bei entsprechender Organisation lediglich zwischen einem halben und zwei Pfennigen pro Kilowattstunde als Aufpreis berappen. Andererseits sei es eine reine Zumutung, der Bevölkerung die Kosten für Fehlplanungen bei der Kernenergie auf diesem Wege „unterzujubeln“. Ein Zahlungsboykott wäre die richtige Antwort, heißt es.

Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann habe den Vorgang sanktioniert und die Kommunen haben dazu mit dem Kopf genickt. Die wichtigste Lebensgrundlage, der Wald, bleibe dabei aber auf der Strecke.

09/1983 Grüne appellieren auf Veranstaltung im Kreisort - **„Der Umwelt wieder eine Chance geben“<sup>12</sup>** - Garmisch-Partenkirchen (eb) - Die Stühle im großen Saal im Werdenfelserhof waren dicht gestellt, und es brachte große Schwierigkeiten, die Schiebetüren zu schließen. Über 150 - durchweg nicht rauchende - Gäste waren gekommen, um die Veranstaltung des hiesigen Kreisverbandes der Grünen zum praktischen Umweltschutz zu besuchen.

Dr. Paul Kestel stellte sich als Grüner vor, zwar nicht immer einverstanden mit allen Aktionen seiner Partei, aber überzeugt, dass nur sie den richtigen Weg aus der Krise sucht. Die griechische Bedeutung von „Krise“ sei „Entscheidung - Wendepunkt“, und von dieser positiven Bedeutung her wolle er seinen Vortrag aufbauen. Bevor er auf die Möglichkeiten des praktischen Umweltschutzes einging, schilderte er die Entwicklungsgeschichte unseres Planeten und die Gründe, warum nur ein behutsamer Umgang mit Tier und Pflanze, mit Wasser und Luft vor einer Katastrophe bewahren könne.

Der Referent schilderte, dass in der BRD jährlich ein Gebiet, so groß wie die Strecke Garmisch-Murnau im Quadrat, zubetoniert werde. Durch übermäßigen Wasserentzug und Waldzerstörung versteppe die Landschaft. Diese Schäden seien nie mehr wiedergutzumachen, wie man in den Mittelmeerländern, wo bereits vor tausenden von Jahren Raubbau getrieben worden sei, noch heute feststellen könne. In zahlreichen Flüssen und Seen sei alles Leben erstarben, die Müll-Lawine wachse beängstigend, so dass deren Beseitigung immer schwierigere Probleme aufwerfe. Täglich sterbe eine Tier- oder Pflanzenart lautlos aus, und zwar für immer. Der Verschwendung an Energie und Rohstoffen in den Industrieländern stehe dort eine zunehmende Arbeitslosigkeit und in den Ländern der Dritten Welt eine erschreckende Verelendung gegenüber.

---

<sup>12</sup> GPT 16.09.1983 eb

„Auf diesem Weg dürfen wir nicht weitergehen“, appellierte Dr. Kestel, „wir wollen überleben, und da hilft nur ein radikales Umdenken. Die Veränderungen müssen von uns kommen, wir müssen uns zusammenschließen, über alle Parteien hinweg.“

In der Diskussion ergab sich hierzu ein gutes Beispiel. 40 Prozent der Schadstoffe in den Gewässern würden durch die Hausfrau verursacht, durch ihre „Reinlichkeit“. Es handele sich vor allem um Phosphate, die den Waschmitteln beigefügt seien, um Ablagerungen von Kalk in den Waschmaschinen zu verhindern. Dieser Kalk trete aber erst bei höheren Temperaturen aus. Bis vor etwa einem Jahr konnte man überall phosphatarme Waschmittel für 60 Grad-Wäsche kaufen. Bei 60 Grad werde nach Fachurteil normal Verschmutzte Haushalts- und Bettwäsche hygienisch einwandfrei sauber.

Aber die Industrie habe, so Kestel den menschlichen Hang zur Bequemlichkeit einkalkulierend, den Werbeslogan „drei Temperaturen, ein Waschmittel“ erfunden. Dieses müsse natürlich mit entsprechenden Phosphaten und Enzymen versehen sein. Jetzt würden noch mehr Schadstoffe in die Flüsse und ins Grundwasser eindringen und verursachten so, dass dort der Sauerstoff und alles Leben ausstirbt.

Bei dieser Gelegenheit ergriff Monika Morrison das Wort, die einen Bio-Laden in der Schnitzschulstraße führt. Sie erläuterte, wie die umweltbewusste Hausfrau vor allem durch sparsamen Umgang mit Reinigungsmitteln die Schädigungen in der Natur vermindern könne. Umweltschonende Präparate konnten an ihrem Ausstellungstisch im Saal besichtigt werden.

Bereits am 2. September berichteten wir über das von der Kreisgruppe der Grünen herausgegebene Faltblatt zum praktischen Umweltschutz. Dr. Kestel bezog sich immer wieder darauf, auch als er über das Müll-Problem sprach. Nachdem tonnenweise Altglas aus dem Osten eingeführt werde, sei der Antrag auf Aufstellung eines sechsten Containers im Ort wohl begründet. Auch der Antrag, durch die öffentliche Hand eine Möglichkeit zu bieten, giftigen Sondermüll loszuwerden, sei überfällig für Garmisch-Partenkirchen. Im Übrigen wurde in der Zwischenzeit ein Antrag der hiesigen Kreisgruppe bereits Wirklichkeit: Beim Rathauspfortner steht eine Sammelbox für die hochgiftigen kleinen Quecksilber-Batterien mit der Aufschrift „Mercury-M-Mercure“.

Einen verantwortungsbewussten Umgang mit Energie legte Dr. Kestel den Zuhörern besonders ans Herz. Es sei nachgewiesen, dass mehr als die Hälfte des Verbrauches ohne Einschränkung der wirklichen Lebensqualität eingespart werden könne. Wie sehr sein Appell überzeugt hatte, zeigte die Nachfrage nach der Broschüre über Energiesparen beim Heizen, die im Nu vergriffen war.

Der Andrang an dem Tisch mit' detailliertem Informationsmaterial war groß. Auch die vom Bund Naturschutz neu herausgegebene Broschüre über biologischen Pflanzenschutz fand

reges Interesse. Die Lobby der Chemie kämpfe mit allen Mitteln gegen die zunehmende Besorgnis der Bevölkerung über die Umweltvergiftung. Bei uns gäbe es statt der Lüge den Begriff I „Schutzbehauptung“, die viele Möglichkeiten eröffne. Auch beim Werbefernsehen, brauche es mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen zu werden, meinte der Referent, wenn es um den Verbraucher ginge; gegenüber der Konkurrenz dagegen sei Vorsicht angebracht. Sogenannte „neutrale“ Gutachten - warnte Kestel weiter - würden von der Chemie mitfinanziert.

01/1984 Heinz Bergmann führt Kreistags-Liste an - Bewerber zwischen 19 und 85 Jahren alt **Grüne zeigen sich ganz emanzipiert: 13 Frauen unter den 27 Kandidaten!**<sup>13</sup> - Garmisch-Partenkirchen (red) - Dass die Grünen nicht nur aufgrund ihrer Bezeichnung, sondern auch durch ihr Wirken Farbe in die Kreis-, Landes- und Bundestage gebracht haben, ist unbestritten. Sie gehen politisch unbeschränkte Wege, sind Vorreiter auf manchem Gebiet, obgleich ihnen in nicht allen Bevölkerungsschichten Zuspruch widerfährt.

Bevor die zahlreich im „Alpengruß“ erschienenen Interessenten jedoch in die Diskussion eintraten, wollten sie von Axel Vogel, Bundestagsnachrücker, (eigens aus Bonn angereist) aus erster Hand wissen, was es mit der Drohung von Gert Bastian auf sich habe, aus der Fraktion auszutreten.

Der nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag inzwischen aufgebaute Arbeitsapparat der Fraktion mit Bundesarbeitsgemeinschaften und Regionalbüros werde, laut Vogel, außer von Gert Bastian optimal beurteilt und könne deshalb nicht abgeschafft werden. Das Rotationsprinzip habe sicher auch Nachteile „aber als ausreichenden Grund, die Fraktion zu verlassen“, konnte Axel Vogel das nicht ansehen.

Pionierhaftes jedoch geht von den Grünen aus, wenn man sich ihre kürzlich im Hotel „Alpengruß“ aufgestellte Kreistagsliste ansieht: Jedes Lebensalter ist vertreten, die einzelnen Kandidaten sind zwischen 19 und 85 Jahre alt. Darüber hinaus bewerben sich neben 14 Männern insgesamt 13 (!) Frauen, was die Grünen von jeder anderen Partei unterscheidet.

Die Herausgabe eines eigenen Programms mit den Schwerpunkten Umweltschutz, Demokratie im Kreistag, in der Schul-, Sozial- und Verkehrspolitik, befindet sich im Übrigen in Arbeit.

Was die Klage von Gert Bastian über Fraktionskollegen mit überholten klassenkämpferischen Vorstellungen betreffe, so könne er, Axel Vogel, nur feststellen, dass unter den 58

---

<sup>13</sup> GPT 23.01.1984 red

Abgeordneten und Nachrückern nur ein einziger früher einmal der kommunistischen Z-Gruppe angehört habe, die sich jedoch bereits vor zwei Jahren aufgelöst hätte.

Nach Beendigung der für die Versammlung befriedigenden Ausführungen ging man zur Tagesordnung über. Der Kreisverband hatte beschlossen, für den Kreistag und für die Gemeinden Murnau und Grainau zu kandidieren. In Murnau wurde inzwischen ein eigener Ortsverband gegründet, der seine Listenaufstellung noch bekanntgeben wird. Für Grainau wurden die Kandidaten am Schluss der Versammlung getrennt gewählt.

Kandidieren konnten, wie bei den Grünen üblich, auch Nichtmitglieder. Um die Aktion, 27 Bewerber für den Kreistag zu platzieren, abzukürzen, hatte der Kreisverband beschlossen, nur die ersten zehn Kandidaten einzeln zu wählen, die folgenden 17 jedoch im Voraus zu setzen und

Grainau, wurde Heinz Bergmann (31/Fachlehrer) gewählt. Es sei sein Bestreben, so Bergmann, ein stärkeres Echo für die Vorstellungen der Grünen im Werdenfelser Raum zu schaffen. An der Erfüllung der Forderungen der Grünen zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden Natur führe kein Weg vorbei.

Heinz Bergmann war zuversichtlich, dass der hiesige Kreisverband der Grünen gute Aussichten bei den Kommunalwahlen im März hätte.

Und das ist nun die Kreistags-Liste der Grünen: 1. Heinz Bergmann (31/Fachlehrer/ Grainau), 2. Tessy Lödermann (27/Justizsekretärin/Ga.-Pa.), 3. Leo Frühschütz (20/Wehrpflichtiger/ Murnau), 4. Vitus Kreitmeir (26/Bildhauer/O'gau), 5. Gerlinde Laurien (45/Realschullehrerin/ Farchant), 6. Barbara Seufferth (30/Hotelangestellte/Grainau), 7. Uwe Pohl (33/Diplom-Pädagoge/ Grainau), 8. Monika Schmidt (41/Krankenschwester/Ga.-Pa.), 9. Martina Angermann (19/Haushälterin/Ga.-Pa.), 10. Norbert Weineisen (34/Gastronom/ Mittenwald), 11. Dr. Beate Schücking (68/Ärztin/Farchant) 12. Jose Reindl (33/Techn. Zeichner/ Krün), 13. Richard Maier (21/Zivildienstleistender/Murnau), 14. Hermine Kühbacher (41/Dolmetscherin/Grainau), 15. Reinhard Fuß (31/Dipl.-Soziologe/Murnau), 16. Heino Herpen (29/Angestellter/Murnau), 17. Adolf Kühbacher (46/Angestellter/Grainau), 18. Marta Schubert (84/Pianistin/Grainau), 19. Carl-Heinz Frömke (32/Krankenpfleger/ (Murnau), 20. Luzia Paehler (67/ Rentnerin/Ga.-Pa.), 21. Gerda Keck (31/Kauffrau/Ga.-Pa.), 22. Lisbeth Pecoroni (75/Hausfrau/ Ga.-Pa.), 23. Ernst Schubert (85/ Kunstmaler/Grainau), 24. Johann Feldmeier (26/Bildhauer/ O'gau), 25. Monika Morrison (40/ Kauffrau/Ga.-Pa.), 26. Peter Koller (28/Krankenpfleger/Ga.-Pa.), 27. Charlotte Henrici (75/ Hausfrau/Ga.-Pa.).

10/1984 **Starke Eindrücke vom Behindertenzentrum - Grüne fordern Kontakt mit gesunden Kindern**<sup>14</sup> - Garmisch-Partenkirchen (ea) - Die Grünen der Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen besichtigten soeben die Einrichtungen des Kinder- und Jugendhilfevereins für die behinderten Menschen unseres Kreises in der Krankenhausstraße 3.

Zu Beginn führte Werkstattleiter Alfred Beyer durch die Werkstätten, in denen zirka 60 Behinderte durch erfahrene Handwerksmeister und Fachkräfte beschäftigt werden. Sechs Firmen aus dem Landkreis lassen hier sowohl einfache als auch anspruchsvolle Arbeitsgänge ausführen. Aufsicht und Schutzvorrichtungen bewirken auch in der Schreinerei, dass die Unfallziffer weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. In der kunstgewerblichen Gruppe herrschte schon jetzt reger vorweihnachtlicher Betrieb.

Die Grünen waren beeindruckt, wie in kleinen Einzelwerkstätten in ruhiger Atmosphäre die Fähigkeiten jedes einzelnen gefördert wurden und sich dadurch in sinnvoller Arbeit bei den Behinderten ein angemessenes Selbstwertgefühl entwickeln kann.

Nach der Besichtigung der Tagesstätte äußerte deren Leiter Adolf Spreider in der Diskussion seine Sorge über die erneute Anhebung des Haushaltersparnisbetrages für die Eltern: „Ein Teil der behinderten Kinder kommt aus sozial schwachen Familien, die für die Förderung ihrer Kinder keine größeren finanziellen Opfer bringen können.“ Er fragte sich, warum ausgerechnet die Eltern behinderter Kinder, die ein besonders schweres Los zu tragen haben, verstärkt zur Kasse gebeten werden.

Zum Abschluss kam auch noch der für den Schuljahresbeginn 1985/86 geplante Umzug nach Farchant zur Sprache. Die Grünen halten die Wahl des Grundstückes nicht für glücklich. Hier sei die verstärkte Isolierung, vor der Fachleute warnen, vorprogrammiert. Die Grünen machten nun den Vorschlag, in der neuen Sonderschule Kontakte mit Tieren zu ermöglichen. Hierdurch würden vielleicht auch gesunde Kinder interessiert und auf diese Weise ergäbe sich für sie die Möglichkeit, sich an Umgang mit behinderten Kindern zu gewöhnen.

02/1985 **Grüne Antragsflut erbost Räte**<sup>15</sup> - Berchtold: „Profilierungssucht solcher, die glauben, den Umweltschutz erfunden zu haben“ - Garmisch-Partenkirchen (ao) - Viel Kredit bei ihren Amtskollegen verloren haben die Kreistags-Grünen. Zwölf Tagesordnungspunkte hatte der Landwirtschafts- und Umweltausschuss zu bewältigen, sieben allein stammten aus der Feder von Tessa Lödermann und Heinrich Bergmann. Und allesamt waren, so viele Räte,

---

<sup>14</sup> GPT 31.10.1984

<sup>15</sup> GPT 28.02.1985 ao



überflüssig wie ein Kropf. Weil sie nämlich Probleme aufgegriffen hätten, die längst als solche erkannt und behandelt würden.

Die Palette dieser Anträge, mit der sich der Ausschuss am Dienstag zu befassen hatte, reichte von der Abfallwirtschaft über Amphibienschutzmaßnahmen bis hin zu einem Umweltschutztelefon und den Einbau von Regulatoren in Spülkästen. „Keine Neuerungen“, wie Landrat Dr. Helmut Fischer geduldig Auskunft gab, vielmehr das vortrug, was die Verwaltung zusammenstellen durfte.

Ausgesprochen sauer reagierten etliche Kreisräte. Harmlos noch die indirekte Schelte von Dr. Heinz Keller (CSU): „Das ist des Guten zu viel! Das ist doch alles nachlesbar!“ Schärfer schon Ludolf Leidel (SPD): „Reine Überfütterung; da kriegt man eine Abneigung!“ Und schließlich geharnischt Johann Höck (CSU): „Müssen wir uns das bieten lassen?“ Ignaz Berchtold (CSU): „Profilierungssucht von solchen, die glauben, den Umweltschutz erfunden zu haben. Wir verschwenden hier Zeit mit diesen Anträgen“, und Hans Neumeier (CSU): „Wieviel Zeit und Geld kostet es, solche Anträge beantworten zu lassen?“

Landrat Dr. Helmut Fischer („Ich muss solche Anträge behandeln lassen.“) jedenfalls war wohl gleicher Meinung. Und mit einem Blick auf die anwesende Tessy Lödermann machte er deutlich, wohin hier der Zug zu fahren hat: „Ich hoffe, dass ich damit nicht in den Kreisausschuss oder Kreistag kommen muss!“ Er rechnet also klar mit der Zurücknahme der Anträge.

Der Vollständigkeit halber hier ein paar Anträge und die Entscheidungen: Die Neuordnung der Abfallwirtschaft im Kreis ist in Warteposition; man will erst Erfahrungen sammeln. Zum Einsatz von Herbiziden wolle man sich erst dann äußern, wenn ein diesbezügliches Gutachten vom Umweltministerium kommt: Drei Gegenstimmen gab es bei der Empfehlung, umweltfreundlichen Produkten den Vorrang einzuräumen, Amphibienschutz-Maßnahmen werden vom Kreis gefördert (1300 Mark im Jahr), und der Umbau von Toiletten-Spülkästen ist mit 40 Mark pro Stück zu teuer.

01/1987 Von Monika Propach-Voeste (Die Grünen) - **Für weltweite Abrüstung**<sup>16</sup> - Zu Ihnen spricht eine von diesen „Chaoten“, die sich „scheinheilig“ ein „Ökomäntelchen“ umgehängt haben, unter dem sie ihre „antidemokratische“ Haltung verbergen. So jedenfalls stellt uns Herr Rawe dar als Vertreter der „Christlichen“ Partei, die ihre Macht bedroht sieht von der kleinen, aber stetig wachsenden Partei der Grünen. Vorwürfe sind zudem Schwächen, die man sich selber nicht eingestehen will; aus christlicher Sicht der Balken im eigenen Auge: wer hängt sich denn da scheinheilig ein grünes Mäntelchen über den schwarzen Anzug?

---

<sup>16</sup> KB 21.01.1987

Prüfen Sie es selbst. Ich möchte nicht in diesen Stil verfallen, denn mir geht es darum, Wege aufzuzeigen, die uns aus der Krise herausführen könnten, und aktiv mitzuhelfen. Mich beunruhigt zutiefst, dass unsere Atemluft immer schlechter wird, dass die Bäume sterben und die Menschen zunehmend krank werden an Krebs, Bronchialkrankheiten und Allergien, dass wir unter dem wachsenden Autoverkehr leiden, dass Flüsse wie der Rhein und der Boden, auf dem unsere Nahrung wächst, vergiftet werden, dass Menschen in den armen Ländern verhungern, und die drohenden Gefahren von Atomreaktoren und Atomwaffen uns im Nacken sitzen. All das motiviert mich aber auch, etwas dagegen zu tun: wie der Frosch, der in die Milchkanne fiel. Er strampelte so lange, bis er auf einem Klumpen Butter saß.)

Ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin in der Mark Brandenburg groß geworden, in der Landwirtschaft meines Vaters habe ich früh mitgearbeitet. Während meines Studiums in Berlin habe ich eine äußerst kritische Haltung dem kommunistischen System gegenüber entwickelt, und verließ deshalb auch 1960 die DDR. An Hamburger Gymnasien habe ich Französisch und Latein unterrichtet, und war dann 10 Jahre als Dozentin am Goethe-Institut in Murnau tätig. Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und hängt ihretwegen den Beruf an den Nagel.

Als Bundestagskandidatin setze ich mich ein gegen Luft-, Boden- und Wasservergiftung, gegen Lärm, gegen das Baumsterben, für eine andere Verkehrspolitik, d. h. eine Reduzierung des Landschafts- und Städtezerfressenden Autoverkehrs zugunsten einer Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel und der Bahn, die ausgebaut und wesentlich verbilligt werden müsste. Ich bin gegen die Atomwirtschaft, stattdessen für die Entwicklung alternativer Energiequellen wie Sonnenenergie, Biogasanlagen, Wasserstoff, für den Bau von Entschwefelungsanlagen bei Kohlekraftwerken und Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (Nutzung von Abwärme). 1984 wurde ich als einzige Grüne in den Weilheimer Stadtrat gewählt. In dem ich mich besonders einsetze für Stadtökologie, Stadtbegrünung, Baumpflanzungen.

Ein ganz wichtiges Ziel ist für mich die weltweite Abrüstung, aber ebenso der Friede von unten: in uns und unter uns. Im sozialen Bereich unterstütze ich die Bemühungen für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung, um die Arbeit gerechter zu verteilen, den Frauen die Möglichkeit zu geben, Haushalt, Kindererziehung und Berufarbeit mit den Männern gleichberechtigt zu teilen. Ich setze mich ein für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Lebens, für die Bekämpfung der Abtreibung, aber mit anderen Mitteln als denen des Strafrechts: durch mehr Kinder- und Frauenfreundlichkeit und Hilfe für die Betroffenen.

Ich möchte bewusst als Frau Politik machen, mich einmischen in alle Bereiche und besonders die Interessen der Frauen und Kinder vertreten. Denn Politik wird immer noch von Männern gemacht! Unter dem Ergebnis dieser jahrhundertealten Praxis leiden wir jetzt: Hochrüs-

tung, Technisierung, Umweltzerstörung im schlimmsten Maße. Wir Frauen haben immer nur mitgemacht, nichts Eigenes vertreten. Wir müssen uns trauen, unsere Kraft und Kreativität einzusetzen, andere Werte in die Politik einzubringen: Gefühl und Lebenslust, Respekt und Liebe den Menschen, den Kreaturen, der Natur gegenüber. Und Toleranz den Andersdenkenden!

05/1990 Seit zehn Jahren in der Politik: **Das Ziel heißt Landtag - Tessy Lödermann ist Spitzenkandidatin der Grünen**<sup>17</sup> - Garmisch-Partenkirchen (pr) - Schauplatz Rosenheim/Oberbayern vor zweieinhalb Wochen: Die Garmisch-Partenkirchner Kreisträtin Tessy Lödermann erhält vom Bezirksverband der Grünen im ersten Anlauf die absolute Mehrheit und wird damit Spitzenkandidatin für die kommende Landtagswahl. Eineinhalb Wochen später, Schauplatz Partenkirchen: Zu Beginn der ersten Sitzung des neugewählten Kreistages überreicht Tessy Lödermann dem wiedergewählten Landrat Dr. Helmut Fischer (CSU) einen bunten Blumenstrauß.

Die beiden, zeitlich knapp hintereinander liegenden Ereignisse werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die gebürtige Grainauerin, die sich in der abgelaufenen Wahlperiode des Kreistages durch ihren enormen Arbeitseifer und - zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Heinz Bergmann - ihre nachhaltige, aber konstruktive Antragsflut auch beim politischen Gegner Achtung verschaffte.

Seit zehn Jahren ist die 34jährige Ökologin in der Kommunalpolitik tätig, außerdem Mitglied in zahlreichen lokalen und überregionalen Bürgerinitiativen und Gruppierungen, etwa dem Bund Naturschutz, dem Tierschutzverein, bei Greenpeace oder auch bei „Bürger bewahrt das Loisachtal“.

Als grüne Landratskandidatin erhielt sie am 18. März beachtliche 7,8 Prozent der Stimmen. konnte den Stimmenanteil für ihre Partei insgesamt verdoppeln. Die Krönung ihrer bisherigen politischen Laufbahn wäre nun der Sprung in den Landtag.

Der beharrliche Weg in die Verantwortung war bei Tessy Lödermann begleitet von einem höflichen und sachlichen Umgang mit dem politischen Gegner. „Auch nach harten politischen Auseinandersetzungen sollte man sich mit Andersdenkenden privat noch zusammensetzen können“, legt sie stets Wert auf ein menschliches Klima.

Im Falle ihrer Wahl will sie das Kreistagsmandat nicht aufgeben, vielmehr die landes- und kommunalpolitische Ebene miteinander verknüpfen. Denn viele Probleme, sieht sie auf die hiesige Region vor allem durch die deutsche und europäische Einigung zu kommen. „Wer

---

<sup>17</sup> KB 18.05.1990 pr

den Wald retten will“, deklamiert sie. „muss in den öffentlichen Personennahverkehr investieren.“ Auch beim Bau neuer Sportanlagen ist für die Hobby-Historikerin eine obere Grenze erreicht. Sport hält sie zwar prinzipiell für eine positive Sache, doch sei er ökologischen Gesichtspunkten unterzuordnen. Die Ökologie nämlich sei gerade für die Werdenfelser auch die beste Ökonomie, da die Urlaubsgäste in ihrer Mehrheit zurück wollten zur Schönheit der Natur. Raubbau an der schönen Berglandschaft sei deshalb langfristig auch Raubbau am eigenen Geldbeutel.

12/1989 Tessy Lödermann (33) aus GAP einstimmig von Mitgliedern nominiert - **Grüne stellen Landratskandidatin**<sup>18</sup> - Überraschung in Polit-Szene: Mehr Frauen als Männer auf der Liste - Dr. Keller Platz 2

Ohlstadt/Landkreis (hut) - Die Grünen im Landkreis treten bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 mit einer eigenen Landratskandidatin an! Bei der Nominierungsversammlung am Freitagabend im „Alpenhotel“ in Ohlstadt wählten die Mitglieder des Kreisverbandes einstimmig die 33jährige Tessy Lödermann aus Garmisch-Partenkirchen als Bewerberin um das höchste politische Amt im Landkreis.

Die Angestellte aus dem Kreisort, die sich seit Jahren für den Umweltschutz engagiert und Kreistagsmitglied ist, sieht sich als Alternative für alle Menschen, „die im Landkreis für eine ökologische und soziale Politik stimmen wollen.“ Diese beiden Ziele sind auch die Schwerpunkte des Programms der Grünen, das Leo Fröhschütz in Ohlstadt vorstellte, und das bereits vor zwei Wochen öffentlich in Oberammergau diskutiert wurde.

Im Umweltbereich wollen die Grünen in den nächsten Jahren u.a. für eine rasche Umsetzung des neuen Abfallgesetzes und für eine schnellstmögliche Lösung der Verkehrsprobleme im Loisachtal eintreten. Ferner ist ihr Ziel, dass der Landkreis mit seinen Einrichtungen mit gutem ökologischen Beispiel vorangeht. Als große Herausforderung werden auch die Wohnungsnot und die wachsende Ausländerfeindlichkeit gesehen.

Bei der Listenaufstellung der Grünen kamen nicht nur Parteimitglieder zum Zug, über die Hälfte der Bewerber sind parteilos. Auch ist man stolz darauf, dass auf der Liste mehr Frauen als Männer kandidieren. Hinter Tessy Lödermann wählten die Mitglieder in Ohlstadt den Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Bürger bewahrt das Loisachtal“, Dr. Andreas Keller, auf Platz zwei, und den 26jährigen Journalisten und Mitarbeiter am Umweltinstitut, Leo Fröhschütz aus Murnau, auf Platz drei.

---

<sup>18</sup> GPT 11.12.1989 hut

01/1990 Grüne: „Hoffnungsträger“ - **Lödermann: Frauen sollen sich im kommunalen Bereich mehr engagieren**<sup>19</sup> - Garmisch-Partenkirchen (ea) - Unter dem Motto „Global denken - lokal handeln“ stellten die Grünen ihre Kandidaten für die Kreistagswahl vor. Natur- und Tierschützer, sozial Engagierte, Atomkraftgegner und Friedensbewegte haben sich zu einer vielfältigen Liste zusammengefunden auf der vor allem der hohe Frauenanteil auffällt und auch viele parteifreie Bewerber kandidieren.

Tessy Lödermann, Listenerste und Landratskandidatin, erläuterte ihre Motivation für ihre Bewerbung. Die Grünen seien es ihrer Basis („Wir sind die Hoffnungsträger vieler Menschen“) schuldig, für die Landratswahl eine eigene Bewerberin zu stellen. Zudem sei es wichtig, dass sich Frauen auch im kommunalen Bereich vermehrt engagierten. Unter den Stichpunkten „Vorrang verantwortlichen ökologischen Denkens und Handelns“, „Demokratie als Lebensform“ und „Soziale Verantwortung“ stellte die Kreisrätin ihre Schwerpunkte vor.

Die Tatsache, dass die Grünen immer die Vorstellungen und Forderungen des Vereins „Bürger bewahrt das Loisachtal“ vertreten und unterstützt hätten, nannte Dr. Andreas Keller als eines seiner Motive, warum er als Parteifreier auf der Kreistagsliste kandidiert. Er will sich vor allem den Themen Verkehrs, sanfter Tourismus und Umweltschutz widmen. Der Diplom-Journalist und Müllfachmann am Umweltinstitut Leo Frühschütz stellte das Thema Müll in den Vordergrund.

Es gelte nun, das kommende Müllkonzept des Landkreises wirkungsvoll umzusetzen. Dafür werde er sich schwerpunktmäßig einsetzen. Neben der Umweltproblematik kristallisierte sich bei der Vorstellung der weiteren Kandidaten vor allem die Sorge vor der wachsenden Ausländer-feindlichkeit, die Wohnungsnot und den Umgang mit alten oder behinderten Menschen heraus. Die Grünen wollen ihre Devise „Integrieren statt Ausgrenzen“ stärker zur Geltung bringen.

Ziel sei es, ihre Vorstellungen von der ökologischen und sozialen Gesellschaft den Wählern näherzubringen.

**Theresa „Tessy“ Lödermann** (geb. 1956 in Grainau) ist eine deutsche Politikerin (Bündnis 90/Die Grünen). - Lödermann besuchte die Volksschule Grainau und machte den Abschluss der Mittleren Reife an der Mädchen-Realschule der Dominikanerinnen Schlehdorf. Sie war von 1974 bis 1985 als Justizbeamtin am Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen tätig. Lödermann war Gründungsmitglied der Bayerischen Grünen. Sie war von 1984 bis 1992 sowie seit 2014 Kreisrätin (derzeit 2. Stellvertreterin des Landrats) und von 1990 bis 1998 Mitglied des Bayerischen Landtags. Sie ist Vizepräsidentin des Deutschen Tierschutzbun-

---

<sup>19</sup> GPT 22.01.1990 ea

*des, Landesverband Bayern e.V., 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins des Landkreises Garmisch-Partenkirchen e.V., Seit 1979 setzt sich Tessy Lödermann für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für Menschenrechte und für den Tierschutz ein. Für ihr Engagement wurde Lödermann vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, zweimal mit dem Bayerischen Tierschutzpreis und mit der Sprecherfeder von Canton de la Tierra, einem Zusammenschluss von indigenen Menschenrechtsaktivisten.<sup>20</sup>*

08/1988 „Grüne“ legen Gutachten vor: **Kommunale Getränkeverpackungssteuer<sup>21</sup>** - Garmisch-Partenkirchen (uk) Gestützt durch ein von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten über die kommunale Getränkeverpackungssteuer, wollen die Kreisräte der Grünen, Theresa Lödermann und Heinz Bergmann, den Landkreis Garmisch-Partenkirchen erneut auffordern, der Einführung einer Steuer auf nicht wiederverwendbare Einwegverpackungen zuzustimmen.

Der Antrag der beiden Grünen-Kreisräte vom 26. März war von der Regierung von Oberbayern und vom Landkreisverband Bayern abgewiesen worden. Sowohl Regierung als auch der Landkreisverband bezeichneten die Einführung einer solchen Steuer als „Verfassung rechtlich unzulässig“, es handle sich nicht um eine „Steuer mit örtlich begrenztem Wirkungskreis“; sie sei somit laut Artikel 105 Absatz 2 des Grundgesetzes unzulässig. Außerdem wurde auf eine Gleichartigkeit mit der Umsatzsteuer hingewiesen, was ebenfalls einer Einführung entgegenstehe. Als weitere Argumente wurden angeführt, dass es sich um eine weitere „Bagatellsteuer“ handele, was dem „erklärten Ziel einer Verwaltungsvereinfachung“ zuwiderliefe und außerdem zu einem „nicht gewünschten Steuergefälle“ führen würde, da nicht damit zu rechnen sei, dass eine solche Steuer von allen Gemeinden eingeführt würde.

Das jetzt von dem Passauer Rechtsanwalt Andreas Herrmann vorgelegte Gutachten kommt zu dem Schluss, dass es sich bei der geplanten Getränkeverpackungssteuer um eine „örtlich begrenzte Verbrauchs- und Aufwandsteuer“ handele, die auch nicht mit gleichartigen Steuern des Bundes (Umsatzsteuer) in Konkurrenz tritt. Es bleibe somit den Kommunen und deren Willen überlassen, eine solche Abgabe einzuführen. Auch der um eine Stellungnahme gebetene Münchner Steuerberater und vereidigte Buchprüfer. Professor Dr. Bernd Höng, sieht die vorgebrachten verfassungsrechtlichen Bedenken als nicht stichhaltig an.

„Wir haben in einem Brief Landrat Fischer über das erstellte Gutachten informiert, und werden unseren Antrag in einer Sitzung des Kreistages erneut auf die Tagesordnung setzen lassen“, so Theresa Lödermann. „Von unserer Seite sind mit dem Gutachten alle Argumente

---

<sup>20</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Theresa\\_L%C3%B6dermann](https://de.wikipedia.org/wiki/Theresa_L%C3%B6dermann)

<sup>21</sup> KB 26.08.1988 uk

des Landkreises, die gegen die Einführung einer solchen Steuer sprechen, ausgeräumt. Es steht dem Landkreis allerdings frei, ein eigenes, unabhängiges Gutachten einzuholen“.

08/1992 Milchbauern sauer über neue Quote - **Grünen-Abgeordnete Tessy Lödermann fordert Sonderregelung für Klein- und Mittelbetriebe**<sup>22</sup> - Garmisch-Partenkirchen (js) - Mit einem Antrag im Bayerischen Landtag will die Abgeordnete Tessy Lödermann und ihre Grünen-Fraktion erreichen, dass bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe weiterhin so viel Milch abliefern dürfen wie bisher. Die Politikerin reagierte damit auf Klagen der hiesigen Landwirte, denen Anfang Juli mitgeteilt worden war, dass die sogenannte „Anlieferungs-Referenzmenge“ mit Wirkung vom 1. April 1992 um fünf Prozent reduziert wird.

„Die kleinen und mittleren Betriebe sind als letzte an den EG- Milchüberschüssen beteiligt“, so Frau Lödermann in einer Presseerklärung. Mit der Benachteiligung gegenüber Großbetrieben müsse endlich Schluss sein. Der Antrag der Grünen sieht vor, dass bei Bauern, die bis zu 40 000 Kilogramm anliefern (so viel erzeugen etwa 12 Kühe), keine Abstriche gemacht werden.

Falls es bei der Reduzierung bleibt, würden weitere Landwirte zum Aufhören gezwungen fürchtet die hiesige Grünen-Abgeordnete. „Unser vom Fremdenverkehr geprägter Landkreis ist aber dringend auf die, das Landschaftsbild erhaltende Arbeit der Bauern angewiesen.“

02/1991 Grüne: Angriff gegen Landrat! - **Müllentscheid: „Wähler wurde getäuscht“**<sup>23</sup> - Landkreis - Die Grünen im Kreistag sprechen von „Skandal“ und „Täuschung der Wähler“; Im Zielpunkt der Kritik: Landrat Dr. Helmut Fischer. In Zusammenhang mit dem Volksentscheid über das neue Bayerische Abfallgesetz soll Dr. Fischer eine bereits vor dem Wahltag bekannte Stellungnahme des Bayerischen Umweltministeriums verschwiegen haben, worin die im Göschl-Konzept ausgewiesene Restmüllverrottung lediglich als „begrenzte Übergangslösung“ bezeichnet wird.

Ist damit nun das Abfallwirtschaft-Konzept des Landkreises ernsthaft in Gefahr? Und wie wäre der Volksentscheid im Landkreis, so das „Gremium für Umweltschutz“ in Murnau, ausgegangen, wenn die Wähler rechtzeitig vor der Volksabstimmung von der ministeriellen Ablehnung wesentlicher Teile des Garmischer Modells erfahren hätten?

Eine zeitige Information der Bürger vor dem Volksentscheid am 17. Februar wäre durchaus möglich gewesen, so das „Gremium“, denn „das Schreiben von Umweltminister Gauweiler

---

<sup>22</sup> GPT 28.08.1992 js

<sup>23</sup> GPT 25.02.1991 hut

an den Landrat ist vom 28. Januar datiert und wurde persönlich an ihn am 4. Februar übergeben“. Dabei hätten Landkreis-Bürgermeister in offiziellen Gemeindebriefen vehement den Landtagsentwurf mit dem Argument verteidigt, er allein garantiere die Durchführung des Garmischer Modells.

Das „Gremium für Umweltschutz“ fordert eine umfassende Aufklärung: „Wussten die Bürgermeister vom Gauweiler-Schreiben bereits vor dem Volksentscheid?“, „Warum wurde der Inhalt des brisanten Briefes erst kurz nach der Volksabstimmung vom Landrat veröffentlicht?“

01/1991 **MdL T. Lödermann: Dr. Fischer behindert die Mandatsausübung**<sup>24</sup> - Landratsamt wies gestern die Vorwürfe zurück - Garmisch-Partenkirchen/München (hut) - Schwere Vorwürfe gegen Dr. Helmut Fischer erhob gestern die Landtagsabgeordnete der Grünen, Tessy Lödermann aus Garmisch-Partenkirchen: In einer Pressemitteilung wirft sie dem Landrat vor, er wolle sie offensichtlich von den Sitzungen des Kreistages und Kreisausschusses, deren Mitglied sie ist, fernhalten. Tessy Lödermann sieht sich in der Ausübung ihres Mandats als Kreistagsmitglied durch die Weigerung Dr. Fischers behindert, die Kreistagsitzungen auf den Montag zu verlegen.

Die Grünen-Abgeordnete: „Ich bin mit Herrn Fischer eigentlich immer gut ausgekommen, vor allem menschlich, aber in dieser Sache muss ich an die Öffentlichkeit treten, zumal ich viermal ergebnislos versucht habe, den Landrat von der Notwendigkeit der Sitzungsverlegung zu überzeugen. Nach der augenblicklichen Handhabung - alle Kreistags- und Kreisausschusssitzungen finden mittwochs statt — kann weder ich noch mein Kollege von der CSU, Hans Neumeier, bei diesen Terminen anwesend sein, da immer an Mittwochen auch Sitzungen im Landtag angesetzt sind.

Die Weigerung Fischers sei auch deswegen völlig unverständlich, „weil gerade die Verknüpfung der kommunalen Ebene mit der Arbeit im Landtag wichtig ist“. Tessy Lödermann hat in dieser Angelegenheit jetzt den oberbayerischen Regierungspräsidenten Raimund Eberle eingeschaltet und um Vermittlung gebeten.

Von Seiten des Landratsamtes verlautete dazu gestern (Landrat Dr. Fischer selbst war verhindert), dass die Sache offenbar auf ein Missverständnis zurück zu führen sei, „das von Frau Lödermann ausgegangen sei“. In einem Gespräch diesbezüglich im November 1990 und auch später schriftlich (Dez. 90) habe sie Herrn Landrat gebeten, „ob er die Kreistags- und Kreisausschusssitzungen nicht auf Montag legen könnte.“ Daraus habe der Landrat geschlossen, Frau Lödermann befürworte die Sitzungen an einem anderen Tag, also nicht am

---

<sup>24</sup> GPT 18.01.1991 hut



Montag. Sodann sei ein Terminplan mit Sitzungstag Mittwoch an alle Kreistagsmitglieder herausgegangen, und darauf hätten sich die Mandatsträger inzwischen auch eingestellt.

10/1991 **Meilenstein des politischen Wirkens**<sup>25</sup> - 25 000 Stimmen hat Tessy Lödermann am 14. Oktober in ganz Oberbayern erhalten, ist damit über Listenplatz eins ins Maximilianeum eingezogen, wo sie mit fünf weiteren Frauen und sechs Männern die Fraktion der Grünen stellt. Dabei schwärmt sie geradezu von dem freundschaftlichen Klima innerhalb ihrer Parteienvertretung, da man zusammen nicht nur politisch tätig sei, sondern trotz erheblichen Zeitdrucks auch privat Einiges gemeinsam unternehme.

Die politische Arbeit aber stehe natürlich im Vordergrund, wobei die zwölköpfige Fraktion der Grünen praktisch dieselbe Arbeit verrichten müsse wie die wesentlich größeren von SPD und CSU. Frau Lödermann: „Da kommt auf den einzelnen natürlich ein Riesenspensum zu.“ So müsse jeder ihrer Parteifreunde einen der zwölf Landtagsausschüsse besetzen (sie selbst hat den Ausschuss für den öffentlichen Dienst übernommen), außerdem eine Stellvertretung übernehmen. Auf jede Ausschusssitzung müsse man deshalb extrem gut vorbereitet sein, habe außerdem auch mehrere Plenarreden auszuarbeiten. Sie selbst musste bereits sechsmal vor das Plenum unter anderen zu den Themen „Schlachtviehtransport“ und „Schneekanonen“.

Garmisch-Partenkirchen/München - Für beide war der 14. Oktober vergangenen Jahres ein Meilenstein des politischen Wirkens. Für Tessy Lödermann (Grüne) aus Garmisch-Partenkirchen, die seit nunmehr zehn Jahren in verschiedenen Bürgerinitiativen tätig ist, gilt dies vielleicht noch mehr als für Johann Neumeier (CSU) aus Unterammergau, denn er hat sich als persönlicher Referent des Bayerischen Ministerpräsidenten auf höherer Ebene auch vorher schon profilieren können. Beide sind aber jetzt seit einem Jahr Abgeordnete des Bayerischen Landtages in München. Für die Heimatzeitung war dies Anlass, sie nach Arbeitslast und Erfahrungen zu befragen.

Innerhalb ihrer Fraktion ist Frau Lödermann Ansprechpartner für alle Müllinitiativen in Bayern, stellvertretende jugendpolitische Sprecherin. Tierschutzbeauftragte und außerdem zuständig für alles, was mit den Alpen zu tun hat“.

Für erwähnenswert hält das Gründungsmitglied der Bayerischen Grünen auch die Haltung ihrer Fraktion zur Diätenerhöhung im April. Der Sockelbetrag für die Fraktionskostenschüsse wurde rückwirkend zum 1. Januar um zehn Prozent erhöht, doch hat ihre Fraktion die insgesamt 66 000 Mark Ende Juni an das Landtagsamt zurücküberwiesen. Natürlich dürfe daneben die Arbeit im Stimmkreis Beispiel „Engagement in Sachen Holztransport

---

<sup>25</sup> GPT 15.10.1991

durchs Loisachtal“) nicht zu kurz kommen, meint die gebürtige Garmisch-Partenkirchnerin, die von ihren rund 13 000 Mark Monatsgehalt eine Wohnung in München, zwei Mitarbeiter (Leo Frühschutz) und außerdem monatlich rund 3000 Mark für den Öko-Fonds der Grünen bezahlen muss.

10/1991 **Schlachtviehtransporte: Lödermann ist „empört“<sup>26</sup>** - Grüne sammelten im Landkreis bereits 10 000 Unterschriften - Garmisch-Partenkirchen (hut) - Transport von Schlachtvieh quer durch Europa - seit Jahren ein heißes Thema in diversen Diskussionen. Vehement dagegen vorgehen will nun auch die Landtagsabgeordnete der Grünen, Tessy Lödermann aus GAP: Zusammen mit Erika Lang initiierte sie jetzt eine Unterschriftenaktion gegen den Lebendtransport von Schlachtvieh. Das Echo unter den Bürgern ist enorm: über 10 000 haben sich im Landkreis schon in den Listen eingetragen.

Tessy Lödermann erläutert die Gründe für diese Aktion: „Tausende Pferde, Rinder, Kälber, Schafe und Schweine verenden jedes Jahr qualvoll, weil sie als Schlachttiere lebend quer durch Europa gekarrt werden. Im Zeitalter der modernen Technik ist es überhaupt kein Problem, Fleisch in einwandfreiem Zustand in Kühlwägen an jeden Zipfel der Welt zu bringen.“

Parallel zu der Unterschriftenaktion hat die Abgeordnete im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, dass Lebendtransporte von Schlachtvieh nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof, höchstens jedoch auf eine Entfernung von 200 KM zugelassen werden.

Nach Aussage von Tessy Lödermann wurde ihr Antrag soeben im Landwirtschaftsausschuss des Landtages von der CSU abgelehnt, „stattdessen ein schnell eingebrachter CSU-Antrag verabschiedet, der nur allgemeine Formulierungen enthält“: „Es ist eine Schande, dass die CSU aus Rücksicht auf Marox, Moksel und Südfleisch keine konkreten Maßnahmen beschließen will und die kommunalen Schlachthöfe aushungert!“

Die Unterschriftenaktion läuft noch bis zum 14. Oktober, die Listen sollen dann im Innenministerium übergeben werden.

Für eine Gesetzesänderung spricht sich auch Thomas Ebell, 1. Vorsitzender des Tierschutzvereins GAP, anlässlich des heutigen Welttierschutztages aus: „Wir fordern das Verbot der tierquälerischen Massentierhaltung, ein Verbot aller Tierversuche, insbesondere für Kosmetika, die Begrenzung von Schlachttier-Transporten auf den Weg bis zum nächstgelegenen Schlachthof, ein generelles Verbot von Qualzuchtungen sowie ein Verbot der Haltung von Pelztieren.“

---

<sup>26</sup> GPT 04.10.1991 hut

02/1992 **„Die Bauern zu Rohstofflieferanten degradiert“** - Landtagsabgeordnete Tessy Lödermann übt scharfe Kritik an den Aussagen des Europapolitikers Dr. Ingo Friedrich<sup>27</sup>

Garmisch-Partenkirchen - „Dr. Ingo Friedrich hat mit seinem Vortrag bewiesen, wie abgehoben und fern jeder Realität in Brüssel Politik gemacht wird“, so Tessy Lödermann, Landtagsabgeordnete der Grünen, in einer Stellungnahme zu den Äußerungen des Europa-Abgeordneten bei der Veranstaltung der CSU.

Sie stellt die von Dr. Friedrich geschilderte Zukunft der Landwirtschaft in Frage. Hühnerfarmen mit 3 Millionen Hühnern in der Massentierhaltung, Entenfarmen, in denen inzwischen auch Enten auf Drahtrosten in Käfigen gehalten werden, BST- hormonbehandelte Kühe, die 18 000 Liter Milch geben und nach dem zweiten Kalb kaputt seien, könnten nicht „die Zukunft“ sein. Genau diese Dinge jedoch, so die Abgeordnete aus Garmisch-Partenkirchen, wurden auf der Veranstaltung vom Europaabgeordneten Dr. Friedrich als Leitbild angeboten.

Die kleinen und mittleren Betriebe sollen nach Dr. Friedrich dann die staatlichen Naturpfleger und Landschaftsgärtner stellen. „Aufgaben, die für Landwirte seit Jahrhunderten zur Arbeit gehörten. Aber unsere Wohlstands-, Wegwerf- und Freizeitgesellschaft verlangt eben Opfer und in diesem Fall in der Landwirtschaft“, so die Abgeordnete weiter.

Tessy Lödermann: „Traurig, dass die CSU diese Entwicklung nicht nur akzeptiert, sondern ihr auch noch Vorschub leistet. Europaabgeordnete wie<sup>1</sup> Dr. Friedrich sind Politiker, die Bäuerinnen und Bauern zu Rohstofflieferanten degradieren und unsere Landschaft in Schutz- und Schmutzgebiete aufteilen wollen. Es wirft schon ein bezeichnendes Bild auf die CSU, solch einen Anti-Bauernhof-Referenten einzuladen. Ohne mit der Wimper zu zucken wird hier die bäuerliche Landwirtschaft auf dem Gabentisch des Europäischen Binnenmarktes der Industrie geopfert“.

Die Massentierhaltung, die 18 000-Liter-Turbo-Kuh und der Rohstoffanbau für die Kunststoffproduktion hätten mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts mehr zu tun, sie seien die Totengräber derselben, so die Grünenpolitikerin. Tessy Lödermann fordert in diesem Zusammenhang für Bayern kleine und mittlere bäuerliche Betriebe - keine Agrarfabriken.

03/1992 Grüne Kritik empört EU-Abgeordneten: „Ist eine bösertige Hinterhältigkeit“ - **Dr. Ingo Friedrich fordert klare Entschuldigung von Tessy Lödermann**<sup>28</sup> - Garmisch-Partenkirchen (ao) - Empört hat der Europa-Abgeordnete Dr. Ingo Friedrich (CSU) auf die

---

<sup>27</sup> GPT 24.02.1992 red

<sup>28</sup> GPT 04.03.1992 ao

Kritik der Landtagsabgeordneten Tessy Lödermann (Grüne) an seinem Vortrag in Garmisch-Partenkirchen über die Zukunft der Landwirtschaft reagiert. „Messerscharf aber eben völlig falsch“ habe sie ihm unterstellt, wegen der Erwähnung der Fakten auch ein Befürworter der Massentierhaltung zu sein. Das sei eine „bösertige Hinterhältigkeit“, so Dr. Friedrich gestern in einem Schreiben. Darin drohte er auch juristische Schritte gegen die Abgeordnete aus Garmisch-Partenkirchen an.

Drei Millionen Hühner in der Massentierhaltung, Enten auf Drahtrosten in Käfigen, BST-hormonbehandelte Kühe, die 18 000 Liter Milch geben und nach dem 2. Kalb kaputt seien, könnten nicht die Zukunft sein. Diese Dinge jedoch, so die Landtagsabgeordnete, seien auf der CSU-Veranstaltung vom Europaabgeordneten Friedrich als Leitbild angeboten worden.

Der kontert scharf: „Frau Lödermann verhält sich so, wie die Machthaber im antiken Griechenland: Nicht der Schuldige einer Niederlage, sondern der Überbringer der schlechten Nachricht wurde geköpft“. In diesem Falle sei er der Überbringer der schlechten Nachricht, weil er die weltweite Massentierhaltung („leider auch in Europa und Deutschland“) als negative Beispiele angeführt habe.

Normalerweise wäre, so Dr. Friedrich, bei diesem eindeutigen Sachverhalt eine klare Entschuldigung von Frau Lödermann fällig, die „allerdings beim derzeit desolaten Zustand der Grünen nicht erhofft werden kann“.

06/1992 **Auf zwei Gleisen nach München**<sup>29</sup> - Kreisverband der Grünen hat neues Nahverkehrskonzept für den Landkreis erstellt - Garmisch-Partenkirchen - Bei der nächsten Kreistagssitzung werden die Räte eine 16seitige Broschüre auf ihren Plätzen vorfinden. Der Inhalt: Das von den Grünen ausgearbeitete Nahverkehrskonzept. Gestern stellten MdL Tessy Lödermann und Kreisrat Leo Frühschütz das Papier vorab der Öffentlichkeit vor. Hauptziel: Den Autoverkehr durch stark verbessertes Bahn- und Busangebot reduzieren.

Diese Idee ist zwar nicht neu, die Angebotsvorschläge, welche die Politiker nach intensivem Studium von Fahrplänen und mit Hilfe eines Eisenbahners austüftelten, sind es schon. Frühschütz: „Hintergrund dieses Konzeptes war, dass auch eine Umgehungsstraße, den Verkehr nicht aus dem Tal bringt.“ Darum hätten sich die Grünen Gedanken zur wirklich möglichen Verkehrsverminderung gemacht.

Voraussetzung dafür sei, dass sich der Öffentliche Personen- Nahverkehr (ÖPNV) ändere. Frühschütz: „Wir dürfen uns nicht mehr rein an der Betriebswirtschaftlichkeit orientieren, sondern, die Grünen fordern, dass der Nahverkehr angebotsorientiert ausgerichtet wird.“

---

<sup>29</sup> GPT 02.06.1992 Angela Gervink

Dazu bedürfe es allerdings zuerst einer Imageänderung. „Wir müssen runter vom Eindruck, dass nur der Minderbemittelte Zug und Bahn benützt.“

Ein erster Vorschlag der Grünen in der Endstufe des Konzepts geht dahin, dass die Bahnstrecke Richtung München zweigleisig ausgebaut wird. Frühschütz: „Auf einem Gleis können zwar wesentlich mehr Züge fahren gelassen werden, als es jetzt der Fall ist, aber bei einem geplanten Halbstunden-Takt wird es eng und das schon bei einer einzigen Verspätung.“ Ein zweiter Vorschlag sieht vor, kleinere Orte im Stundentakt untereinander und an die Bahnlinien, von 6 bis 23 Uhr, anzubinden.

Schöne Zukunftsmusik, aber finanziell unmöglich? „Keineswegs“, erklärte Tessy Lödermann, „das Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetz wird dahingehend geändert, dass die Mittel steigen.“ Das Problem ist ein anderes. Noch ist die Zuständigkeit des ÖPNV nicht geklärt. Tessy Lödermann: „Wirtschaftsminister August Lang hat ein ÖPNV-Gesetz in der Schublade liegen doch Ministerpräsident Streibl hat ihm verboten, es vorzulegen, solange noch nicht geklärt ist, wer es finanziert.“ Vorgelegt wird dagegen das Konzept der Grünen, erstmals am 5. Juni, dem Tag der Umwelt, am Infostand am Richard Strauss-Platz. „Dann“, so Frühschütz, „haben wir etwas zur Diskussion.“

04/1993 Verkehrskonzept in 3 Stufen - „**Freie**“ **diskutierten mit der Grünen-Abgeordneten Tessy Lödermann**<sup>30</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Zum Hauen und Stechen kam es nicht; vielmehr hörten etwa 20 „Freie Wähler“ aus Garmisch-Partenkirchen interessiert zu, als die „Grüne“ Landtagsabgeordnete Tessy Lödermann und ihr Mitarbeiter, Kreisrat Leo Frühschütz, im Kurpark-Café das Konzept der „Grünen“ für den „Öffentlichen Personen-Nahverkehr“ (ÖPNV) erläuterten.

„Ohne Berührungängste“ habe er die Pläne einer anderen politischen Gruppierung seinen Leuten vorstellen wollen, eröffnete Hannes Krätz, Ortsvorsitzender der „Freien Wähler“. Gute Ideen würden auch von außerhalb der eigenen Reihen akzeptiert. Dieses ÖPNV-Konzept verdiente auch, noch vor mehr Gruppen als bisher zur Diskussion gestellt zu werden. Einsprüche in der Diskussion dieses Abends kamen vor allem zur Finanzierung des Projektes und zur Bereitschaft der Bürger, Abstriche an ihrer Bequemlichkeit zu machen.

Worum geht es im Einzelnen? Der Verkehr im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wurde anhand amtlicher Zahlen unter die Lupe genommen („Zwei Drittel unserer Straßenstaus sind hausgemacht“, so Frühschütz) und daraus ein Drei-Stufen-Plan entwickelt, mit dem man Umweltschutz und Fremdenverkehr, aber auch den örtlichen Arbeits- und Freizeitbedürfnissen gerecht werden kann. Die erste Stufe soll noch nichts kosten: Durch einfache Maßnah-

---

<sup>30</sup> GPT 13.04.1993 bru

men, wie die schon existierende kostenlose Fahrrad- Mitnahme der Bundesbahn, sollen Anreize zum Umstieg geschaffen werden. Die zweite Stufe kostet Geld, z. B. ein Ortsbusverkehr in Murnau, Mittenwald und Oberammergau; die dritte Stufe wäre durch ein Gesetz zu regeln, das die dann entstehenden Kosten aus staatlichen Mitteln finanziert - etwa ein Stunden- bis Halbstundentakt der Bundesbahn.

04/1993 **Grüner Ortsverband**<sup>31</sup> - Am heutigen Freitag, 16. April gründet sich um 20 Uhr im „Wienerwald“ in Garmisch-Partenkirchen ein Ortsverband der Grünen. Den Vorsitz wird Dr. Hubertus Winkler übernehmen. Durch einen eigenen Ortsverband erhofft man sich bessere Einflussnahme auf lokale Belange. Die Garmisch-Partenkirchner Landtagsabgeordnete Tessy Lödermann: „Derzeit geht es bei uns mitgliedermäßig bergauf und der Ortsverband GAP wird natürlich auch im Hinblick auf die baldigen Kommunalwahlen gegründet.“

11/1993 **Statt großem Lauscht-Angriff die Legalisierung „weicher“ Drogen?** - Grüne fordern bei Veranstaltung Umdenken beim Rauschgift-Problem<sup>32</sup> - Garmisch-Partenkirchen (red) - Das Drogenproblem im Landkreis Garmisch-Partenkirchen war unlängst das Thema einer Veranstaltung der Grünen in der Partenkirchner Szenekneipe „Berg ruft“.

Alfons Wagner von der Drogenhilfe Con-Drobs machte dabei klar, dass auch im Werdenfelser Land der Trend dahin geht, dass immer mehr - und auch jüngere - Leute immer mehr Drogen konsumieren.

Landtagsabgeordnete Tessy Lödermann forderte in diesem Zusammenhang die Legalisierung weicher Drogen wie Haschisch (im Landkreis gibt es nicht nur etwa 2000 Alkoholiker, sondern auch runde 2000 Haschischraucher). Harte Drogen, beziehungsweise Ersatzstoffe sollten an Süchtige - unter Kontrolle - abgegeben werden. Lödermann weiter: „Das ist ein wirkungsvollerer Schlag gegen die Drogenmafia als der große Lauschangriff.“

Angesprochen wurde auch das Thema Suchtvorbeugung bei Kindern und Jugendlichen. Selbstvertrauen und Verantwortungsgefühl der Kinder müsse man hier aufbauen, so Anne Fromm von Con-Drobs. Einig waren sich Referenten und Zuhörer darüber, dass Hilfsangebote notwendiger seien als eine weitere Kriminalisierung.

---

<sup>31</sup> KB 16.04.1993

<sup>32</sup> GPT 26.11.1993 red

01/1994 **Grüne gegen Planungen zur Müllverbrennung**<sup>33</sup> - Protest soll über Landkreisgrenzen hinweg mobilisiert werden - Landkreis (js) - Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen gegen neuerliche Bestrebungen zur Müllverbrennung „den Widerstand entfachen“. Über Landkreisgrenzen hinweg solle der Protest gegen die thermische Abfallentsorgung mobilisiert werden, so Fraktionssprecher Manfred Fleischer und Abgeordnete Tessy Lödermann bei einer Pressekonferenz in Penzberg. Thermische Anlagen seien nicht nur ein Umweltrisiko, sondern auch teurer als „kalte“ Systeme, wie die Restmüll-Rotte.

„Es geht nicht nur um die Gesundheit, sondern auch darum, ein weiteres finanzielles Desaster zu verhindern“, so Manfred Fleischer. In den Landratsämtern kursiere derzeit der Satzungsentwurf für einen Oberland-Zweckverband, der eine gemeinsame Müllverbrennung zum Ziel haben soll, behaupteten die beiden Grünen-Landespolitiker. Auch Kommunalpolitiker der Grünen aus sechs Landkreisen sowie Kreisräte aus den Landkreisen Starnberg, Landsberg, Wolfratshausen-Tölz, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim bezogen Stellung.

„Wir werden weiterhin der biologischen Restmüllentsorgung die Stange halten“, kündigte der Kreisrat Leo Frühschütz an. Alle Grünen-Vertreter berichteten aus ihren Landkreisen, dass zwar Ansätze zur biologisch-mechanischen Müllbearbeitung auf dem Tisch seien, die Projekte jedoch noch zu keinem Erfolg geführt hätten. Jetzt, so befürchteten die Grünen, fahre der Zug ab in Richtung Verbrennung, beziehungsweise Abfall-Pyrolyse mit anschließender Beseitigung in einem Hochtemperaturreaktor.

Gegen angebliche Vorbereitungen für einen Zweckverband mit dem Ziel der Müllverbrennung wandten sich Manfred Fleischer und Tessy Lödermann ebenso wie gegen die jüngste Entwicklung im Landkreis Weilheim-Schongau, wo führende CSU-Vertreter jetzt auf eine thermische Lösung setzen. „Die kalte Mülltechnik in Bayern sterben zu lassen“, so Tessy Lödermann, „ist nicht nur eine ökologische Katastrophe, sondern auch ein Wortbruch der Politiker.“ Sie forderte, „die bayerischen Pilotprojekte für kalte Verfahren aufrechtzuerhalten“. Dass die neue „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ des Bundes Systemen wie der Müllverrottung keine Chance mehr ließe, bestritt Lödermann. Dies sei Auslegungssache der Länder.

07/1994 Zwei „liegende Achter“ für einen verkehrsberuhigten Ort - **Ortsbus-Konzept der Grünen**: Neue Linien, Bus-Fahrspuren, mehr autoarme Zonen, Ampelsteuerung durch Chauffeur<sup>34</sup> - Garmisch-Partenkirchen - „Schnell, praktisch, umweltfreundlich“ soll es sein: Das

---

<sup>33</sup> GPT 17.01.1994 js

<sup>34</sup> GPT 21.07.1994 bru

neue Konzept für den Ortsbusverkehr, das der hiesige Ortsverband von „Bündnis 90/Die Grünen“ der Öffentlichkeit erläuterte. Grünen-Sprecher Leo Frühschütz begrüßte im „Bräustüberl“ etwa 50 Gäste, darunter auch einige unmittelbar Interessierte: die Bus-Chauffeure.

Dem Praxistest der Diskussion gingen Einführungsreferate voraus. Kreisrat Andreas Keller zeigte auf, wie der Individualverkehr mit dem Auto weltweit (durch vermehrte Ozon-Produktion) und lokal die Umwelt schädige. Bei derzeit über 60 000 Autos im Landkreis - und angesichts der Tatsache, dass 25 Prozent aller Autofahrten nur bis ein Kilometer lang seien - müsse ein attraktives öffentliches Verkehrsangebot das Autofahren wirksam einschränken. Ein Hauptelement davon sei die Anbindung neuer Ortsbereiche an den Bus.

Hier hakte der Gymnasiast Stefan Lindig ein: Durch Grafiken machte er die Linienführung des neuen Konzepts anschaulich: Zwei „liegende Achter“ erschließen auch die Ortsbereich wie St.-Martin-Straße, Kinderklinik oder Gewerbegebiet. Wichtige Begleitmaßnahmen seien: Busverkehr durch die verkehrsberuhigte Zone, nicht um sie herum, eigene Bus-Fahrspuren, Ampelsteuerungen durch den Bus selbst, Ausweitung der autoarmen Zonen.

Norbert Batz vom Fremdenverkehrsverein errechnete die Finanzierung: statt jetzt 19 Fahrern brauche man 30, aber nach dem Beispiel anderer Städte würden etwa 25 Prozent mehr Personen bei diesem verbesserten Angebot den Bus benutzen.

„Unser neues Konzept soll die Diskussion anregen“, wünschte Leo Frühschütz, und das tat es dann auch. Hauptbedenken der Kritiker: Das neue System sei zu teuer und würde der Marktgemeinde die Privatisierung des Busverkehrs nahelegen - „und dann haben wir brutale Arbeitszeiten“, so ein Busfahrer; Franz Senger, Abteilungsleiter in den Gemeindewerken, zweifelte an der Erhöhung der Nachfrage, da frühere Angebote nicht angenommen worden seien. Das aber sei eine Frage des Marketings, gab Batz zurück, und das Image von Garmisch-Partenkirchen als Fremdenverkehrsort sei in Gefahr; Marlies Keller vom „Bund Naturschutz“ warnte davor, das Defizit der Gemeinde höher zu bewerten als die Volksgesundheit.

08/1994 **Grüne kochen mit der sauberen Sonnenkraft** - Infostand im Kreisort über die Solarenergie<sup>35</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Die Möglichkeiten, die Kraft der Sonne zur Energiegewinnung einzusetzen, zeigt der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen an seinem Infostand Solarenergie. Am Freitag, 12. August, von zehn bis 16 Uhr, wird dies vor der Vereinsbank, Ecke Klammstraße/Fußgängerzone, vorgeführt. Mit Hilfe des Solarenergie-Fördervereins Aachen zeigen die Grünen, was heute bereits technisch machbar ist: Solarkollektoren zur Warmwasserheizung, Photovoltaikanlagen zur Stromgewinnung und einen So-

---

<sup>35</sup> GPT 10.08.1994 red



larkocher. Dieser Sonnenofen wurde von Berufsschülern aus Altötting entwickelt und wird heute bereits in mehreren sonnenreichen Entwicklungsländern nachgebaut.

Der heiße Sommer habe wieder einmal gezeigt, so die Grünen, dass die Nutzung der Solar-energie auch bei uns sinnvoll ist. Vor allem leiste sie einen wichtigen Beitrag, um den Ausstoß von Kohlendioxyd zu verringern und damit das Klima zu schützen. Deshalb sei es unverständlich, dass diese Zukunftstechnologien von Staats- und Bundesregierung nur unzureichend gefördert würden. Tessy Lödermann, selbst seit zehn Jahren Besitzerin einer Sonnenkollektoranlage: „Es gibt bei uns immer wieder Fälle, in denen engstirnige Behörden unter Hinweis auf das angeblich gefährdete Ortsbild die Nutzung der Sonnenenergie verbieten oder erschweren. Wir wollen mit unserem Stand Interessierte sachkundig informieren und sie motivieren, trotz mangelnder Förderung auf die Sonne und damit die Zukunft zu setzen.“

09/1994 „Soziale Themen“ - **Bezirkstagskandidat Leo Frühschütz stellt sich vor**<sup>36</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Bei der Wahl am 25. September kandidiert Leo Frühschütz für den Bezirkstag. Heute stellt der Grüne sich und seine politischen Ziele vor:

„Ich bin 31 Jahre alt und von Beruf Journalist. Geboren bin ich in Oberammergau, aufgewachsen in Murnau. Seit 12 Jahren bin ich bei den Grünen aktiv, seit 1990 als Kreisrat und seit zwei Jahren als Kreisvorstand. Mein Fachgebiet ist der Müll, ich war einer der Initiatoren des Volksentscheides „Das bessere Müllkonzept“ und betreue diesen Bereich seit vier Jahren hauptamtlich als Mitarbeiter in der grünen Landtagsfraktion.

Für das „Sozialparlament“ Bezirkstag kandidiere ich; weil für mich soziale Themen immer mehr Gewicht bekommen. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde und haben doch acht Millionen Arme und vier Millionen Arbeitslose. Fast eine Million Menschen sind obdachlos oder leben in Notunterkünften, während die Zahl der Millionäre drastisch steigt. Das ist das Ergebnis einer ungerechten, unchristlichen Finanzpolitik und einer geistig-moralischen Wende, die seit 12 Jahren Raffgier, Egoismus und Konsumwahn propagiert.

Vorrangig für den Landkreis ist für mich die Angliederung einer psychiatrischen Abteilung an das Kreiskrankenhaus. Jahrelang haben sich die Grünen dafür eingesetzt, das Bezirkskrankenhaus Haar zu dezentralisieren. Jetzt muss dieses Konzept rasch umgesetzt und mit einer guten ambulanten Versorgung kombiniert werden. Die liegt mir auch in anderen Bereichen am Herzen. Wir verschwenden Millionen damit, behinderte und alte Menschen in Heime abzuschieben, die mit ambulanter Betreuung ihre bisherige Wohnung behalten könnten. Deshalb muss der Bezirk

---

<sup>36</sup> GPT 08.09.1994

seine Investitionen vom stationären in den ambulanten Bereich verlagern. Vor allem muss die Auszahlung der Sozialhilfe in einer Hand zusammengefasst werden.

Den dritten Schwerpunkt lege ich auf Drogentherapie und -prävention. Wir wollen, dass auch in Bayern Süchtige als Kranke und nicht als Kriminelle behandelt werden. Dazu gehört eine ausreichende Zahl an Therapieplätzen. Damit Süchtige, die aussteigen wollen, sich nicht während langer Wartezeiten den goldenen Schuss setzen.“

09/1994 Für sanften Tourismus - **Tessy Lödermann (Grüne) zum Fremdenverkehr**<sup>37</sup> - Tessy Lödermann, die sich wieder um ein Mandat im Landtag für Die Grünen bewirbt, über ihre Vorstellungen, wie der Fremdenverkehr der Zukunft im Werdenfelser Land aussehen soll.

„Die Zukunft des Fremdenverkehrs im Werdenfelser Land liegt nicht in Wintersportgroßveranstaltungen wie Olympiade und WM oder im Ausbau von Kapazitäten. Langfristig wird wegen der mangelnden Schneesicherheit die Wintersportnachfrage weiter nachlassen. Die Urlaubsmöglichkeiten in den anderen Jahreszeiten müssen in den Vordergrund gerückt werden. Wir können zufrieden sein, wenn es gelingt, die Übernachtungszahlen zu halten. Die Einbrüche in Österreich sollten uns Warnung genug sein.

Als Leitbild für die weitere Entwicklung schlage ich einen naturnahen, sanften Tourismus vor. Dazu muss die Landschaft als Grundkapital bewahrt werden. Das bedeutet: keine vierspürige Straßentrasse ins Loisachtal, keine zusätzlichen Beschneiungsanlagen, Beschränkung der Münchner Wasserentnahme, Besucherlenkung in empfindlichen Gebieten (Murnauer Moos, Scheibum). Der Verkehr im Landkreis schreckt immer mehr Urlauber ab. Ein attraktives Nahverkehrssystem mit Verkehrsberuhigung in den Orten ist deshalb die beste Tourismuswerbung. Wir haben dazu Vorschläge gemacht, die nur zögernd bis gar nicht umgesetzt werden. Das Angebot an preiswerten Unterkünften für Familien muss gesichert werden, damit der Urlaub im Landkreis bezahlbar bleibt. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft im Landkreis (Milch, Fleisch) sollten gezielt als Markenartikel vermarktet werden, auch in der Tourismuswerbung.“

09/1994 Einheimischen-Projekte allein nicht ausreichend - **Tessy Lödermann (Die Grünen): Baupfandbriefe**<sup>38</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Die Grüne Landtagskandidatin Tessy Lödermann hat über die Wohnungssituation im Kreis folgende Ansichten:

---

<sup>37</sup> GPT.07.09.1994

<sup>38</sup> GPT 11.09.1994

„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baus billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“, heißt es in der Bayerischen Verfassung. Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Die Wartelisten zeigen, dass wir bezahlbaren Wohnraum brauchen, und zwar Mietwohnungen.

Die Bereitstellung verbilligter Grundstücke für „Einheimischenprojekte“ ist sinnvoll, genügt aber nicht. Der kommunale und genossenschaftliche Mietwohnungsbau muss angekurbelt werden. Um dies zu finanzieren, schlage ich die Einführung von Wohnungsbaupfandbriefen und die Besteuerung von Spekulations- und Planungsgewinnen bei Grundstücken vor.

Die Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, eine Zweitwohnungssteuer einzuführen, deren Einnahmen in den sozialen Wohnungsbau fließen. Wir haben dies im Landtag zweimal beantragt, die CSU hat es abgelehnt. Eine Erleichterung bei den hohen Grundstückspreisen könnte auch die Nutzung der freiwerdenden Kasernengelände schaffen. Hier weigert sich Finanzminister Waigel, diese Grundstücke zu vernünftigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Geändert werden muss auch die Förderpolitik in Bonn. Dort wurden die Gelder für den sozialen Wohnungsbau gestrichen und nur noch Wohnungseigenheim durch Abschreibungsmöglichkeiten subventioniert.“

09/1994 Höhere Zuweisungen - **Lödermann (Grüne) für mehr Geld vom Staat**<sup>39</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Tessa Lödermann, Kandidatin der Grünen, über ihre Meinung zu kommunalen Finanzen: „Die Klage ist berechtigt und trifft die CSU-Finanzminister in Bonn und München, die die Kommunen finanziell immer stärker austrocknen, um ihre eigenen Haushalte in den Griff zu bekommen. Mit zahlreichen Gesetzen (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Immissionsschutz) werden neue Aufgaben für die Kommunen geschaffen, ohne dass das Personal und die Sachmittel erhöht werden. Das Ergebnis sind Vollzugsdefizite und unzufriedene Bürger. Um dies zu ändern, trete ich für die Zuweisung höherer staatlicher Mittel an die Kommunen in Form pauschaler Zuweisungen ein.

Bei Gesetzen sollen in Zukunft die Kosten für die Kommunen (Sach- und Personalbedarf) aufgelistet und entsprechend vergütet werden. Im Gegensatz zur CSU will ich das Recht auf kommunale Steuern (z.B. für Zweitwohnungen und Spielautomaten) erhalten und verbessern. Wesentlich entlastet werden die Kommunen durch die von den Grünen und vielen Wohlfahrtsverbänden geforderte soziale Grundsicherung, die die Sozialhilfe ersetzen soll und über Bundesmittel aus einer erhöhten Vermögens- und Erbschaftssteuer finanziert werden soll.“

---

<sup>39</sup> GPT 18.09.1994

09/1994 Tunnel unter Farchant - **Tessy Lödermann (Grüne) gegen vierspurige B 2**<sup>40</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Tessy Lödermann, Kandidatin der Grünen, meint zur hiesigen Verkehrsproblematik entlang der B 2:

„Ich lehne den vierspurigen Ausbau der B 2 durchs Loisachtal ab, da dadurch nur mehr Verkehr ins Loisachtal gezogen wird. Die planfestgestellte Trasse W1, sie zerstört die Landschaft und legt neue Lärmteppiche übers Tal. Als Alternative schlage ich die von BBL, Bund Naturschutz und Grünen geforderte zweispurige Untertunnelung von Farchant und Oberau vor. Diese Lösung war nach dem Scheitern der A95-Pläne im Jahr 1985 im Loisachtal Konsens. Die Verzögerungen sind entstanden, weil die Gemeinde Farchant diesen Konsens aufgekündigt hat und seitdem versucht, ihre Verkehrsprobleme auf Kosten der Menschen und der Umwelt zu lösen.

Der Autoverkehr im Loisachtal ist zu zwei Dritteln hausgemacht. Deshalb braucht unser Landkreis einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr als Alternative zum Auto. Die Grünen haben dafür Konzepte vorgelegt. Die CSU-Mehrheit im Landkreis ist dieses Problem bisher nicht angegangen. Im Landtag haben die Grünen ein Gesetz eingebracht, dass den Kommunen für den Ausbau des ÖPNV die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen würde. Die CSU hat unser Gesetz abgelehnt und selbst nur 126 Millionen Mark in ihrem ÖPNV-Gesetz bereitgestellt. Für den Ausbau der Staatsstraßen werden in Bayern jedes Jahr eine Milliarde Mark ausgegeben.“

10/1994 **Lödermann gewählt** - Grüne mit einer Dreierspitze im Landtag<sup>41</sup> - GAP - Die um zwei Abgeordnete gewachsene 14köpfige Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wählte die Garmischer Abgeordnete Tessy Lödermann in den dreiköpfigen Fraktionsvorstand, dem außerdem Dr. Manfred Fleischer, Bad Tölz-Wolfratshausen und Petra Münzel, Miltenberg, angehören.

Tessy Lödermann, die bereits in der letzten Legislaturperiode ein Jahr der Fraktionsspitze angehörte, freut sich über ihre Wahl, die deutlich zeigt, dass ihre Arbeit, aber auch ihre Persönlichkeit hohe Akzeptanz in der Fraktion hat.

Tessy Lödermann: „Wir werden frisch, munter und sachkundig eine schlagkräftige Politik machen und die Interessen der Menschen und der Umwelt in Bayern mit voller Kraft vertreten“.

---

<sup>40</sup> GPT 20.09.1994

<sup>41</sup> GPT 24.10.1994 red

Tessy Lödermann ist wieder umweltpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Bei der ersten Sitzung des Bayerischen Landtags meldete sich Tessy Lödermann als erste zu Wort und versuchte (vergeblich) für die Bündnisgrünen als kleinste Oppositionsfraktion einen zusätzlichen Vizepräsidentenposten zu bekommen.

11/1994 Nur noch zu zweit - **Pause von Leo Frühschütz schwächt Grüne**<sup>42</sup> - GAP - Leo Frühschütz hat für ein Jahr die Brücken hinter sich abgebrochen und ist nach Zentralasien aufgebrochen. Sein Entschluss stellt die Grünen daheim vor Probleme.

Aus dem Trio im Kreistag ist für zwölf Monate ein Duo mit Eva-Maria Fingerhut und Dr. Andreas Keller geworden. „Leo Frühschütz geht uns hinten und vorne ab“, weiß Keller, auf den jetzt der wichtige Kreisausschuss zukommt. Bisher war der Grainauer nur im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss vertreten. Stärker soll sich auch Eva-Maria Fingerhut ins Zeug legen, weil Keller beruflich nur sporadisch abkömmlich ist.

Theoretisch hätten die Grünen auch die Möglichkeit gehabt, jemanden für die Zwischenzeit nachrücken zu lassen. Darauf haben sie aber verzichtet - der langen Einarbeitungszeit wegen. Aber auch so fehlt ihnen das Wissen von Leo Frühschütz insbesondere in der Abfallpolitik, wie Keller einräumte.

Eine Lücke hinterlässt der ausgebildete Journalist Frühschütz auch im Büro von Tessy Lödermann in München, wo er die Pressearbeit im Landtagsbüro übernommen hatte. In einem Jahr - ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl - will sich Frühschütz ins politische Geschäft des Landkreises wieder zurückmelden.

11/1994 Gespräch mit der ÖDP gesucht - **Grüner Annäherungsversuch - Ökologische Bewegung soll nicht zersplittert bleiben**<sup>43</sup> - München - Die Landesvorsitzende der bayerischen Grünen, Barbara Hoffmann, hat ihre Partei zu einem „demokratischen Disput“ mit der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) aufgefordert, an dessen Ende auch eine Vereinigung der beiden Parteien stehen könnte. Im „Basisbrief“ des Landesverbands erinnert Barbara Hoffmann an die ersten Gespräche zwischen dem Bündnis 90 und den Grünen, bei denen es auch „schwer vorstellbar“ gewesen sei, dass das Projekt der Vereinigung gelingen könne. Dabei sei das „bewährte Modell des miteinander Redens statt gegeneinander Polemiserens“ vorbildlich praktiziert worden. „Diese Tradition sollten wir mit der ÖDP fortsetzen“, schreibt die Landesvorsitzende. Barbara Hoffmann weist darauf hin, dass es zwischen Grü-

---

<sup>42</sup> GPT 06.11.1994 sto

<sup>43</sup> SZ 09.11.1994 Hans Holzhaider

nen und der ÖDP „gravierende Unterschiede in der Frauenpolitik“ und „ein sehr unterschiedliches Verständnis vom Begriff der Ökologie“ gebe. Auch in der 15jährigen Geschichte der Grünen habe es aber große Auseinandersetzungen gegeben; sie sehe keinen vernünftigen Grund, sich gegenüber der ÖDP nicht diskussionsbereit zu zeigen. Jedem sei klar, „dass die ökologische Bewegung bei uns zersplittert wird, wenn sich zwei Parteien um Parlamentssitze bewerben“. Deshalb dürfe es nicht verboten sein, darüber nachzudenken, „ob und welche Möglichkeiten es für ein gemeinsames Handeln geben könnte“.

Die ÖDP, die bei der letzten Landtagswahl in Bayern auf 2,1 Prozent der Stimmen kam, ihr Ergebnis aber im Gegensatz zu den Grünen um 0,4 Prozent verbessern konnte, hat in der Vergangenheit jeden Gedanken an ein Zusammengehen mit den Grünen strikt abgelehnt. Der ÖDP- Landesvorsitzende Bernhard Suttner wies darauf hin, dass die ÖDP mit ihrem gesellschaftspolitisch eher konservativen Programm völlig andere Wählerschichten anspreche und eher Wähler der CSU als solche der Grünen für sich gewinnen könne.

08/1995 UN-Schutzzonen militärisch halten - **Lödermann zur Gewaltdebatte der Grünen**<sup>44</sup> - GAP (sto) - Tessy Lödermann ist wie ihr Parteifreund, der grüne Fraktionssprecher Joschka Fischer, dafür, die UN- Schutzzonen in Bosnien militärisch zu verteidigen. „Ich habe lange darüber nachgedacht“, sagte Frau Lödermann, die sich nach wie vor als Pazifistin beschreibt. Wo Menschenrechte wie von den bosnischen Serben „mit Füßen getreten werden“, wo man sich um „internationales Recht einen Dreck schert und Menschen regelrecht abgeschlachtet werden“, so Frau Lödermann, hätten die Bosnier ein Recht auf Notwehr. Und dieses Recht schließe den Gebrauch von Waffen ein.

Die Gewaltdiskussion bei den Grünen, die in der Vergangenheit auf den Verzicht militärischer Gewalt gepocht hatten, trat Joschka Fischer mit einem Thesenpapier los. Darin fordert er die militärische Verteidigung der Schutzzonen und die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien.

Während sich viele Grüne mit Fischers Auffassung schwer tun, begrüßte Frau Lödermann die Initiative. „Diese Diskussion hat bei uns einzusetzen“. Zugleich räumte sie aber auch ein, dass die Grünen „damit sehr spät dran sind“. Die Friedensbewegung sei aber weiter Bestandteil der Grünen. Beim Protest gegen die Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren sei der gewaltlose Protest der richtige Weg gewesen. „Aber Bosnien ist von anderer Qualität“.

Mit Luft- und Bodentruppen sollten nach Ansicht der grünen Politikerin die Schutzzonen von der internationalen Staatengemeinschaft verteidigt werden. Im Fall des früheren Jugoslawiens sei sie aber nicht dafür, dass die Bundeswehr hinzugezogen werde - aus historischen

---

<sup>44</sup> GPT 06.08.1995 sto

Gründen. „Ich habe auch nie die grüne Meinung vertreten, dass die Bundeswehr abgeschafft werden sollte“. Sie ist für ein deutsches Berufsheer. Nach wie vor sei sie aber massiv gegen jegliche deutsche Waffenexporte. An ihrer Grundhaltung der Gewaltfreiheit wolle sie festhalten.

11/1995 Kreisort-Grüne wollen in den Gemeinderat - **Erstmals Liste - Batz, Lindig und Winkler an der Spitze**<sup>45</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Zum ersten Mal treten im März '96 die Garmisch-Partenkirchner Grünen bei der Gemeinderatswahl an. Norbert Batz, Stefan Lindig und Hubertus Winkler bilden das Spitzentrio auf der Kandidatenliste. Dabei sind sie ganz besonders stolz auf die Altersstruktur aller grünen Kandidaten: 30 Prozent sind unter 30 Jahre. Die Situation der Jugendlichen im Kreisort werde deshalb eine Hauptthema im grünen Wahlkampf sein.

In seiner Antrittsrede kritisierte Norbert Batz „die Phantasielosigkeit im Garmischer Rathaus“. Nach 18 Jahren im Amt fehle dem CSU-Bürgermeister und seiner CSU-Mehrheit Kreativität. „Die Probleme unseres Ortes werden nicht gelöst, sondern mit potentatemhaftem Gehabe überspielt“.

Wenn sie in der kommenden Legislaturperiode in der Kommunalpolitik mitmischen, wollen die Grünen ihr bisheriges Engagement in der Gemeindepolitik einbringen. Batz etwa war lange Zeit Vorstandsmitglied des Fremdenverkehrsvereins; sein Thema ist die Weiterentwicklung des Tourismus in Garmisch-Partenkirchen. Stefan Lindig ist Kreisvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland; sein Steckenpferd ist der öffentliche Nahverkehr und das grüne Ortsbuskonzept. Hubertus Winkler arbeitet als Ingenieur bei einem der großen deutschen Anlagenbauer und will sich verstärkt darum kümmern, wie hochqualifizierte wissenschaftlich-technische Arbeitsplätze in den Kreisort geholt werden können, um damit die Abhängigkeit vom Fremdenverkehr zu verringern.

Einstimmig wie die Spitzenkandidaten wurden auch die weiteren Listenkandidaten gewählt:  
1. Norbert Batz, 2. Stefan Lindig, 3. Hubertus Winkler, 4. Hedwig Michels, 5. Martin Wölfle, 6. Renate Winkler, 7. Michael Bader, 8. Birgit Wolpert, 9. Peter Zellner, 10. Michaela Wölfle, 11. Herbert Pfeiffer, 12. Romy Batz, 13. Roland Böhm, 14. Christina von Kittlitz, 15. Hans Lödermann, 16. Erwin Leßner, 17. Arnold Bauer

---

<sup>45</sup> GPT 20.11.1995 red

02/1996 „**Gemeinde-Grünen**“ - **Welche Ziele die Partei für die Wahl hat** <sup>46</sup> - GAP - „Bündnis 90/Die Grünen“ wollen mit folgendem Programm den Sprung ins Rathaus von Garmisch-Partenkirchen schaffen:

„Unsere Ziele sind, oberflächlich betrachtet, denen der konkurrierenden Parteien ähnlich. Auch wir wollen:

- Landschaft, Natur und Umwelt bewahren.
- den Fremdenverkehr qualitativ stärken beziehungsweise verbessern.
- Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft fördern.
- dafür sorgen, dass die Gemeinde ihren sozialen Pflichtaufgaben (sozialer Wohnungsbau, Kindergärten, Horte, Seniorenbetreuung, Behindertenintegration) in vorbildlicher Weise nachkommt.
- den öffentlichen Nahverkehr (Ortsbussystem) ausbauen.

Die Ziele sind klar, der Weg sie zu erreichen umstritten. Weil die natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft, Energie begrenzt sind, setzen sich die Grünen ein für:

- den Auf-/Ausbau des Kur- und Gesundheitsurlaubs sowie der hierfür erforderlichen Infrastruktur (Kurhaus, Kneippanlagen, Werben um die Zielgruppe der „jungen Alten“),
- die Förderung des „sanften Tourismus“ und der Urlaubsmöglichkeiten außerhalb des Wintersports (Verbesserung des Sommerimages und die Stärkung der Vor- und Nachsaison),
- die Umsetzung unseres 1994 vorgelegten Ortsbussystems, das das Umsteigen auf den Bus attraktiv macht, viele bisher nicht angefahrne Ortsteile erschließt und direkte Anschlüsse ermöglicht (auch an die Bahntakte).
- die Ausweisung neuer Gewerbeflächen und Initiativen für Energiespar- und Solarprogramme als Förderung für das Handwerk.
- den Ausbau bestehender Forschungseinrichtungen für angewandte Umweltforschung und -technik, von denen auch die hiesige Wirtschaft profitieren wird.
- die Umwandlung der verkehrsberuhigten Zone „Am Kurpark“ in eine reine Fußgängerzone und der Ludwigstraße in eine verkehrsberuhigte Zone.
- die Erzeugung von heimischen Lebensmitteln und deren Direktvermarktung.

---

<sup>46</sup> GPT 26.02.1996



- die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum durch Lückenschließung bestehender Bebauung, Erhöhung der Geschößflächen-r zahl, Dachausbau.
- einen sparsamen, verantwortungsbewussten Umgang mit den kommunalen Finanzen.“

07/1997 Bauholz für Grüne per Lkw aus Norwegen - **Tessy Lödermann: Über Umweltschutz reden, aber anders handeln**<sup>47</sup> - Grainau - Ausgerechnet die Grünenpolitikerin Tessy Lödermann hat sich Bauholz per Lkw bis aus Nordeuropa kommen lassen. Die Landtagsabgeordnete aus Garmisch-Partenkirchen, die sich immer wieder für die Schiene stark macht und gegen Holztransporte auf der Straße eintritt, hat sich das Baumaterial für ihr neues Holzhaus in Grainau mit drei Lastkraftwagen längs durch Europa aus Norwegen anfahren lassen. Gegenüber dem Tagblatt bestätigte die Landtagsabgeordnete, ein Holzhaus von einer Herstellerfirma aus Norwegen bauen zu lassen.

Frau Lödermann sagte, sie hätte gerne eine hiesige Firma mit den Arbeiten betraut. Deshalb habe sie den Auftrag auch ausgeschrieben. Die Unternehmer, die sich gemeldet hätten, hätten jedoch betont, der Holzbau werfe statische Probleme auf.

Eine Freundin, die mit Holzhäusern handelt, habe sie auf die Norweger gebracht. Diese Firma habe schon seit hundert Jahren große Erfahrungen mit dem Bau von Holzhäusern. Dieser persönliche Kontakt gab den Ausschlag gegen ähnlich erfahrene Firmen in Tirol oder Rosenheim, die es auch gibt.

Im Übrigen betonte Frau Lödermann, die Isolierung mit Schafwolle, der Ausbau des Kellers und die Dachdeckerarbeiten würden von heimischen Betrieben ausgeführt. In Richtung Tagblatt- Informant bemerkte sie, dieser habe bestimmt japanische Fernseher und japanische Radios (siehe Glosse).

07/1997 **Glosse: Schafwolldämmung für die grüne Basis**<sup>48</sup> - Wasser predigen und den Wein selber trinken, das haben wir gerne. Nein, sensibel gewordener Steuerzahler, es geht diesmal nicht um höhere Diäten. Und auch nicht ums beliebte Spiel „Haushaltslöcherstopfen“, garniert mit flammenden Sparappellen der Polit-Menschen an die faulpelzigen Untertanen. Nein, heute lernen wir am Beispiel der Umweltdiskussion vom feinen Unterschied: zwischen Handeln und Reden.

---

<sup>47</sup> GPT 23.07.1997 sto

<sup>48</sup> GPT 23.07.1997 Johann Stoll

Da wäre die Grünen-Abgeordnete Tessy Lödermann, die sich - ökologisch im Sinne ihrer Partei durchaus korrekt - für den Bau eines Holzhauses in Grainau entschieden hat. Und auch die Schafwolldämmung für das neue Mietshaus bringt Frau Lödermann Pluspunkte an der Basis ein.

Aber weil sich in Bayern und Tirol kein Holz hat finden lassen (schluchz, es muss das Waldsterben sein oder sind es die vielen Bäume, die den Blick verstellen?), musste sie eben notgedrungen das umweltfreundliche Baumaterial aus Norwegen kommen lassen. Das muss man doch verstehen, wer wird da so kleinlich sein, wenn die Anfahrt so bequem per Lastzug möglich ist?

Und wo bleibt die Moral von der Geschichte? Spätestens jetzt sind die Grünen auch in Bayern koalitionsfähig. Jetzt sind wir auch gar nicht mehr so arg weit von der Steuerrückkehr entfernt. Schließlich wird in Bonn ja auch schon seit Jahren der Gürtel enger geschnallt. Aber natürlich nicht bei den Politikern.

03/1998 **„Der Außenwirkung nicht bewusst gewesen“**<sup>49</sup> - Tessy Lödermann zum Parteitag der Grünen - GAP - Nicht gerade glücklich zeigt sich Tessy Lödermann, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, über das jüngst in Magdeburg beschlossene Wahlprogramm ihrer Partei.

Taktisch ungeschickt sei es gewesen, zwei so brisante Punkte wie die Erhöhung des Benzinpreises auf fünf Mark und die Auslandseinsätze der Bundeswehr derart herauszustellen. Seien doch auf dem Parteitag über 700 weitere Einzelanträge diskutiert und abgestimmt worden. „Offensichtlich war sich ein Teil der Delegierten über die Außenwirkung nicht bewusst“, vermutet die Abgeordnete, die selbst in Magdeburg nicht anwesend war.

Gerade die Ablehnung der Bundeswehr-Einsätze bedauere sie persönlich sehr. „Ich bin nach wie vor der Meinung, dass in Ländern mit solchen Krisenherden, mit solchen brodelnden ethnischen Konflikten die Präsenz einer Schutztruppe hergehört“, bezieht Tessy Lödermann Stellung.

Beim Thema erhöhter Benzinpreis finde sie es schade, dass nur „Schlagworte“ und „verkürzte Halbwahrheiten“ im jetzt schon voll laufenden Wahlkampf aufgegriffen und verwendet würden. Es komme nicht genügend heraus, dass sich diese Erhöhung über die nächsten zehn Jahre erstrecken solle, dass damit die Streichung der Kfz-Steuer und die Einführung der Drei-Liter-Autos gekoppelt sei. Zudem hänge diese Maßnahme eng mit der Ökologi-

---

<sup>49</sup> GPT 12.03.1998 sp

schen Steuerreform der Grünen, unter anderem also auch der Streichung der Lohnnebenkosten, zusammen.

Dienlich seien diese Beschlüsse nicht gewesen: „Jetzt müssen wir versuchen, die volle Wahrheit rüberzubringen.“

09/1998 Ein Neuanfang für Tessy Lödermann - **Anhänger „entsetzt“ über Scheitern<sup>50</sup>** - GAP - Das Telefon mochte nicht mehr stillstehen, Blumen wurden bei Tessy Lödermann daheim abgegeben, viele äußerten sich entsetzt darüber, dass die Grünen-Politikerin aus Garmisch-Partenkirchen nicht mehr im neuen Landtag vertreten ist. „Ich musste selbst Trauerarbeit leisten“, sagte Lödermann gestern dem Tagblatt, so enttäuscht waren ihre Anhänger. Es war eine Niederlage für sie, auch wenn sie sich darüber trösten kann, im Landkreis Garmisch-Partenkirchen Stimmen hinzugewonnen zu haben. Solche Momente müsse man verkraften, setzt sie hinzu. „Sie finden mich jetzt nicht tränenüberströmt vor“.

An Erklärungen fehlt es nicht dafür, dass es diesmal nach acht Jahren engagierter Arbeit im Landtag nicht mehr geklappt hat. Tessy Lödermann war auf Zweitstimmen angewiesen wie kaum eine andere. Sie war im zweitkleinsten Stimmkreis Bayerns überhaupt angetreten. Während es im Landkreis über den Daumen gepeilt 60 000 Stimmen zu holen gibt, sind die Stimmkreise in München rund 120 000 Wähler groß. In Oberbayern hätte sie über 4000 Stimmen mehr bekommen müssen. Nur dann hätte es noch gereicht.

Vor allem aber hat sie mit Listenplatz 12, den ihr die Grünen zubilligten, denkbar schlechte Voraussetzungen gehabt. Lödermann hat aber noch eine Erklärung dafür, dass ihr Stimmen verlorengegangen sind. Allein drei Bio-Bauern hatten in der Umgebung kandidiert. Sie glaubt, dass dieses Etikett so manchen zum Ankreuzeln veranlasst haben könnte. Auf der anderen Seite ist sie freilich froh, dass die Grünen überhaupt mit 14 Sitzen in den Landtag einziehen können. „Ich habe aber Angst, dass meine Themen nicht mehr so stattfinden“.

Wie geht es nun weiter mit Tessy Lödermann? Zunächst will sie ihr Büro in München auflösen und wieder ganz nach Garmisch-Partenkirchen ziehen. Für Freunde will sie sich wieder mehr Zeit nehmen, die sie naturgemäß bei 80-Stunden-Wochen in der Politik vernachlässigen musste. Die Niederlage versteht sie als Chance für sich selbst. Was sie beruflich machen wird, weiß sie derzeit noch nicht.

---

<sup>50</sup> GPT 17.09.1998 sto

05/1999 Das grüne Leiden an der Realität - **Der Krieg trifft die Basis in ihren Grundfesten**<sup>51</sup>  
- GAP - Die Grünen stehen vor einer ihrer härtesten Belastungsproben überhaupt. Realos und Fundis drohen am Kosovo-Krieg auseinanderzubrechen. Am morgigen Feiertag stimmt die grüne Basis auf dem Sonderparteitag in Bielefeld über den Kurs von Außenminister Joschka Fischer ab. Der Nato-Einsatz in Jugoslawien droht auch die Grünen im Landkreis erheblich zu belasten.

Tessy Lödermann, prominentes Aushängeschild der Grünen im Landkreis, kann Krieg und Bombardement mit dem pazifistischen Grundverständnis der Grünen nicht vereinbaren. Gegenüber dem Tagblatt sagte sie: „Ich überlege mir Konsequenzen bezüglich des Ausgangs des Sonderparteitags am 13. Mai in Bielefeld. Ich weiß nicht, ob ich diese Politik noch mittragen kann.“ Unterstützen der Außenminister und die Mehrheit der bundesweiten Grünen weiterhin die gegenwärtige Strategie der Nato, wird die Partei Tessy Lödermann möglicherweise verlieren.

Freilich teilen nicht alle der Grünen die Einschätzung, ein Teil der rund 45 Mitglieder im Landkreis könnte der Öko- und Friedenspartei den Rücken kehren. Albin Knilling, grüner Kreisvorsitzender, meint, es habe noch niemand gesagt, dass er austreten wolle. Auch der Garmisch-Partenkirchner Ortsvorsitzende Dr. Hubertus Winkler sieht keine Risse in der Partei: Das Thema Kosovo werde zwar kontrovers diskutiert, „aber es stellt sich keiner bockbeinig in die Ecke, um dann auszutreten.“ Bei den Grünen herrsche nach wie vor eine positive Streitkultur, in der verschiedene Meinungen respektiert würden und die Minderheit konstruktiv die Meinung der Mehrheit mittrage und dann auch mitarbeite.

### **KOMMENTAR - Die Lust am Hinschmeißen**<sup>52</sup> (Johann Stoll)

Viel Idealismus, viel Gesinnung, viel Weltfremdheit- das waren die Grünen bis zur Bundestagswahl. Man hatte es sich in der Oppositionsrolle eingerichtet. Nie wurde die weiße Weste von der Realität bekleckert, die da heißt Machbarkeit, Bündnistreue, militärische Option.

Dann kam das Modell Rot-Grün und mit ihm der Wirklichkeitsschock. Erst wenige Wochen im Amt, musste ausgerechnet einer der Ihren, der grüne Außenminister Joschka Fischer, einen Krieg mittragen. Je länger die Liste der Opfer, desto größer wurden die innerparteilichen Verwerfungen. Kommt der Krieg nicht bald zu Ende, wird er den Grünen das Ende beschere-

ren.  
Auch im Landkreis ist der Riss da. Zuerst hat Leo Frühschütz das Parteibuch zurückgegeben (schon vor dem Kosovo-Krieg). Jetzt könnte Tessy Lödermann nachfolgen. Molltönige An-

---

<sup>51</sup> GPT 12.05.1999 bb

<sup>52</sup> GPT 15.05.1999 sto

deutungen lassen das vermuten. Dabei gibt es wohl gerade in diesem Konflikt keine richtigen Antworten. Vielleicht ist es gerade das, was die Grünen noch lernen müssen. Alles hinschmeißen wie Lafontaine - das kann es ja auch nicht sein. Johann Stoll

Lödermann sieht das anders: „Es ist eine Zerrissenheit da, einige denken ans Austreten.“ Etwa die Hälfte der Grünen vor Ort sei gegen krieglerische Handlungen. Das Bombardement habe die Vertreibung im Kosovo beschleunigt und Milosevic gestärkt. „Es geht um die Grundfrage, ob man mit Krieg für Menschenrechte eintreten kann.“,

Hubertus Winkler wähnt die Mehrheit der hiesigen Grünen auf der Seite des Außenministers. Zwar hat auch er Probleme, das grüne Credo vom Frieden mit dem Nato-Einsatz zu vereinbaren; aber er meint, Fischer begegne damit den Morden und Gräueltaten im Kosovo richtig. „Ich bin überzeugt, dass beim Sonderparteitag am 13. Mai die Mehrheit den Außenminister unterstützt.“

05/1999 **Grüne überstehen Kriegs-Parteitag**<sup>53</sup> - Keine Austritte im Landkreis - GAP - Der Verlauf des Bielefelder Sonderparteitags von Bündnis 90/Die Grünen zum Kosovo-Krieg wird im hiesigen Kreisverband offenbar zu keinen Parteiaustritten führen. Ortsvorsitzender Dr. Hubertus Winkler sagte, es werde zwar in der Sache gegensätzlich argumentiert („im positiven Sinne“), er glaube aber, dass alle den Grünen treu bleiben werden. Auch Tessy Lödermann. Er selbst könne sehr gut mit dem Ergebnis von Bielefeld leben, das Außenminister Joschka Fischer eine knappe Mehrheit gebracht hat. Ihn ärgerte aber der Farbbeutelanschlag auf Fischer durch „Friedensfreunde“. Die Politik von Milosevic nannte er „faschistisch“. Man dürfe nicht wegsehen. Tessy Lödermann lehnt Kriege hingegen grundsätzlich ab.

06/2000 **Albin Knilling aus dem Leben gerissen**<sup>54</sup> - Mittenwald - Völlig unerwartet ist vergangene Woche im Alter von 44 Jahren der Mittenwalder Albin Knilling verstorben. Gestern nun wurde der Kreisvorsitzende der Grünen in seinem Heimatort zu Grabe getragen. Er hinterlässt eine Frau und drei Töchter (17, 16 und zehn Jahre).

Geboren wurde Knilling am 5. Februar 1956 in Mittenwald. Dort fasste er auch beruflich Fuß. Denn gemeinsam mit seinem Bruder Mathias leitete Knilling einen Getränkevertrieb.

Wo es den passionierten Skifahrer und Bergsteiger immer wieder hinzog, war das Dammkar. Kein Wunder, dass sich der naturverbundene Knilling auch auf politischem Sektor für Umweltthemen stark machte, und zwar bei Bündnis 90/Die Grünen. Schon kurz nach seinem

---

<sup>53</sup> GPT 15.05.1999 sto

<sup>54</sup> GPT 28.06.2000 cs

Beitritt folgte er 1996 Leo Fröhschütz und Renate Winkler als Kreisvorsitzender. In dieser Funktion widmete sich der Mittenwalder vor allem Abfall- und Verkehrsfragen. Immer wieder schaffte er es in seiner Partei mit seinem ausgleichenden Wesen, Brücken zu schlagen zwischen Realos und Fundis.

Vergangene Woche nun machte sich der stets gesundheitsbewusste Knilling in den Urlaub nach Italien auf. Ein Campingplatz bei Jesolo

sollte seine letzte Station sein. Dort nämlich brach der dreifache Familienvater vor einem Waschraum zusammen. Wiederbelebungsversuche blieben ohne den gewünschten Erfolg. Knillings Herz hatte ganz einfach aufgehört zu schlagen.

10/2001 **Die Grünen bangen um ihre Basis**<sup>55</sup> - Landesvorsitzender Jerzy Montag fordert auf, für die Kommunalwahlen 2002 alle Reserven zu mobilisieren - Augsburg - Nach gut vierstündiger Diskussion über Militäreinsatz und Feuerpause in Afghanistan sind die bayerischen Grünen schließlich dann auch noch zum eigentlichen Anlass ihres Landesparteitages gekommen. War er doch als Auftakt zum Kommunalwahlkampf der Öko-Partei gedacht. Doch als Grünen-Landeschef Jerzy Montag zu vorgerückter Tageszeit den Themenwechsel einleitete, waren die rund 200 Delegierten erst einmal abgeschlafft. Sie könnten „ruhig auch mal klatschen“, forderte Montag mehr Aufmerksamkeit ein.

Derzeit mischen die Grünen mit rund 1100 Mandatsträgern in der Kommunalpolitik mit. Nach dem Urnengang am 3. März kommenden Jahres sollen es 1500 Mandatsträger sein. „Das ist ein ehrgeiziges, aber kein utopisches Ziel“, schwor Montag die Landespartei auf Erfolg ein. Zuspruch kam auch von der Grünen-Bundesvorsitzenden Claudia Roth. Die Kommunalwahl müsse zu einem Signal werden, „dass dieses Bayern nicht der politische Privatbesitz der CSU ist“, forderte sie. Montag möchte sogar den derzeit gegen die Grünen gerichteten „Trend umdrehen“ und den Ausgang der Kommunalwahl in Bayern zu einer „guten Vorlage“ für die Grünen im Bundestagswahlkampf des Jahres 2003 machen.

Vorerst allerdings gibt es für die Partei offensichtlich noch einiges zu tun. „Wenn wir die derzeitigen Mandate halten könnten, wäre das schon grandios“, holte der Geschäftsführer der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen, Peter Gack, die Delegierten wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Parteichef Montag, so fand Gack, habe die „Latte ziemlich hoch gelegt“. Zwar tritt die Partei mit 22 Landratskandidaten, 13 OB-Kandidaten und 37 Bürgermeisterkandidaten zur Kommunalwahl an, was laut Montag „mehr ist als bei den Wahlen 1996“, doch gibt es andererseits zahlreiche Orte und Landkreise, in denen die Grünen überhaupt keine Kandidatenliste zusammenstellen können.

---

<sup>55</sup> SZ 22.10.2001 Christian Schneider

Es gebe „keinen Grund, die Situation zu beschönigen“, konstatierte Gack. Jerzy Montag appellierte an die Landespartei, es müssten jetzt alle Reserven mobilisiert werden. Die „grünen Sorgenkinder“ in Bayern heißen Günzburg, Garmisch-Partenkirchen, Straubing und Augsburg. Ursachen für den mangelnden Zuspruch für die Grünen sind da viele. So gibt es laut Gack an vielen Orten Grüne, die nach Jahren des Einzelkampfes „jetzt einfach mal die Füße hoch legen wollen“. Mehr noch macht der Partei an der kommunalen Basis allerdings die Bundespolitik der Grünen zu schaffen. Einen Fingerzeig in diese Richtung gab der Vorzeige-Bürgermeister der Grünen aus Waging im Landkreis Traunstein, Sepp Daxenberger. In den Gemeinden müssten die Grünen „den Kopf hinhalten“ für das, was die Parteifreunde auf Bundesebene diskutierten. „Wir bewegen uns auf ganz dünnem Eis“, sagte vor dem Hintergrund der Grünen-Diskussion zur Inneren Sicherheit, Afghanistan und Zuwanderung die Grünen-Landtagsabgeordnete Elisabeth Köhler am Rande des Landesparteitages.

Jerzy Montags Vorstands-Kollegin Margarete Bause hatte zum Auftakt des Parteitages im Zusammenhang mit der Schreiber-Affäre und den Vorgängen am Atomkraftwerk Isar I erklärt, in Bayern gebe es „mafiose Strukturen“. Hier stelle sich die Frage, wie es die CSU mit der Inneren Sicherheit halte.

01/2002 Eine unverwechselbare Stimme verstummt - **Die Grünen ziehen sich im Kreis aus den Parlamenten zurück**<sup>56</sup> - GAP - Für manche waren sie ein Dauerärgernis, für andere das Salz in der kommunalen Suppe. Jetzt verschwinden die Grünen zumindest für sechs Jahre aus den Gemeinderäten und dem Kreistag des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Kein Wahlplakat wird auf sie aufmerksam machen. Die Ökopartei tritt mangels Masse erst gar nicht vor den Wähler.

„Es gab keinen Nachwuchs, um eine Liste zusammenzustellen“, sagt die Kreistagsabgeordnete Tessy Lödermann. Die 46-Jährige will sich nach 20 Jahren aus der Politik verabschieden. Zwei Jahrzehnte, in denen die Grünen Einfluss auf die Kommunalpolitik nahmen und sie mitgestalteten. „Die ersten Jahre waren davon geprägt, den anderen Kreisräten Grundbegriffe der Ökologie beizubringen“, erinnert sich Leo Frühschütz, Mitglied der Grünen-Kreistagsfraktion als Parteiloser. „Ein wichtiger Punkt war auch die Abfallpolitik Ende der 80er Jahre“. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen sei es von Bedeutung gewesen, den Landrat von Plänen zur Deponieerweiterung abzubringen.

„Anfang der 90er Jahre im Zuge der Autobahnplanung waren wir die Ersten, die für den Landkreis ein stimmiges Nahverkehrskonzept darlegten“, so Frühschütz. Es seien einfach viele Kleinigkeiten gewesen, wo die kleine Gruppe ihre Stimme erhoben habe: Dass mit öf-

---

<sup>56</sup> GPT 16.01.2002 akl

fentlichen Geldern sorgfältiger umgegangen werde. Oder dass der Verwaltung ein wenig auf die Finger geschaut werde. „Wir waren eine Anlaufstelle für engagierte Bürger“.

Frühschütz sieht das Grundproblem in fehlendem politischem Nachwuchs: Es gäbe nur wenige Leute, die bereit seien und auch die Zeit hätten, die umfangreiche Arbeit eines kommunalpolitischen Ehrenamtes zu übernehmen. Auch Leo Frühschütz wird der Kommunalpolitik den Rücken kehren. „Es muss jemand organisatorisch in die Hand nehmen“, sagt auch Norbert Batz. Der pensionierte Oberstudienrat sitzt für die Grünen im Gemeinderat Garmisch-Partenkirchen. Mit Ablauf der Legislaturperiode Ende April scheidet auch er aus.

Ganz so schlecht dastehen sehen sich die bayerischen Grünen nicht. Pressesprecher Alex Burger vom Landesverband Bündnis 90/Grünen in München bedauert zwar, dass in Garmisch-Partenkirchen keine Liste zustande gekommen ist. Er betont aber, dass „in 92 der 97 Kreise und kreisfreien Städte Bayerns die Grünen mit einer eigenen Liste antreten“.

Und doch verschwindet mit den Grünen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen eine Gruppe der ersten Stunde. „Seit Parteigründung sind die Grünen im Landkreis vertreten“, sagt Leo Frühschütz. 1984 seien sie zum ersten Mal kommunalpolitisch angetreten. „Damals waren Heinz Bergmann und Tessy Lödermann im Kreistag“. Sechs Jahre später waren die Grünen im Landkreis mit drei Kreisräten vertreten. Im Jahr 1996 sind die Grünen in der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen zum ersten Mal mit einer Liste angetreten und haben mit Norbert Batz einen Sitz erobert.

06/2003 Von Gelb auf Grün umgeschaltet - **Gemeinderat Dr. Klaus Jacobitz macht einen überraschenden politischen Schwenk**<sup>57</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Seinen Ruf als Querdenker in der örtlichen Politik-Szene hat Dr. Klaus Jacobitz am Mittwoch im Gemeinderat eindrucksvoll untermauert. Vor Beginn der eigentlichen Sitzung bat er ums Wort - in eigener Sache. Verblüfft nahm der Großteil der Gemeinderatskolleginnen und -kollegen zur Kenntnis, dass ausgerechnet Jacobitz, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit das hohe Lied auf die Privatisierung angestimmt hat, bei den Grünen seine neue politische Heimat sieht.

Nach sieben Jahren hat Jacobitz von gelb auf grün geschaltet. Noch im vergangenen Jahr war der Garmisch-Partenkirchner als Landratskandidat für die FDP ins Rennen gegangen. Er durfte sich keinerlei Chancen auf das Amt ausrechnen, und doch hat ihm seine aussichtslose Bewerbung letztlich eine gewisse Bekanntheit verschafft.

---

<sup>57</sup> GPT 20.06.2003 sto



Liberal gesinnte Wählerinnen und Wähler sorgten immerhin dafür, dass Jacobitz im Kreistag und Marktgemeinderat gleichermaßen vertreten ist. Nun ist die Legislaturperiode noch nicht einmal 14 Monate alt, und die FDP hat ihre einzige Stimme in beiden Gremien eingebüßt.

Wohl, weil er insgeheim fürchten musste, man werde ihm seinen Schwenk nach Grün nicht sogleich glauben, hat Jacobitz zu Beginn der Gemeinderatssitzung eine Kopie seines Mitgliedsausweises der Grünen mitgebracht (Nummer 21 17 885).

Und dann folgte seine Erklärung. Er sei ein freier Bürger, der dazu beitragen wolle, dass die Parteien dafür Sorge trügen, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Von basisdemokratischem Wirken sprach er weiter, aber wirklich schlau wurde niemand, was den Gemeinderat denn nun im Innersten veranlasst hat, die FDP in Richtung Bündnis 90/Die Grünen zu verlassen.

Im Gespräch mit dieser Zeitung wurde Jacobitz dann deutlicher. Der FDP hielt er vor, ihn nicht so unterstützt zu haben, wie er sich das gewünscht hätte. Ihn hat offenbar gewurmt, dass er überhaupt nicht gefragt wurde, ob er für den Landtag kandidieren wolle. Dazu kam noch der stärker werdende Eindruck, bestimmte Seilschaften bestimmten das Geschehen in der Partei.

Warum aber gerade die Grünen? Jacobitz beantwortet die Frage mit einem Ausschlussverfahren: Die CSU käme nicht in Frage, weil er nicht christlich sei. Die SPD noch viel weniger, weil sie seiner Auffassung nach viel zu wenig dafür tue, dass es den Betrieben gut gehe. Er selbst versteht sich als selbstständiger Unternehmer. Sie wie die Mitarbeiter seien soziale Einrichtungen, die alles bezahlen. Und er findet dazu einen bildhaften Vergleich: „Wenn die Quelle versiegt, gibt es auch kein Wasser mehr“.

Grünen-Politiker wie Christine Scheel und Oswald Metzger genießen seine Achtung, aber auch Tessy Lödermann oder Leo Frühschütz auf lokaler Ebene. Jetzt möchte er dazu beitragen, dass die Grünen auf Orts- und Kreisebene gestärkt werden. Seine Mandate, die er über die FDP-Liste gewonnen hat, will er in jedem Fall behalten. Begründung: „Kommunalwahlen sind Listen- und Persönlichkeitswahlen. Und ich wurde von Platz sieben der Liste auf den ersten gewählt“.

02/2003 **Die Grünen stehen vor einem Neuanfang** - Nächsten Montag soll ein Kreisverband gegründet werden<sup>58</sup> - Landesvorsitzender kommt - Garmisch-Partenkirchen - Es war still geworden um die Grünen im Landkreis, als sich die Flaggsschiffe Tessy Lödermann und Leo Frühschütz aus der aktiven Politik zurückgezogen haben. Mangels Interesses musste der

---

<sup>58</sup> GPT 19.02.2003 sto

Kreisverband sogar ganz die Segel streichen. Bei der Kommunalwahl im März 2002 war die Partei erst gar nicht mehr angetreten.

Jetzt unternimmt die Partei einen Neuanlauf. Für den kommenden Montag, 24. Februar, ist im Gasthaus „Zur Schranne“ in der Gries Straße 4 die Neugründung eines Grünen Kreisverbandes geplant. Beginn für Interessierte ist um 19.30 Uhr.

Wie wichtig dieses Ereignis auch die Landesgrünen nehmen, zeigt ein besonderer Umstand: Der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Sepp Daxenberger, wird zu dem Abend extra nach Garmisch-Partenkirchen kommen. Daxenberger, der ohne weiteres auch als Trachtenvereinsvorsitzender durchgehen würde, ist Bürgermeister von Waging am See. Als einzigem Grünen in Bayern überhaupt ist es ihm gelungen, einen Rathaussessel zu erobern.

Einer der Initiatoren der Neugründung, der Garmisch-Partenkirchner Johannes Buchwieser, erklärt: „Wir Grüne wollen als Kreisverband pünktlich zum anstehenden Landtagswahlkampf wieder voll durchstarten“. Nächsten Montag soll bereits eine Kreisvorstandschafft gewählt werden.

Den Anstoß zur Neugründung hat eine Gruppe von 17-, 18-Jährigen aus Garmisch-Partenkirchen gegeben. Tessy Lödermann sagte auf Anfrage, die jungen Leute hätten sich auf Podiumsdiskussionen vor der Kommunalwahl informiert. Die Kriegsdiskussion, die Ökosteuern und die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung hätten sie darin bestärkt, wieder einen Kreisverband der Grünen zu gründen.

02/2003 **Die Grünen: Auf zu neuen Ufern**<sup>59</sup> - Jugendliche übernehmen Verantwortung - Garmisch-Partenkirchen - Die Grünen im Landkreis haben am Montagabend in der „Schranne“ ihren Kreisverband mit einem radikalen Generationswechsel wiederbelebt. Drei Jugendliche haben sich gefunden, Verantwortung zu übernehmen. Johannes Buchwieser, 16, Sebastian Kummeth, noch 15, und Daniel Gödtel, 18, stehen jetzt für Grüne Politik im Landkreis. Zumindest offiziell. Tatsächlich blieb an dem Abend völlig unklar, welche Ziele die drei eigentlich verfolgen. Nur eines wurde deutlich: Tessy Lödermann ist die treibende Kraft - Geburtshelferin und Patin in einer Person gewissermaßen, die die jungen Leute an die Hand nehmen will.

Kein geringerer als Sepp Daxenberger, Bürgermeister von Waging am See und Landesvorsitzender der Grünen, war nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um die faktische Neugründung der Grünen zu unterstützen. Dabei lag er tagsüber noch mit Fieber im Bett.

---

<sup>59</sup> GPT 26.02.2003 sto

Seine Botschaft: Die Grünen seien wählbar, auch auf dem Land. Voraussetzung sei aber, die Nöte der Menschen ernst zu nehmen und sich nicht in Minderheitenthemen zu verlieren.

Die jungen Grünen spielten an diesem Abend nur eine Nebenrolle. Der Schüler Johannes Buchwieser stellte sich als Handballtorwart vor, der sich schon lange für Politik interessiere. „Das ist eine coole Sache, ich bin dabei“. Über Inhalte und politische Ziele erfuhren die 14 Besucher des Abends nichts. Schriftführer Sebastian Kummeth ist Einzelhandelskaufmann-Lehrling und war offenbar vom Landsberger Grünen-Kandidaten Ludwig Hartmann auf einer Podiumsdiskussion in Schongau am meisten angetan. Auch hält er sich gerne im Tierheim Garmisch-Partenkirchen auf. Der Dritte im Bunde, Daniel Gödtel, ist Eishockey-Spieler und war irgendwie dazugestoßen.

Den politischen Teil des Abends bestritt ausschließlich Sepp Daxenberger. Über sich und seinen Heimatort wusste er Erstaunliches zu berichten. Mit 76 Prozent war er als Bürgermeister wiedergewählt worden. Und: Die Grünen stellen im Gemeinderat von Waging die stärkste Fraktion. Wenn man die Leute „mitkommen“ lässt, sie einbindet, dann lasse sich grüne Politik auch auf dem Land durchsetzen. Das Wählerpotenzial sei vorhanden. Sein Appell an die Jungen: nicht ideologisch, verbissen auftreten, sondern auf die Menschen zugehen. „Man kann bei den Grünen sein und trotzdem ein anständiger Mensch“, scherzte er, der jeden Morgen noch im Kuhstall steht und seine Kühe melkt.

06/2005 Pragmatisch, ohne Ideologie - **Grüne wollen Kreisverband zur Bundestagswahl wieder beleben**<sup>60</sup> - Landkreis - Der Kreisverband der Grünen liegt seit Jahren brach. Doch das soll sich ändern, auch wenn die bevorstehende, vorgezogene Bundestagswahl den Kommunalpolitikern das Leben nicht leichter macht. Die ursprünglich geplante Sommerakademie in Grainau mit prominenten Vertretern der Öko-Partei wurde deshalb abgesagt. „Aber wir müssen das Interesse an der Politik im Vorfeld der Wahl für uns nutzen“, sagte Theresa Schopper, Landesvorsitzende der Grünen in Bayern beim Treffen im „Bräustüberl“.

Eine kleine Runde saß in Garmisch-Partenkirchen zusammen. Knapp zehn Besucher waren der Einladung gefolgt. Die Kreisverbände Landsberg und Weilheim- Schongau, sie bilden zusammen mit Garmisch-Partenkirchen den Bundestagswahlkreis, boten ihre Unterstützung an. Der Weilheimer Stadt- und Kreisrat Alfred Höhnisch will vor Ort Aufbauhilfe leisten. „Doch erst müssen wir Leute finden, die die Arbeit hier machen wollen“, betonte Schopper.

Zumindest in der Marktgemeinde gibt es schon einen Aktiven - Gemeinderat Dr. Klaus Jacobitz. Und es sollen bald weitere folgen. „Wir brauchen Leut“, die auch bereit sind, sich auf-

---

<sup>60</sup> GPT 26.06.2005 Werner Schima

stellen zu lassen“, appelliert Schopper. Die dafür notwendige Motivation bei den bisher versteckten grünen Anhängern sollen Besuche der Parteiprominenz bringen.

Das Potenzial im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist laut Schopper vorhanden. Schneekanonen und Alpenkonvention allein sorgen schon für genug Themen. „Aber wir wollen auf kommunaler Ebene pragmatisch Politik machen - ohne Ideologie“, erklärt die Landes- Chefin. Die eigenen Grundsätze würden dabei aber nicht über Bord geworfen.

Angst vor der neuen Linkspartei, WASG/PDS, haben die bayerischen Grünen nicht. Schopper: „Ich glaube, da fehlt den Leuten hier der Bezug.“ Letztlich sei das eine Protestpartei gegen Hartz IV. Außerdem müsse man sich nur die Mitgliederstruktur des neuen Bündnisses anschauen, meinte die Grünen- Vorsitzende Bayerns: „Da wählen sie dann ganz klar PDS, das macht hier keiner.“

04/2005 Grüne wollen Neuanfang im Landkreis - **Daxenberger: „Wir sind hier eingeschlafen“**<sup>61</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Seit Tessy Lödermann, früher Grünen-

Landtagsabgeordnete, sich dem Tierschutz verschrieben und der Politik den Rücken gekehrt hat, sind die Grünen auf lokaler Ebene im Landkreis nicht mehr präsent. Landeschef Sepp Daxenberger kam nun extra nach Garmisch-Partenkirchen, um im „Bräustüberl“ die letzten grünen Parteibuchbesitzer um sich zu scharen und einen Neuanfang der Basis im Landkreis zu starten.

Dem Landeschef der Grünen geht es nach schwerer Krankheit wieder gut. Das sieht man ihm an. Und er münzt die Kraft in Arbeit um: „Wir sind hier eingeschlafen, aber eigentlich müsste der Landkreis eine gute Gegend für uns sein.“ Das soll sich jetzt ändern. Man brauche ein paar Zugpferde, andere lassen sich dann ins Schlepptau nehmen, sagt Daxenberger. Die müssten jetzt im Landkreis gefunden werden. Die regionalen Belange seien die Themen der Grünen: Tourismus, Verkehr, Umweltschutz, kommunale Daseinsvorsorge und Finanznot in den Gemeinden. Bei Wahlen sei man durchaus erfolgreich, „neun Prozent bei der Europawahl ist ein gutes Ergebnis.“ Das Ziel lautet: Bei den Kommunalwahlen 2008 soll die Partei für den Kreistag und in möglichst vielen Gemeinden mit einer neuen Mannschaft antreten.

Der Landesverband will die Grünen im Landkreis nach Kräften unterstützen. „Wir werden mehrere kleinere Veranstaltungen planen, um dort Leute zu rekrutieren“, sagt Daxenberger. Von Freitag, 22. Juli, bis Sonntag, 24. Juli, wird eine „Sommerakademie“ in Grainau veranstaltet.

---

<sup>61</sup> GPT 08.04.2005 Werner Schima

„Was hält die Gesellschaft zusammen und wie geht es mit ihr weiter“, soll dort erörtert werden. Neben Wissenschaftlern werden 100 bis 150 Grüne aus ganz Bayern inklusive der Parteiprominenz aus Bundes- und Landesvorstand erwartet. Die Zahl der derzeit rund 30 zahlenden Mitglieder, laut Daxenberger „sehr wenig“, soll dann kräftig steigen. Grainau suchten sich die Grünen wegen dem hohen Freizeitwert aus. „Es ist doch immerhin Sommer“, sagt Daxenberger.

01/2008 **Lödermann: Rückkehr in die Politik**<sup>62</sup> - Der weiße Fleck ist „wieder begrünt“. - Nach sechs Jahren Pause stellen sich die Grünen auf Kreisebene wieder zur Wahl. Ihr Zugpferd: Tessy Lödermann, die sich nach acht Jahren im Landtag und insgesamt 14 Jahren im Kreistag 2002 eigentlich von der Gremienarbeit verabschiedet hatte.

Garmisch-Partenkirchen - Nach dem Vakuum, das durch das Ausscheiden von Lödermann und ihrem Seehauser Weggefährten Leo Frühschütz entstanden war, habe sich inzwischen eine Reihe junger Leute zusammengefunden, „die hinter ökologischer Politik stehen“, freut sich die 51-Jährige. Um deren Engagement zu unterstützen, habe sie sich aufstellen lassen. Zudem „gab es lange Gespräche mit Sepp Daxenberger“, verrät Lödermann. Der Landesvorsitzende der bayerischen Grünen, der mit ihr von 1990 bis 1996 im Münchner Maximilianeum saß, habe sie an ihre Verantwortung erinnert, die Jugend an die Politik heranzuführen. „Auch ehemalige Landtags-Kollegen haben massiv an mich appelliert.“

Nach ihrem Rückzug aus dem Kreistag legte sich die Garmisch-Partenkirchnerin freilich nicht auf die faule Haut, sondern engagierte sich in ihrer Funktion als Vize-Präsidentin des Bayerischen Tierschutzbundes. Vor allem der Neubau des Tierheims in der Schmalenau hielt Lödermann stark auf Trab. Dass parallel zu ihrem möglichen politischen Comeback das neue Hundehaus errichtet wird, nennt sie „einen gewaltigen Kraftakt“. Ihren Mitstreitern und den anstehenden Themen zuliebe nimmt sie diesen allerdings gerne auf sich. „Ich bin sehr froh, dass sie dabei ist“, unterstreicht Daxenberger. Sein erklärtes Ziel zur anstehenden Kommunalwahl sei es gewesen, „die weißen Flecken auf der Karte des Freistaats zu begründen“.

Dabei geht es dem Waginger Bürgermeister nicht allein darum, in den Gremien vertreten zu sein. Vielmehr denkt er an Themen wie die Ski-Weltmeisterschaft 2011 und die Entwicklungen im Tourismus, bei denen auch Umwelt-Aspekte von Bedeutung seien. Dem kann sich Kreisvorsitzende Geli Rolles aus Murnau nur anschließen: „Wir Jungen haben zwar bisher wenig Erfahrung in der Politik, arbeiten uns aber schon jetzt in die Themen ein“, betont die

---

<sup>62</sup> GPT 31.01.2008 tab

24-Jährige. Dass sie dabei von der Erfahrung einiger „alter Hasen“ profitieren, findet sie positiv.

Für Lödermann ist dabei enorm wichtig, dass im Kreistag auch wieder die Punkte besprochen werden, wie sportliche Großveranstaltungen, der Ausbau der Bahnlinie und Ortsumfahrungen, die schließlich auch den ganzen Landkreis betreffen. „Diese Punkte muss man ausdiskutieren und ein Gesamtkonzept aufstellen“, fordert sie. Die Diskussionskultur sei zu ihrer Zeit eine andere gewesen, spielt sie auf kurze, wenig gesprächsintensive Sitzungen in der aktuellen Periode an. „Aber auch wenn wir uns früher in der Sache oft gefetzt haben, hatten wir doch immer ein gutes Verhältnis.“

Die Kandidaten:

1. Geli Rolles (Murnau), 2. Korbinian Freier (Oberammergau), 3. Sebastian Kummeth (Garmisch-Partenkirchen), 4. Leonhard Huber (Oberammergau), 5. Sebastian Gatzke (Murnau), 6. Tessy Lödermann (Garmisch-Partenkirchen), 7. Gisela Redlich-Georgii (Oberammergau), 8. Dorothea Monthofer (Murnau), 9. Janosch Rolles (Murnau), 10. Christine Steffen (Murnau), 11. Christi Freier (Oberammergau), Gerhard Huppertz (Murnau), 13. Heidi Fischer-Langmayer (Altenau), 14. Ingrid Pohl (Murnau), 15. Annelies Zunterer (Oberammergau), 16. Brigitte Kemper (Oberammergau), 17. Petra Fodermair (Murnau), 18. Juliane Margraf (Oberammergau), 19. Monika (Oberammergau), 20. Cornelia Schumann (Großweil).

11/2009 OLYMPISCHE WINTERSPIELE 2018 - **Grüne wollen Fakten gegenüberstellen**<sup>63</sup> - Der Kreisverband von Bündnis 90/Grüne plant eine Informations-Veranstaltung zur Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018. Anfang 2010 sollen Befürworter und Kritiker gemeinsam auf einem Podium diskutieren. „Der gezielten Stimmungsmache der Bewerbungsgesellschaft wollen wir Fakten gegenüberstellen“, erklären die beiden Vorstandssprecher Veronika Jones und Korbinian Freier in einer Pressemitteilung. Ihnen zufolge wäre es Aufgabe der GmbH, „auch über die Risiken der Bewerbung offen aufzuklären“. Bestärkt fühlen sich die Grünen in der Region durch einen Beschluss des Landesverbands: Der hatte bei seinem Parteitag am Wochenende in Bamberg die Bewerbung abgelehnt. „Die Glaubwürdigkeit der Grünen steht auf dem Spiel, wenn wir uns nicht gegen dieses Vorhaben aussprechen“, erklärte Freier vor den Delegierten.

---

<sup>63</sup> GPT 24.11.2009 matt

11/2009 Die Grünen - „**Entscheidend ist, Olympia zu verhindern**“<sup>64</sup> - Garmisch-

Partenkirchen - In Umfragen einschlägiger Meinungsforschungsinstitute liegen die Grünen auf Bundesebene weit über 20 Prozent. Die einstige Ökopartei ist auf dem besten Weg, zur Volkspartei zu werden. Auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen verzeichnen die Grünen, die vor ein paar Jahren fast von der politischen Landkarte verschwunden waren, wieder steigende Mitgliederzahlen. „27 sind es mittlerweile im Kreisverband“, erklärt Sprecherin Veronika Jones. „Wir brauchen natürlich noch weitere Leute, die sich einbringen wollen. Jeder ist willkommen.“ Nachdem inzwischen ein Ortsverband in Murnau existiert, streben sie und ihre Mitstreiter an, „auch in Garmisch-Partenkirchen wieder einen zu gründen“. Wenn das gelingt, ist Jones ihrem Ziel für 2014 einen großen Schritt näher: „Wir wollen bei der nächsten Kommunalwahl mit eigenen Listen in den vier großen Orten und auf Kreisebene antreten.“

Schützenhilfe erhalten die Grünen aus dem Landkreis dabei auch von Dieter Janecek, Landesvorsitzender der Grünen in Bayern. Seinen Abstecher ins Werdenfelser Land, wo sich der Bezirksverband zur Klausurtagung traf, nutzte er gleich zum Treffen mit Jones: „Ich freue mich, dass sich im Raum Garmisch-Partenkirchen wieder etwas tut.“ Ein Thema, das sich die Partei auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018. „In Zeiten des Klimawandels sind solche Veranstaltungen grundsätzlich nicht mehr vertretbar“, findet Janecek. Um diese These zu untermauern, verweist er auf die Alpinen Ski-Weltmeisterschaften heuer im Februar: „Da wurde nur auf Kunstschnee gefahren.“ Für ihn sind die Spiele aber auch aus finanzieller Sicht - „man lässt sich hier alles von außen aufoktrozieren“ - nicht machbar. „Entscheidend für mich ist, Olympia zu verhindern“, sagt der 34-Jährige.

Positiv beurteilen er und Jones, dass beim Bürgerentscheid am 8. Mai endlich die Garmisch-Partenkirchner zu Wort kommen. „Das hätte schon viel früher passieren können“, meint Jones. Eine klare Aussage der Befürworter, was passiert, wenn das Votum zu ihren Ungunsten ausgeht, vermisst sie allerdings. „Konsequenterweise müsste München mit Garmisch-Partenkirchen und Schönau dann aus der Bewerbung aussteigen.“ Sollte es dazu nicht kommen, das bayerische Konzept jedoch bei der Vergabe scheitern und eine Bewerbung für 2022 im Ram stehen, „werden die Grünen das nicht unterstützen“. Darüber herrsche Einigkeit, versichert Janecek. Diese klare Linie ließen seine Parteifreunde noch vermissen, als es um die Bemühungen für 2018 ging: Da hatte die Münchner Stadtratsfraktion pro Olympia votiert. „Das passiert nicht noch einmal.“

---

<sup>64</sup> GPT 12.04.2011 tab

03/2012 **Geld reicht nur für wenige Straßen**<sup>65</sup> - Grünen-Politiker Hofreiter kritisiert Bundesverkehrswegeplan - Projekte bis 2015 nicht realisierbar - Garmisch-Partenkirchen - Der Bundesverkehrswegeplan läuft bis Ende 2015. Und bis dahin seien noch Projekte mit einem Volumen von 41 Milliarden Euro abzuwickeln, erklärte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Dr. Toni Hofreiter bei einer Parteiversammlung im Gasthof Schatten in Garmisch-Partenkirchen. So weit, so gut. Aber: „Es sind wegen der Kostensteigerungen nur noch sechs Milliarden da.“ Die Rechnung geht also nicht auf. Hofreiters logische Schlussfolgerung: „Nur ein kleiner Teil der Straßen aus dem Plan kann bis 2015 gebaut werden.“ Der aus Sauerlach stammende Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Bundestag plädierte für eine grundlegende Reform des Plans. Denn darin seien viel mehr Projekte enthalten als überhaupt finanziert werden können. Auch der Status „vordringlicher Bedarf“ sei keine Garantie.

Das zeigen die - noch nicht begonnene - Umgehung Oberau sowie der zweite Bauabschnitt der Ortsumfahrung Saulgrub. Es sei durchaus möglich, dass aus finanziellen Gründen bis 2015 nicht mehr mit den Arbeiten begonnen werden könne. Auch den Kramertunnel griff Hofreiter auf: „Die Umgehung hat jetzt ebenfalls ein großes Problem, und seine Lösung wird möglicherweise extrem teuer - sofern man es überhaupt lösen will.“ Was den Auerbergtunnel zwischen Eschenlohe und Oberau anbelangt, machte der Abgeordnete keine Hoffnung auf einen schnellen Bau: „Er wurde in den „weiteren Bedarf“ nach 2015 geschoben; das bedeutet in Wahrheit eine Realisierung nach 2040.“

Grundsätzlich meldeten die Länder beim Bund möglichst viele Fernstraßen-Projekte an, um sie nicht selbst finanzieren zu müssen. Die Auswahl der zu bauenden Straßen aber sei willkürlich.“

Hofreiter plädierte ohnehin dafür, dass der Erhalt von Bestehendem ins Zentrum rückt und nur noch das unabweisbar Dringende neu gebaut werde - unter ökologischen Maßstäben mit Prüfung von Alternativen. „Es muss eine andere Planungskultur kommen.“ Denn in Deutschland mit einem der weltweit größten Straßennetze ist nach Auskunft des Politikers auch die Abnutzung außerordentlich stark. „Der Schwerlastverkehr nimmt kontinuierlich zu. Und ein einziger 40-Tonner-Lkw verursacht so viele Straßenschäden wie sage und schreibe 60 000 Pkw.“

Doch nicht nur die Straßen waren Thema in der Versammlung. Grünen-Landtagsabgeordnete Susanna Tausendfreund etwa setzte sich für eine „neue Kultur demokratischer Mitbestimmung“ in Bayern ein. Am Beispiel des Planfeststellungsverfahrens bei Kommunen erläuterte sie, dass die damit verbundene Bürgerbeteiligung bisher eine rein formale Angelegenheit sei - ohne ausreichende inhaltliche Informationen und ohne Debatte

---

<sup>65</sup> GPT 23.03.2012 wk



über Sinn und Zweck. Zudem sei nur ein eingeschränkter Kreis zur Mitsprache berechtigt. Die Grünen fordern nun Gesetzesinitiativen, die den Bürgern und Mandatsträgern mehr Informationsrechte einräumen. „Denn nur, wenn die Bürger auf Augenhöhe den Behörden begegnen und alle Argumente sorgsam geprüft werden, schafft das Akzeptanz.“

11/2012 Die Grünen bleiben farblos - **Partei spielt nur im Kreistag eine Rolle - Mitglieder gesucht**<sup>66</sup> - Landkreis - Der weiße Fleck auf der Landkarte ist wieder zart grün - zumindest auf Kreisebene. Seit 2008 engagieren sich drei Vertreter im Kreistag für grüne Politik. In den Kommunen schaut es dagegen mau aus, Gemeinderäte gibt es keine, einen Ortsverband lediglich in Murnau. Besserung ist nicht in Sicht.

Und auch auf Landesebene tauchen Vertreter aus dem Landkreis nicht mehr auf, seit Tessy Lödermann 1998 aus dem Maximilianeum ausgeschieden ist. Bestrebungen von Korbinian Freier, 2013 für den Stimmkreis Weilheim-Schongau in den Landtag einzuziehen, scheiterten schon bei der Aufstellungsversammlung in Murnau (wir berichteten). Dafür macht Lödermann die unglückliche Stimmkreis-Aufteilung verantwortlich: „Der Landkreis wurde damals gegen meinen erbitterten Widerstand geteilt, um CSU-Pfründe zu sichern.“

Ein Dilemma, vor dem freilich nicht nur die Grünen, sondern jede Partei im Raum Garmisch-Partenkirchen steht. Das Ammertal, die Gemeinden rund um Murnau und Oberau zählen zu Weilheim-Schongau. Die Orte im Isartal, Garmisch-Partenkirchen, Farchant und Grainau sind mit Bad Tölz-Wolfratshausen verbandelt. Doch nicht allein daran krankt es bei den Grünen. Mit dem Ausscheiden von Lödermann und Leo Frühschütz aus dem Kreistag 2002 verschwand die Partei vor Ort von der politischen Landkarte. Erst seit 2008 taucht sie wieder auf: „Mit der Mitgliederwerbung tun wir uns aber hart“, bedauert Freier, der als Sprecher im Kreisverband fungiert und händeringend ein weibliches Pendant sucht. „Es gibt viele, die sich thematisch für uns interessieren, aber wenig Bereitschaft, dauerhaft den Kopf hinzuhalten.“ Einen Ausweg aus diesem Dilemma sieht der Oberammergauer nicht.

Die Situation ist auch für Lödermann unbefriedigend. „Aber resignieren gibt's nicht“, unterstreicht die Garmisch-Partenkirchnerin. „Den Leuten muss bewusst sein, wenn sie Themen wie eine erneute Olympia-Bewerbung bearbeitet haben wollen, müssen sie sich engagieren.“ Ein Patentrezept, die „Bindungsangst“, wie es Freier nennt, an Parteien zu überwinden, hat auch sie nicht. „Das ist ein gesellschaftliches Problem.“ Freier traut sie aber zu, ihre Partei im Landkreis wieder aufleben zu lassen: „Er ist ein Gewicht, das bei den bayerischen Grünen sicher eine Rolle spielen wird.“

---

<sup>66</sup> GPT 13.11.2012 tab

Vorerst konzentriert sich der Oberammergauer aber auf die Arbeit vor Ort und vor allem darauf, Mitstreiter zu finden. „Für die Begeisterung ist es sicher nicht förderlich, wenn man auf höherer Ebene keine Chance hat“, sagt er in Anspielung auf die jüngste Aufstellungsver-sammlung. Nachdem er nicht damit rechnet, dass die Stimmkreise neu geordnet werden, ist die einzige Möglichkeit: mehr Personal zu akquirieren, um die Interessen des Landkreises vertreten zu können.

03/2013 **Bündnis 90/Die Grünen gründen Ortsverband**<sup>67</sup> - Bündnis 90/Die Grünen starten wieder einmal einen Versuch und gründen einen Ortsverband Garmisch-Partenkirchen. Dieser soll nicht nur für den Markt, sondern zudem für Grainau und Farchant zuständig sein. Die Versammlung, bei der auch Landtags-abgeordneter Ludwig Hartmann spricht, beginnt am heutigen Montag um 19.30 Uhr im Gasthof Schatten (Sonnenbergstraße 10-12). Dort werden zudem zwei Ortssprecher, Schriftführer und Beisitzer gewählt.

12/2013 Der erste Schritt - **Ortsverband Bündnis/90 Die Grünen kürt Dr. Stephan Thiel zum Spitzenkandidaten für den Gemeinderat**<sup>68</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Gleich zu Beginn ihrer Aufstellungsver-sammlung haben die Garmisch-Partenkirchner Mitglieder im Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen gezeigt, worum es ihnen geht: ums Stühlerücken. Aus einzelnen angeordneten Tischen und Stühlen wurde eine lange Tafel. Umkrepeln, neue Wege gehen - genau dafür wollen sich die Politiker in Zukunft im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat einsetzen. Zuletzt sammelte Norbert Batz 1996 genügend Stimmen. Seitdem fehlt die Farbe Grün im Gremium. Das soll sich jetzt ändern.

„Wir haben uns einen Fahrplan in Richtung Kommunal-wählen überlegt, und heute ist der erste Schritt“, sagt Dr. Stephan Thiel, Vorsitzender des Ortsverbands. Es war allerdings eine übersichtliche Zahl, die sich da auf den Weg gemacht hat. Sieben Stimmberechtigte können am Ende der Versammlung eine Liste mit zehn Kandidaten für den Gemeinderat vorweisen.

Damit alles seine Ordnung hat, bekommen die Garmisch-Partenkirchner Grünen Unterstützung von Andreas Morr, Kreisvorsitzender der Partei im Landkreis Bad Tölz- Wolfratshausen. Mit deutlichen Ansagen hatte er die Versammlung im Griff. „Jeder hat sieben Minuten Redezeit“, unterstreicht Morr.

Als es um Listenplatz eins geht, hat Kandidat Dr. Christoph Elschenbroich (74) gleich Mühe, diese Vorgabe einzuhalten. Die Schwerpunkte des Chemikers liegen in der Kulturpolitik. „In Garmisch-Partenkirchen ist dringend eine kulturelle Wende notwendig.“ Vor allem möchte er

---

<sup>67</sup> GPT 18.03.2013 mb

<sup>68</sup> GPT 13.12.2013 Matthias Strehler

das dominante Wintersport-Image der Marktgemeinde ändern. Helfen soll dabei auch die Kultur. Und in der kennt Elschenbroich sich bestens aus. „Ich bin in vielen Einrichtungen vertreten und habe gute Kontakte zu den Kulturmatadoren am Ort.“ Seine Kompetenzen überzeugen, für Platz eins reicht es dennoch nicht ganz. Elschenbroich steht auf der Liste hinter Thiel.

Der 48-jährige Physiker will „einen Fuß in die Tür bringen“. Mitreden in der Ortspolitik. Er ist aber auch Realist: „Sollten wir es in den Gemeinderat schaffen, heißt das nicht, dass aus der Kommunalpolitik eine Grünen-Politik wird.“ Sein Ziel ist es, mit der Partei in fünf Jahren einen gewissen Status erreicht zu haben: „Wenn dann bei Entscheidungen gesagt wird, da müssen wir noch die Grünen fragen“, hätten wir viel erreicht.“

Dass das gelingt, davon ist der Dritte auf der Liste, Sebastian Kummeth (26), überzeugt. „Leute, die gegen die Olympischen Spiele 2022 gestimmt haben, wollen auch eine transparente Politik. Und genau für die stehen wir“, betont der Taxi-Unternehmer. „Diese Tatsache macht mir Mut für die kommende Wahl.“

Courage und Engagement zeigt auch Christine Döring (33) in ihrer täglichen Arbeit. Die Tochter von Kommunalpolitiker Axel Döring, der seine kranke Tochter vertritt, arbeitet als Referentin für den Fachbereich Stalking. Aus diesem Grund bleibt sie auch parteilos. Steht aber auf Rang vier der Grünen-Liste. „Christine will sich für die Bürger einsetzen“, betont ihr Vater. „Das Wort Mitbürger muss wieder mehr zählen als das Wort Investor.“

Diese Vorhaben sollen ab März 2014 angegangen werden. Dann rücken die Grünen vielleicht den ein oder anderen Stuhl im Garmisch-Partenkirchner Rathaus zurecht.

Die weiteren Kandidaten:

5. Natalie Kummeth (24, Produktionshelferin), 6. Dr. Rainer Steinbrecher (56, Chemiker), 7. Renate von Angerer-Weber (65, Rentnerin), 8. Dr. Max Emanuel Bauer (63, Rentner), 9. Angelika Kunkel (58, Hausfrau), 10. Dr. Jutta Steinbrecher (53, Unternehmensberaterin).

04/2014 Grüne sehen rot - **Unmut über Bundespolitik: Dr. Christoph Elschenbroich tritt aus Partei aus - Ortsverband fordert Mandatsrückgabe**<sup>69</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Wie sehr hatten sich die Grünen in Garmisch-Partenkirchen gefreut: Endlich sind sie wieder im Gemeinderat vertreten. Mit Dr. Stefan Thiel und Dr. Christoph Elschenbroich schafften es gleich zwei Vertreter ins Gremium.

---

<sup>69</sup> GPT 01.04.2014 Janine Tokarski

Zu früh gefreut. Künftig kämpft Thiel allein für seine Partei. Elschenbroich sitzt dann zwar mit am Entscheidungstisch, aber nicht mehr als Grüner. Der 75-Jährige ist aus der Partei ausgetreten, will als Parteiloser die Kommunalpolitik mitgestalten. „Ich lehne die Haltung der Bundespartei gegenüber Russland stark ab“, begründet Elschenbroich seine Entscheidung. Die Position der Bundes-Grünen in der Krim- Krise passt ihm gar nicht. Sie sei viel zu ablehnend gegenüber Russland. Zumal er mit seiner russischen Frau mehrere Monate im Jahr in dem Land lebt und seine beiden Kinder die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen. Für ihn blieb deshalb nur ein Schritt: der Partei-Austritt. Zudem könne er als parteifreier Gemeinderat je nach Thema wählen, mit welcher Fraktion er kooperiere. Er sei flexibler und müsse nicht im Sinne der Grünen entscheiden.

„Das hätte er sich vorher überlegen sollen“, meint die langjährige Grünen-Vertreterin im Kreistag, Tessa Lödermann. Sie kann Elschenbroichs Verhalten „nicht nachvollziehen“. Die Grünen vor Ort fühlen sich hintergangen. „Wir wurden benutzt, um in den Gemeinderat zu kommen“, mutmaßt Ortsverbands-Sprecher Thiel. Für ihn ist der Austritt auch „eine Täuschung von Wählern.“ Schließlich hätten die Bürger Elschenbroich als Vertreter der Partei gewählt, nicht nur als Person. Deshalb ruft der Garmisch-Partenkirchner Ortsverband den Abtrünnigen auf, sein Mandat niederzulegen und „einem Nachrücker zu ermöglichen, seinen Platz einzunehmen“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Er sollte Konsequenzen ziehen“, fordert Thiel mit Nachdruck.

Das kommt für den Kulturfreund und Jazz-Liebhaber gar nicht in Frage. „Selbstverständlich nehme ich das Mandat an“, unterstreicht Elschenbroich. Abgeben will er den Posten „keinesfalls“. Er sei auch als Person gewählt worden, zudem habe durch seinen Austritt niemand einen Nachteil. Denn „ich vertrete nach wie vor die Ziele der Grünen vor Ort“. Das Programm des Garmisch-Partenkirchner Verbands hat er mit ausgearbeitet - und er will sich weiterhin für ökologische Interessen einsetzen. Auch dem künftigen Gemeinderat Thiel ist an einer sachorientierten Kooperation gelegen, „aber das wird nun sicherlich nicht einfach und angenehm“. Denn den Ortsverband, der die beiden gewonnenen Sitze im Gremium als großen Erfolg verbuchen konnte, wurmt Elschenbroichs Austritt gewaltig.

Auch, wenn der nicht wirklich plötzlich kam. Bereits am 19. Februar kündigte dieser in einer internen Sitzung der Grünen an, über einen Parteiaustritt nachzudenken. „Das war also keinerlei Überraschung“, bekräftigt er. Er habe lediglich mit dieser Bekanntgabe gewartet, um die Grünen im Wahlkampf nicht zu schwächen. Große Dankbarkeit kann er dafür wohl nicht erwarten. Thiel wusste zwar von den Gedankenspielen Elschenbroichs, „aber wir haben alle gehofft, dass es nicht passiert“. Die Hoffnungen waren vergeblich, der Austritt ist besiegelt. Und die Grünen haben eine wichtige Stimme weniger.

**KOMMENTAR - Wähler und Weggefährten enttäuscht (Janine Tokarski):**

Der erste ist Dr. Christoph Elschenbroich nicht: Walter Echter hat es 2008 gemacht, Dr. Klaus Jacobitz in der Periode davor, und mehrere Murnauer Gemeinderäte wechselten auch schon die Fronten. Besser wird es dadurch aber nicht. Wenn ein gewählter Volksvertreter gerade einmal zwei Wochen nach der Abstimmung seiner Partei den Rücken kehrt, vertritt er den Willen des Volkes nicht. Persönlichkeitswahl hin oder her: Fakt ist, dass Elschenbroich als Grüner kandidierte und die Bürger ihm in dieser Funktion ihr Vertrauen schenken. Noch dazu ist die Begründung für den Austritt schwach. Wenn ein Kommunalpolitiker solch schwerwiegende Bedenken gegenüber Positionen der Bundespartei hat, dass sogar ein Parteiaustritt im Raum steht, sollte diese Entscheidung frühzeitig fallen und nicht erst nach der Wahl. Das hinterlässt einen faden Beigeschmack. Mit diesem späten Entschluss hat Elschenbroich den Grünen sicher nicht geholfen. Zurück bleiben nämlich nicht nur Wähler, sondern auch ehemalige politische Weggefährten, die sich ebenfalls getäuscht fühlen. Keine besonders gute Basis für eine Zusammenarbeit im Gemeinderat. Genau die muss es aber geben, wenn Elschenbroich hält, was er verspricht: Dass er sich weiterhin für grüne Ziele einsetzt. Zumindest das ist er seinen Wählern schuldig.

04/2015 Alternative für den Kramertunnel - **Kreisverband fordert Umplanung der Garmischer Ortsumfahrung**<sup>70</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Lange waren die Vertreter von Bund Naturschutz (BN) Einzelkämpfer, wenn es darum ging, die beste Lösung für eine Garmischer Ortsumfahrung zu finden. Mit ihren Vorschlägen scheiterten sie bereits vor dem ersten Spatenstich Ende April 2011 vor Gericht und stellen nun fest, dass sie mit all ihren Bedenken richtig lagen. Nicht umsonst stockt der Durchbruch für den Erkundungsstollen seit 2013. Vor allem der enorme Wassereintritt macht den Bauherren zu schaffen.

Die Umweltschäden, die dadurch schon entstanden sind, beschäftigen mittlerweile die Juristen. Noch ist nämlich nicht klar, inwieweit das Staatliche Bauamt Weilheim deren Reparatur veranlasst. „Die Schäden im Bereich des Hauptdolomits sind irreversibel“, bedauerte Behördenleiter Michael Kordon heuer im März gegenüber dem Tagblatt. Eine Aussage, mit der sich Dr. Andreas Keller, stellvertretender BN-Kreisvorsitzender, nicht zufrieden gibt. „Wir klagen, um etwas zu bewahren. Es darf nicht sein, dass alles ohne Rücksicht auf die Natur zerstört wird.“

Unerwartete Schützenhilfe erhält er nun vom Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen. „Wir lehnen einen Weiterbau auf der geplanten Trasse ab“, untermauert Jörg Jovy, Sprecher des Kreisverbandes. Aus den Ankündigungen des Bauamtes Weilheim zum erneuten Planfeststellungsverfahren werde klar, dass die Behörde nicht nur mit allen Mitteln an der bisherigen

---

<sup>70</sup> GPT 26.04.2015 tab

Trasse festhalte, sondern auch noch die bestehenden Auflagen des Naturschutzes kippen möchte. Ein Vorgehen, das Jovy und seine Mitstreiter insbesondere vor dem Hintergrund der bereits angerichteten Zerstörung empört und das sie nun bewogen hat, endlich Stellung zu beziehen: „Wenn vergleichbare Fehler bei anderen Großprojekten auftreten, wie etwa beim Bau des Berliner Großflughafens, dann kritisieren bayerische Politiker gerne die fehlende Kompetenz“, meint der Grüne. „Beim Kramertunnel sollten sie vor der eigenen Haustüre kehren. Hier werden unnötig Millionen für eine verkehrstechnisch und ökologisch miserable Lösung verschleudert.“

Deshalb schließen sich die Grünen der BN-Forderung an, die Alternativtrasse voranzutreiben. „Nur die entlastet Garmisch ausreichend vom Verkehr und hat Aussicht auf eine schnelle Realisierung.“ Zudem habe es Anfang des Jahrtausends einen breiten Konsens für die vom Bund Naturschutz vorgeschlagene und bereits 1982 raumgeordnete Strecke gegeben, die das Bauamt nicht verfolgt hat. Nachdem nun die US-Streitkräfte ihren teilweisen Abzug aus der Breitenau angekündigt haben, spreche nichts mehr dagegen, betont Jovy. „Das neue Planfeststellungsverfahren bringt die einmalige Chance, nun die unproblematische und preiswerte Trasse schnell zu realisieren.“

11/2016 **Neuer Ortsvorstand gewählt**<sup>71</sup> - Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen - GAP - Ende Oktober hat sich der Ortsverband Garmisch-Partenkirchen und Umgebung von Bündnis 90/Die Grünen zu seiner Mitgliederversammlung im Gasthof Zur Linde in Partenkirchen eingefunden. Turnusgemäß standen die Wahlen für einen neuen Ortsvorstand aus zwei Sprecherinnen bzw. Sprechern und vier Beiräten an. Im Rahmen eines kurzen Rückblickes über die Aktivitäten der letzten beiden Jahre stand das von Gemeinderat Dr. Stephan Thiel erarbeitete Radverkehrskonzept, die Informationsfreiheitsgesetz und diverse ökologische Projekte (z.B. Plastikfasten) im Mittelpunkt. Bei den anschließenden Wahlen wurde Dr. Rainer Steinbrecher als Sprecher bestätigt. Ihm zur Seite steht ab sofort Dr. Thomas Berger als zweiter Sprecher. Für den anstehenden Bundestagswahlkampf 2017 wurden die Verkehrs- und Gesundheitspolitik als Schwerpunkte festgesetzt. Hierzu ist im nächsten Jahr auch mindestens eine entsprechende Veranstaltung mit hochkarätigen Gästen aus der Bundespolitik geplant.

Von links: Renate von Angerer-Weber (Beisitzerin), Dr. Rainer Steinbrecher (1. Sprecher), Angelika Kunkel (Beisitzerin), Dr. Stephan Thiel (Beisitzer und Gemeinderat), Nathalie Fischer (Beisitzerin und Sprecherin Kreisverband), Dr. Thomas Berger (2. Sprecher).

---

<sup>71</sup> KB 19.11.2016 kb

06/2017 **Die Polit-Hochzeit**<sup>72</sup> - Die Parteifreie Alexandra Roos-Teitscheid und der Grünen-Überflieger Dr. Stephan Thiel haben beschlossen, die restliche Periode im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat als Duo zu bestreiten. Sie haben eine Ausschuss-Gemeinschaft gegründet, die demnächst in eine Fraktion münden soll.

Garmisch-Partenkirchen - Sie kamen gemeinsam, als der Gemeinderat schon begonnen hatte, durch die Tür des Großen Sitzungssaals. Alexandra Roos-Teitscheid (parteilos) bog nach links ab und setzte sich auf ihren Stuhl neben Florian Möckl (Freie Wähler), Dr. Stefan Thiel (Bündnis 90/Die Grünen) marschierte nach rechts und nahm an der Seite von Christoph Elschenbroich (parteilos) Platz. Im nächsten Gemeinderat, der am 21. Juni tagt, werden Roos-Teitscheid und Thiel nebeneinandersitzen. Die Gymnasiallehrerin, zu Beginn der Periode Frontfrau des Christlich Sozialen Bündnisses, ehe sie die CSB-Fraktion nach einem Zerwürfnis mit Daniela Bittner verlassen hatte, und der promovierte Physiker sind die Ehe eingegangen - die politische. Seit Mittwoch ist das Verhältnis legalisiert, zunächst als Ausschussgemeinschaft, später als Fraktion. Der muss nur noch der Grünen-Ortsverein zustimmen, der darauf achten will, dass im gemeinsamen Programm genügend grüne Inhalte vorgesehen sind. „Das wird in absehbarer Zeit passieren“, sagt Thiel. Gestern teilte Roos-Teitscheid Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer (SPD) schriftlich den Entschluss mit, den beide Mittwochnacht den Mitgliedern des Gemeinderats mündlich kundgetan hatten. Meierhofer Reaktion: ein Lächeln und die Auskunft, dass sie die Sitzordnung ändern werde.

Vom ersten Rendezvous zwischen Thiel und Roos-Teitscheid bis zur Entscheidung, dass man bis März 2020 einen gemeinsamen politischen Weg beschreiten will, dauerte es einige Monate. Nicht, dass sich beide Seiten geziert hätten. Es war praktisch Liebe auf den ersten Blick, nachdem Martin Schröter (FDP) Thiel Ende Januar mitgeteilt hatte, dass er die damalige Fraktionsgemeinschaft auflösen will. Der Grund für die Scheidung: man habe sich auseinandergeliebt. Das wird zwischen den beiden neuen Partnern nicht passieren. „Wir passen gut zusammen“, meinen Roos-Teitscheid und Thiel unisono. „Und wir schätzen uns.“ Beide sagen, sie würden argumentativ arbeiten und versuchen, Lösungen zu finden. Die emotionale Ebene sei nicht tragfähig für politische Arbeit.

Beide kommen zwar aus unterschiedlichen politischen Lagern, die Schnittmengen sollen dennoch extrem groß sein. Thiel hofft, Roos-Teitscheid werde „eine kleine Grüne“, die dreifache Mutter setzt darauf, der Alternative mit den schwarzen Struwelhaaren verinnerliche ein „paar CSB-Standpunkte“. In einigen Punkten differieren beide allerdings. Am meisten in Sachen alpiner Ski-Weltcup oder mögliche Bewerbung für eine Ski-WM. „Da sind wir völlig konträr“, erklärt Roos-Teitscheid.

---

<sup>72</sup> GPT 02.06.2017 Peter Reinbold

Allgemein erwartet wird, dass das Duo mehr frischen Wind in den Gemeinderat bringt. Beide gelten als Politalente. Von Roos-Teitscheid wird behauptet, sie hätte die große Hoffnungsträgerin des CSB werden können, Thiel glänzte in seinen ersten drei Jahren als Gemeinderat durch sein Wissen und als Redner sowie als Baumeister des Radkonzepts. Für beide - vor allem für Roos-Teitscheid - verlief die Zeit als Einzelkämpfer frustrierend. Sie war länger als Thiel von Informationen abgeschnitten. „Ich war isoliert“, räumt sie ein. „Das war keine schöne Zeit.“ Auch Thiel hatte seinen Platz im Ältestenrat, in dem die Fraktionschefs gemeinsam mit Meierhofer und dem Zweiten Bürgermeister Wolfgang Bauer (CSU) sitzen, verloren, nachdem ihn Schröter verlassen hatte. Da Thiel die neue Fraktion führen wird, rückt er wieder in dieses Gremium auf. Die Ausschüsse werden aufgeteilt. Roos-Teitscheid rückt in den Finanz- und Tourismus-Ausschuss, Thiel bleibt im Bau- und Hauptausschuss.

08/2017 **Grüne in Rage**<sup>73</sup> - Politiker wehren sich gegen massive Verdrängung der Natur durch Bauboom - Drei-Punkte-Plan soll Abhilfe schaffen - Garmisch-Partenkirchen - Empört stehen die zehn Grünen vor der Baustelle an der Alleestraße in Garmisch-Partenkirchen. Schräg gegenüber dem Festzelt ist eine riesige Baustelle entstanden. Dort soll einmal das Boutiquehotel Werdenfelserei entstehen. Für das Gebäude in für viele Bürger gewöhnungsbedürftigem Stil mussten insgesamt sieben hochgewachsene Buchen weichen - und das ist der Stein des Anstoßes (wir berichteten).

„Das Thema ist, wie gehen wir grundsätzlich mit alten Bäumen um“, sagt Gemeinderat Dr. Stephan Thiel. Durch die vielen Bauprojekte in jüngster Zeit ist bei ihm eine Grenze erreicht. Darum marschiert nun die grüne Polit-Prominenz auf. Der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Grünen, Ludwig Hartmann, der Landesvorsitzende Eike Hallitzky sowie die Direktkandidatin für die Bundestagswahl, Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann, sind zu einem Ortsrundgang angereist, um sich vor Ort ein Lagebild zu schaffen.

Was sie alle besonders in Rage bringt, ist, dass die Buchen eigentlich durch die Baumschutzverordnung geschützt waren. Aber beim Bau wurden die Wurzeln so stark beschädigt, dass die Pflanzen aus Stabilitätsgründen weichen mussten. Für Thiel ist die Sache besonders anrühlich, da auf dem Dach ein Wellnessbereich mit Pool geplant ist. Ohne die Bäume ist nun der Blick frei auf das Wettersteinmassiv. „Da könnte man ja unken“, sagt er verbittert.

Bäume als Kollateralschaden zu opfern, das gehe gar nicht, entrüstet sich Nathalie Fischer, ebenfalls Vorstandsmitglied des Ortsverbandes. „Was so ein Baum für uns leistet“, führt sie weiter aus. Was daran CO<sub>2</sub> speichere. Geplante Neupflanzungen mögen zwar nachhaltig sein, aber sie ersetzen erst in einigen Generationen den Wert hundert Jahre alter Bäume.

---

<sup>73</sup> GPT 04.08.2017 Magnus Näbauer



Was den Frevel an den Bäumen angeht, so soll dieser Konsequenzen haben. Dazu zitiert Hallitzky die Baumschutzverordnung der Marktgemeinde. Nach dieser sind alle Maßnahmen verboten, die zu einem Absterben von Bäumen führen. Da dies hier offensichtlich missachtet wurde, soll der Bauherr bei der nächsten Vergabe eines öffentlichen Bauauftrags ausgeschlossen werden. Dies könne nach Paragraph 124 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgesetzt werden. Dafür wird sich Thiel bei der nächsten Sitzung im Gemeinderat einsetzen.

Etwas anders beurteilen die Grünen den Fall der Blutbuche am St.-Irmengard-Gymnasium. Dort soll das majestätische Exemplar einer Turnhalle weichen. Doch hier entzündet sich deutlich weniger Kritik. Schließlich sei die Halle dringend nötig, erklärte Thiel. Trotzdem wolle man auch hier sensibilisieren, wie wichtig so ein Baum sei.

Damit künftig nicht noch weitere wichtige Pflanzen dem Bauboom zum Opfer fallen, stellte Fischer einen Drei-Punkte-Plan vor. Darin wird gefordert, dass bei einem Bauprojekt auch Grünflächen außen um das Gebäude herum mit geplant werden müssen. Außerdem soll ein Bau ökologisch begleitet werden. Dabei wird durch Beratung auf schützenswerte Pflanzen hingewiesen, aber auch kontrolliert, dass sie erhalten bleiben. Zuletzt muss noch die Schutzverordnung überarbeitet werden. So soll nicht mehr Höhe und Dicke entscheidend sein, sondern jeder Baum nach seinem individuellen Wert für den Ort beurteilt werden. „Das heißt ja nicht, dass man keinen Baum mehr, anfassen darf“, betont Hartmann. Wenn ein Baum wirklich Probleme bereitet, beispielsweise durch zu tiefe Wurzeln oder zu viel Schatten, muss er auch auf Antrag entfernt werden dürfen.

01/2018 Einer, der in keine Schublade passt - **Bayerisch, bodenständig, traditionsbewusst - das alles ist Andreas Krahl**. Der Seehauser bewirbt sich im Oktober um ein Landtagsmandat - nicht etwa für die CSU, sondern für die Grünen. Mit guten Aussichten.<sup>74</sup>

Landkreis - Öko-Fundis bis zur Militanz, Vegetarier mit missionarischem Eifer, Weltverbesserer mit Wollpulli und Jute-Tasche - es gibt viele Klischees für die Grünen. Bei Andreas Krahl funktioniert dieses Schubladen-Denken allerdings überhaupt nicht. Falls es die Lage erfordert, würde er sich bei Sondierungsgesprächen mit CSU- Vertretern auf einen Schweinsbraten zusammensetzen. „Ich rauche auch und trinke gerne mal eine Halbe Bier“, verrät der Seehauser, der sich nach der Nominierungskonferenz seiner Partei in Ingolstadt berechtigte Hoffnungen auf ein Landtagsmandat machen darf.

Denn Krahl nimmt den aussichtsreichen Platz acht auf der Oberbayern-Liste ein. Aktuell sitzen sechs grüne Vertreter aus diesem Regierungsbezirk im Maximilianeum. Da aufgrund

---

<sup>74</sup> GPT 31.01.2018 Christof Schnürer

aktueller Prognosen Bündnis 90/Die Grünen bei etwa 14 Prozent (Wahlergebnis 2013: 8,6 Prozent) gehandelt werden, stehen die Chancen des gebürtigen Niederbayern in der Tat nicht schlecht. „Dann könnte ich meinen Job am Krankenbett leider nicht mehr ausüben.“ Gesundheitspfleger Krahl könnt's verschmerzen angesichts der deutlich besseren Bezahlung als Landtagsabgeordneter.

Zunächst jedoch muss bis zum 14. Oktober um jede Stimme gekämpft werden - vornehmlich im Wahlkreis Weilheim-Schongau (dazu gehört auch der nördliche Landkreis Garmisch-Partenkirchen). Dort tritt Krahl als Direktkandidat und Herausforderer des CSU-Platzhirschen Harald Kühn aus Murnau an, der bekanntermaßen Milch wie kein anderer liebt.

Ein Getränk, das Krahl keineswegs fremd ist. Im Gegenteil: Er ist in Jandelsbrunn (Landkreis Freyung-Grafenau) auf einem Bauernhof aufgewachsen - 35 Kühe, 40 Hektar Grünfläche. Kein Wunder also, dass der grüne Shootingstar bayerisch, bodenständig und traditionsbewusst ist. Aufgrund seiner Wurzeln, seines erfrischenden Dialekts und seiner Erscheinung (Bart und Joppe) vergleichen ihn jetzt schon viele mit dem unvergessenen Landesvorsitzenden Sepp Daxenberger (1962 bis 2010).

Wie er ist Krahl authentisch. Er muss den Patrioten nicht spielen und sich in eine Lederhose zwängen. Doch die zog er ohnehin nur an, wenn er als Posaunist mit der Musikkapelle Grainet aus-rückte. Natürlich war der Niederbayer in seinem Heimatort auch Trachtler und Ministrant. Der Glauben spielt in seinem Elternhaus seit jeher eine Rolle. „Meine Mama Resi geht heute noch jeden Sonntag in die Kirche.“ Und der Sohn? Katholik Krahl beantwortet das wie folgt: „Ich bin ein Mensch, der mit christlichen Werten im Einklang lebt.“

Im Sommer 2016 verschlug es den grünen Hoffnungsträger berufsbedingt von München an den Staffelsee. „Ich bin bewusst raus aus der Weltmetropole aufs Land, ich bin kein Stadtmensch.“ In der Unfallklinik Murnau arbeitet der 28-Jährige als Gesundheitspfleger. Ursprünglich hatte der Abiturient eine Banklehre gemacht. Doch das war nichts für Krahl - genauso wenig sein zweijähriges Engagement bei der Jungen Union (2005 bis 2007). „Meine Wertevorstellung und die der JU passen gar nicht zusammen.“ Zum Eklat mit der schwarzen Nachwuchsorganisation kam es, als er entgegen der Partei-Direktive gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin demonstrierte.

„Liebe Leut', Ihr könnt' mich kreuzweise“, dachte sich Krahl, der schon mit zehn Jahren gespannt die Tagesschau verfolgte. „Politisch hab' ich dann den Kopf in den Sand gesteckt.“ Bis 2012 als er in München die heutige Landesvorsitzende Katharina Schulze kennenlernte. „Seitdem habe ich wieder Feuer und Leidenschaft.“ Der Eintritt bei Bündnis 90/Die Grünen - folgerichtig.

Nun bereiten sich Krahl und seine nicht minder politisch interessierte Freundin Johanna Sühlig in ihrer Wohnung beim „Urer-Bauern“ in Rieden auf den Wahlkampf vor. „Ich stehe für grüne Ideen gnadenlos ein“, betont der Landtagskandidat. „Aber wir müssen weg vom Image der Verbotspartei.“ Auch dieser Satz könnte von Sepp Daxenberger stammen.

03/2019 **Der logische Kandidat**<sup>75</sup> - Bündnis 90/Die Grünen schickt Dr. Stephan Thiel (53) in die Wahl um den Bürgermeisterposten 2020. Der Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat ist seit fünf Jahren das Gesicht der Öko-Partei. Sein Wunschziel: ein zweistelliges Ergebnis.

Garmisch-Partenkirchen - Einer ist immer der Erste. Diesmal macht Bündnis 90/Die Grünen den Anfang. Während alle anderen Parteien und Gruppierungen sich bedeckt halten, was den Kandidaten für das Bürgermeisteramt von Garmisch-Partenkirchen für die Kommunalwahl im März 2020 angeht, haben die Grünen gestern die Karten auf den Tisch gelegt. Die Öko-Partei präsentierte mit Dr. Stephan Thiel (53) jenen Mann, der versuchen soll, das Rathaus zu erobern oder zumindest ein achtbares Ergebnis zu erzielen. Thiel weiß, dass er es schwer haben dürfte, ab dem 1. Mai 2020 die Geschicke von Garmisch-Partenkirchen als Bürgermeister zu leiten. „Ich werde jetzt nicht anfangen zu träumen“, sagt er. „Ich stehe mit beiden Beinen auf dem Boden. Es dürfte schon schwierig werden, in die Stichwahl zu kommen.“ Dass nichts unmöglich ist, dafür steht Dr. Sigrid Meierhofer (SPD), die 2014 völlig überraschend Amtsinhaber Thomas Schmid (damals CSB) aus dem Amt katapultierte. Den Termin der Nominierung setzten die Grünen bewusst früh. „Wir haben keine Zeit, uns in den nächsten Monaten mit Personalien zu beschäftigen, dafür gibt es einfach zu viele drängende inhaltliche Herausforderungen in Garmisch-Partenkirchen“, erklärt Stephen Kossegi, Zweiter Sprecher des Ortsverbands.

Die Basis der Grünen ist eine breitere als noch vor fünf Jahren, als neben Thiel auch Dr. Christoph Elschenbroich den Sprung in den Gemeinderat geschafft hatte. Elschenbroich verabschiedete sich allerdings wenige Tage später aus der Fraktion und macht seitdem sein politisches Ding als parteifreier. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober 2018 erhielt Bündnis 90/Die Grünen in Garmisch-Partenkirchen mehr als 15 Prozent der Zweitstimmen. „Wenn ich ein ähnliches Resultat erreiche, bin ich zufrieden. Zweistellig wäre perfekt“, sagt Thiel. Der Ortsverband wachse rasant. Insbesondere junge Menschen sind Thiel zufolge in den vergangenen Monaten eingetreten, weil sie sich weder in der Orts- noch in der Landespolitik wiederfinden. „Ihren Ideen möchte ich meine Stimme geben“, sagt er.

Als Polit-Neuling hat sich der Physiker, der an der Universität Freiburg in Meteorologie promovierte und der seit Anfang 2000 am Karlsruher Institut für Technologie im Bereich der UV-

---

<sup>75</sup> GPT 27.03.2019 Peter Reinbold

Strahlungs- und Klimaforschung arbeitet, einen ausgezeichneten Ruf erworben. Über Parteigrenzen hinweg wird er wegen seiner messerscharfen und manchmal schonungslosen Analysen geschätzt. Und auch bei den Grünen war seit langem klar, wer die Partei in den Wahlkampf führen soll. Zu Thiel gab es keine Alternative. Das Votum des Ortsverbands am 22. März war einstimmig ausgefallen. Ein großer Vertrauensbeweis. „Dass wir Stephan Thiel zu unserem Spitzenkandidaten machten, ist eine logische Folge seiner hervorragenden und erfolgreichen Arbeit im Marktgemeinderat“, sagt Dr. Rainer Steinbrecher, Sprecher des Grünen-Ortsverbands. „Er ist dort die Stimme einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung, einer zukunftsorientierten und ressourcenschonenden Ortsplanung sowie eines vernünftigen überparteilichen Miteinanders. Und davon braucht der Markt dringend mehr.“ Nicht nur dem Radkonzept, das in großen Teilen seine Handschrift trägt, und der Geriatronik, als deren Namensgeber er gilt, hat sich Thiel verschrieben. Im Wahlkampf will er zudem die Felder soziale Gerechtigkeit und bezahlbaren Wohnraum beackern; wobei er noch nicht entschieden hat, ob er den kommunalen Wohnungsbau, den große Teile des Gemeinderats präferieren, oder den sozialen Wohnungsbau, dem die CSU das Wort redet, als geeignetes Mittel sieht, die Misere zu beenden.

Den Bürgermeisterkandidaten haben die Grünen gekürt, die Liste der Männer und Frauen, die sich für den Gemeinderat zur Wahl stellen, soll erst im Herbst verabschiedet werden. Sie wird auch für Nicht-Grüne offen sein. Gut möglich, dass darauf die parteifreie Alexandra Roos-Teitscheid auftaucht, die derzeit mit Thiel die Grün-Unabhängige Fraktion bildet. „Ausschließen würde ich es nicht. Es hat bereits Gespräche gegeben“, räumt Thiel ein. Und auch Roos-Teitscheid scheint nicht ganz abgeneigt zu sein. Eine Rückkehr zum CSB oder zur CSU kommt für sie offenbar ebenso wenig in Frage wie der Wechsel zu einer anderen Gruppierung.

09/2019 Kritik von den Grünen - **Beschluss der Staatsregierung: Keine Verbesserung für Werdenfelsbahn bis 2025**<sup>76</sup> - Landkreis - Andreas Krahl ist sauer. Sehr sogar. Der Landtagsabgeordnete der Grünen aus Seehausen am Staffelsee hadert mit der Entscheidung der Mehrheit im Landtag, die einen Antrag der Grünen scheitern ließ. Die Öko-Partei, bundesweit im Aufwind, hatte bereits im Februar eine Takterhöhung im Netz der der Werdenfelsstrecke zwischen München und Mittenwald gefordert. Die Staatsregierung setzt nun mit der Vollzugsmittelteilung des Ministers für Wohnen, Bau und Verkehr ihren eigenen Antrag um, der weit hinter dem der Grünen zurückbleibt. Angebotserweiterungen auf der Werdenfelsstrecke wird es voraussichtlich nicht bis 2025 geben.

---

<sup>76</sup> GPT 11.09.2019 prei

Besser kommen Nutzer der Bayerischen Überlandbahn (BOB) weg. Im BOB-Netz gibt es zwar Taktverdichtungen, jedoch nur an den Wochenenden, und zwar exakt jeweils, um die Menschen aus München am Morgen aus der Stadt herauszufahren und am Nachmittag und Abend wieder in die Stadt zurückzubringen. „Verbesserungen für Pendler? Fehlanzeige“, sagt Krahl.

„Die Menschen in den ländlichen Landkreisen rund um die Landeshauptstadt fühlen sich nicht zum ersten Mal im Stich gelassen“, teilt Krahl per Presseerklärung mit. „Der Schienenverkehr wird an ihrem Mobilitätsbedürfnis vorbeigeplant. Vielleicht entspannt sich durch das erweiterte Angebot wenigstens die Verkehrslage an den Wochenenden: Momentan bleiben viele Menschen wegen der überfüllten Straßen und der Staus sonntags lieber zu Hause und meiden die Naherholungsgebiete im direkten Umland.“

Besonders bezeichnend findet er, dass die Staatsregierung hinter den Forderungen der eigenen Basis zurückbleibt. Ortsansässige Kreisverbände der CSU forderten ganz genau dieselbe Taktverdichtung und die genau gleichen Verbesserungen für Pendler wie die Grünen-Fraktion im Landtag. „Wie sich die Pläne der Staatsregierung zur Mobilitätswende in ländlichen Gebieten mit den vollmundigen Versprechungen zu mehr Klimaschutz decken, bleibt wohl ein Geheimnis“, sagt Krahl. „Wie sollen die Menschen so in die Lage kommen, auf individuelle Mobilität zu verzichten? Leben ohne eigenes Auto? So geht das jedenfalls für die Wenigsten.“

11/2019 **Zu wenig Sonnenanlagen und Windräder**<sup>77</sup> - Bündnis 90/Die Grünen: 80 Teilnehmer diskutieren über schnelle Wege aus der Klimakrise - Garmisch-Partenkirchen - Sonne, Wasser, Wind? Welches sind die Energieformen der Zukunft? Ist es Realität oder Utopie, dass Garmisch-Partenkirchen sich selbst autark mit Energie versorgen kann? Über die aktuelle Energieversorgung in Bayern und speziell in der Marktgemeinde haben rund 80 Interessierte auf Einladung des Ortsverbands Garmisch-Partenkirchen von Bündnis 90/Die Grünen mit Experten diskutiert. Unter den geladenen Gästen im Adlwärth-Pavillon befanden sich Vertreter der Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen, der Bayerischen Zugspitzbahn, der Energiewende Oberland sowie der Agenda 21 Garmisch-Partenkirchen.

„Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist ungemein wichtig, es gilt vor allem die kommunalen Einflussmöglichkeiten zu nutzen und zu stärken“, erklärte Moderator Dr. Stephan Thiel ein Ziel dieser mittlerweile fünften Veranstaltung im Rahmen einer Reihe über Energiepolitik. Schließlich sei diese letztendlich Sache der Gemeinden und des Landkreises und könne nicht auf Bundesebene gelöst werden.

---

<sup>77</sup> GPT 08.11.2019 Barbara Falkenberg

Der Spitzenkandidat der Grünen für das Bürgermeisteramt hob hervor, dass man Photovoltaik-Anlagen ausbauen müsse, um Sonnenenergie besser zu nutzen. Doch die aktuelle Gesetzgebung verhindere, dass solche Anlagen beispielsweise auf den zahlreichen Mehrfamilienhäusern, die es in Garmisch-Partenkirchen gibt, installiert werden können. „Hierfür braucht es derzeit die Zustimmung aller Parteien. Wenn nur einer von zehn Eigentümern dagegen plädiert, ist ein solcher Antrag vom Tisch, das darf nicht sein.“ Hier sei die Landespolitik gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, forderte Thiel.

„Uns läuft die Zeit davon, die Prognosen der Klimawissenschaft sind dramatisch“, warnte Martin Stümpfig eindringlich. Die bisher erreichten Einsparungen an CO<sub>2</sub>-Ausstoß reichten bei weitem nicht aus und man müsse sich der gewaltigen Herausforderung stellen, für die Bereiche Strom- und Wärmeversorgung, Landwirtschaft und Verkehr umweltfreundliche Lösungen zu finden. Der Sprecher für Energie und Klimaschutz der Grünen im Bayerischen Landtag beklagte geschönte Zahlen: „Es wird zu viel getrickst.“ Er forderte neben mehr Solardächern mehr Windräder, wofür deren bislang geforderter Mindestabstand von etwa zwei Kilometern zur Wohnbebauung reduziert werden müsse. „Wir können nicht alles haben“, meinte der Klimafachmann. In Garmisch-Partenkirchen gibt es derzeit kein einziges Windrad. Dabei sei diese Form der Energiegewinnung vor allem in den sonnenarmen Wintern enorm wichtig. Mit 395 Sonnenanlagen sind derzeit nur fünfeneinhalb Prozent der Dächer in der Gemeinde mit Paneelen ausgestattet. Hier sieht Stümpfig „viel Luft nach oben“. Das gelte ebenso für Ladestationen für E-Autos und E-Bikes und vor allem auch für Sanierungsmaßnahmen an älteren Häusern. Im Vergleich zu den Neubauten sei deren Zahl wesentlich höher. Dieses Potential, wertvolle Energie einzusparen, dürfe man nicht brach liegen lassen. Bei aller Kritik gab es auch Positives zu berichten. Der Markt schneidet bei der Nutzung erneuerbarer Energien, hier liegen die Wasserkraftanlagen an vorderster Front, insgesamt gar nicht schlecht ab. Immerhin liegt der Anteil mit 52 Prozent knapp über der Hälfte am Gesamtenergieverbrauch. Im Landkreis liegt diese Zahl mit etwa 35 Prozent weit darunter.

Rege diskutiert wurde auch über geeignete Maßnahmen und wie man die erklärten Ziele zur Klimawende am ehesten und schnellsten erreichen kann. Einig waren sich alle: Egal ob E-Autos, Sonnendächer oder Windkraftanlagen - in jedem Fall gehört die Energiewende in Bürgerhand. Und an aller erster Stelle muss die Ursache - ein viel zu hoher Verbrauch von Energie - behoben und Bewusstseinsbildung in Kindergärten, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen verbessert werden.

Die nächste Veranstaltung in der Reihe über Energiepolitik wird sich mit dem Thema „Wirtschaft“ am Freitag, 6. Dezember, um 19 Uhr im Restaurant Viereck in Garmisch-Partenkirchen beschäftigen.

11/2019 Braun wird grün - **Der Ex-Freie Wähler schließt sich der Partei und der Rats-Fraktion an**<sup>78</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Peppi Braun ist jetzt ein Grüner. Und er steht zu seiner Entscheidung: „Zu einem Opa passt das grüne Parteibuch doch ganz gut“, sagt er voller Überzeugung. Vor gut drei Wochen war der Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat aus der Fraktion der Freien Wähler ausgestiegen. Die Nicht-Berücksichtigung für die Kommunalwahl 2020 ärgerte den 58-Jährigen maßlos. Er zog die Konsequenz. Nun heuerte er bei der Grün-Unabhängigen-Fraktion an.

Dr. Stephan Thiel und Alexandra Roos-Teitscheid empfangen den neuen Mann mit offenen Armen. „Ich bin super zufrieden“, sagt Braun. Im Gemeinderat ist er ja so etwas wie ein Urgestein, sitzt seit 23,5 Jahren mit am großen Tisch. Braun aber ergänzt nicht nur das bestehende Duo bis zum Ende der Periode im kommenden Frühjahr, er trat auch gleich dem Ortsverein von Bündnis 90/Die Grünen bei. „Wenn, dann mache ich es gleich richtig“, sagt er. „Ich war bisher nur Freier, daher noch bei keiner richtigen Partei.“ Für sein künftiges Engagement wählte er nun die Grünen. Mit deren Inhalten könne er sich sehr gut identifizieren. „Mir geht es ja auch um den Verkehr, eine fußgänger- und radfahrer-freundliche Kommune, um Nachhaltigkeit, um qualitativ hochwertigen Tourismus.“ Gerade in diesen Punkten lag er mit Thiel und Roos-Teitscheid schon oft auf einer Wellenlänge. „Wir können grundsätzlich sehr gut miteinander.“

Das unterstreicht Fraktionschef Thiel. „Wir hatten immer wieder Berührungspunkte“, betont der Bürgermeister-Kandidat der Grünen. Als Braun auf ihn zukam, gab es für ihn keinen Grund, den Kandidaten abzuweisen. „Das werde ich niemals tun, außer wir sind in den Ansichten vollkommen konträr, oder er kommt von einer extremen Partei.“

Braun ist schon nach wenigen Treffen mit der kleinen Fraktion und dem Grünen- Ortsverein begeistert. „Ich war bei einem der Monatstreffen, es ist unglaublich, wie viel Energie da ist, wie die Leute alle Gas geben.“ Ganz nach dem Geschmack von Braun. Der hat speziell in der nun auslaufenden Periode richtig Spaß an der Kommunalpolitik gefunden. „Ich hatte in diesen fast sechs Jahren viel mehr Verantwortung als früher“, sagt Braun. Der Ärger um den Fraktionschef der Freien Wähler, Florian Möckl, hat diesen ausgebremst. Dazu kam in der Endphase nun die Machtübernahme durch Lilian Edenhofer in der Ortsgruppe. Viel Unruhe hinter den Kulissen. Braun sprang im Gemeinderat in die Bresche. „Das hat brutal Spaß gemacht, wenn du nicht nur der Adabei bist.“ Eines möchte er noch klarstellen: An der Arbeit in der Gemeinderatsfraktion habe sein Austritt nicht gelegen. Mit den Kollegen Möckl und Sepp Angelbauer sei Braun immer gut ausgekommen.

---

<sup>78</sup> GPT 13.11.2019 Christian Fellner

Gerade, weil er so Gefallen an der Politik gefunden hat, wollte Braun in jedem Fall weiter machen. „Ich sehe mein Werk noch nicht vollbracht“, betont er. Deshalb ist er froh, dass er bei der Grün-Unabhängigen-Fraktion andocken durfte. „Wenn es nicht geklappt hätte, hätte ich wie Robert Allmann alleine weitergemacht.“ Lieber ist ihm aber diese Lösung. „Denn alle vier Wochen quasi als Tourist in den Gemeinderat zu gehen ohne eine Fraktion und komplett ohne Informationen - das wäre ein Sturz von 100 auf 0.“

Den möchte Braun vermeiden. Daher spielt er auch mit dem Gedanken, auf der Grünen-Liste im März 2020 wieder für einen Sitz im Gemeinderat zu kandidieren. „Ich denke, meine neuen Kollegen unterstützen das“, sagt Braun. Das bestätigt Thiel, merkt nur vorsichtig an: „Letztlich entscheidet das der Ortsverein.“

12/2019 **Ökologische Politik boomt**<sup>79</sup> - Bündnis 90/Die Grünen gelingt es erstmals, alle 60 Listenplätze für die Kreistagswahl zu besetzen - Landkreis - Bündnis 90/Die Grünen befinden sich auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen im Aufwind. Ökologische Politik boomt. Zum ersten Mal ist es der Öko-Partei gelungen, eine Liste mit 60 Kandidaten für die Wahl zum Kreistag am 15. März 2020 aufzustellen, dazu vier Ersatzkandidaten. Bei der Aufstellungsverammlung im Murnauer Kultur- und Tagungszentrum wurde laut Satzung strikt paritätisch verfahren und 50 Prozent der Listenplätze mit Frauen besetzt. Auf Nummer eins wählten die Mitglieder mit 23 Stimmen und einer Enthaltung Grünen-Kreisrätin und Sprecherin Christi Freier aus Oberammergau.

„Ich bin schon eine ganze Weile in der Politik“, erklärte die 64-jährige Grundschullehrerin, die bereits 1986 nach dem Atomunfall im ukrainischen Tschernobyl dem Münchner Verein „Mütter gegen Atomkraft“ beigetreten ist. Im Kreistag sitzt sie für die Grünen bereits in der zweiten Amtsperiode. „Ich kämpfe dort für Gleichstellung und Gleichberechtigung für Frauen“, sagte Freier bei der Vorstellungsrunde, „und ich bin total stolz auf die Liste der Grünen, weil auf ihr wirkliche Parität herrscht.“

Überdies setze sie sich für gerechte Bildungschancen ein, betonte die Pädagogin: „Wir sind weit davon entfernt, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat“. Ebenso sind gerechte Löhne, Klima-gerechtigkeit, die Mobilitätswende, der sorgsame Umgang mit der Natur und der Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Themen, die ihr am Herzen liegen: „Wenn alle Bauern so wirtschaften würden wie unsere, hätte es ein Bienen-Volksbegehren nicht gebraucht.“ Auf dem zweiten Listenplatz folgt der Unterammergauer Sozialpädagoge und Kreistagsabgeordnete Georg Buchwieser (51), der sich vor allem für eine Energiewende und

---

<sup>79</sup> GPT 09.12.2019 Heino Herpen



den Klimaschutz engagiert. Auf Platz drei wählte die Versammlung die Altenauerin Astrid Poppenwimmer. Sie vervollständigte das Trio aus dem Ammertal an der Spitze.

Gegenwärtig sitzen mit Christi Freier, Dr. Korbinian Freier, Tessy Lödermann und Georg Buchwieser vier Grüne im Kreistag. „Wir hoffen, vielleicht noch ein paar mehr hinein zu bringen“, lautet das Fazit von Versammlungs- und Wahlleiter Andreas Morr. Er fügte noch an, dass seine Partei voraussichtlich keinen eigenen Landratskandidaten aufstellen werde.

## **DIE KREISTAGSKANDIDATEN VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gewählt: 1. Christi Freier, Oberammergau, 2. Georg Buchwieser, Unterammergau, 3. Astrid Poppenwimmer, Altenau, 4. Thomas Wagner, Riegsee, 5. Petra Daisenberger, Murnau, 6. Andreas Krahl, Seehausen, 7. Tessy Lödermann, Garmisch-Partenkirchen, 8. Korbinian Freier, Oberammergau, 9. Jutta Steinbrecher, Garmisch-Partenkirchen, 10. Dr. Felix Groß, Hagen, 11. Annette Wagner, Oberammergau, 12. Josef Hermann, Garmisch-Partenkirchen, 13. Veronika Jones, Murnau, 14. Stephan Thiel, Garmisch-Partenkirchen, 15. Tanja Nicklas, Murnau, 16. Thomas Stärz, Murnau, 17. Gisela Georgii, Oberammergau, 18. Heino Buchwieser, Oberammergau, 19. Barbara Stärz, Murnau, 20. Martin Schuster, Oberammergau, 21. Monika Lang, Oberammergau, 22. Dr. Adrian Dietz, Murnau, 23. Stefanie Neumeirschrank, Murnau, 24. Bernd Weber, Garmisch-Partenkirchen, 25. Traudi Huber, Oberammergau, 26. Dr. Robert Roithmeier, Seehausen, 27. Verena Krinninger, Garmisch-Partenkirchen, 28. Beppi Braun, Garmisch-Partenkirchen, 29. Cornelia Groß, Hagen, 30. Georg Klein, Seehausen, 31. Selina Thiermeyer, Ettal, 32. Rupert Raßhofer, Murnau, 33. Barbara Schoepf, Ohlstadt, 34. Wolfgang Riedinger, Murnau, 35. Marina Wolff-Bühning, Garmisch-Partenkirchen, 36. Wolfgang Unruh, Oberammergau, 37. Helen Seyringer, Murnau, 38. Frederick Manck, Oberammergau, 39. Magdalena Pucko, Garmisch-Partenkirchen, 40. Dr. Josef Raab, Murnau, 41. Helene Fastner, Garmisch-Partenkirchen, 42. Bernhard Spitz, Schwaigen, 43. Tina Schubert, Murnau, 44. Leonhard Schrank, Murnau, 45. Marina Kastner-Lanz, Murnau, 46. Dr. Sebastian Gruben, Seehausen, 47. Annemarie Klein, Seehausen, 48. Jürgen Mayer-Lodding, Riegsee, 49. Elke Pukall, Oberammergau, 50. Benni Kirchmayr, Oberammergau, 51. Birgit Hammer, Murnau, 52. Karl Poppenwimmer, Altenau, 53. Renate Rott, Oberammergau, 54. Dr. Rainer Steinbrecher, Garmisch-Partenkirchen, 55. Paula Stärz, Murnau, 56. Jimi Hammer, Murnau, 57. Meite Freier, Oberammergau, 58. Hans Kohl, Murnau, 59. Christine Wedler, Garmisch-Partenkirchen, 60. Dr. Thomas Berger, Garmisch-Partenkirchen.

Ersatzkandidaten: 61. Susanne Barth, Seehausen, 62. Dr. Andreas Keller, Grainau, 63. Laura Erben, Garmisch-Partenkirchen, 64. Thomas Sepp, Hagen.

11/2019 **Teamarbeit an erster Stelle**<sup>80</sup> - Der Ortsverband Garmisch-Partenkirchen von Bündnis 90/Die Grünen hat die Weichen für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr gestellt. Die Liste führt Karina Winkler (29) an, die im Klimaforschungsinstitut angestellt ist. Dr. Stephan Thiel wurde einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten bestimmt.

Garmisch-Partenkirchen - Sie wollen die Verkehrswende mit der Umsetzung eines Radverkehrskonzepts. Sie setzen sich für die Stärkung des Umweltgedankens ein. Und sie machen sich für die Energiewende vor Ort stark, insbesondere für den Ausbau des regenerativen Anteils.

Jetzt hat Bündnis 90/Die Grünen auf der Aufstellungsversammlung im Restaurant Viereck in Garmisch-Partenkirchen seine Kandidaten für den Gemeinderat gekürt. Zudem wurde Dr. Stephan Thiel einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten bestimmt. „Wir wollen mehr Kommunikation und Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten“, betonte Thiel.

Insgesamt wurden 30 Kandidaten, je 15 Frauen und Männer, für die Gemeinderatsliste aufgestellt. Dabei gab es keine großen Überraschungen. Thiel freute sich über die rege Wahlbeteiligung und über die Verjüngung. „Wir haben einige jüngere Mitglieder sowie einige Damen hinzugewinnen können und sind mit derzeit 33 Mitgliedern deutlich mehr als noch vor einigen Jahren.“ Im Bundestag ist nur ein Drittel der Abgeordneten weiblichen Geschlechts. Thiel möchte in Garmisch-Partenkirchen unter anderem mit Hilfe des Frauen-Statuts arbeiten, den auch die Grünen auf Bundesebene einhalten. Demnach werden auf alle ungeraden Listen-Plätze Frauen gewählt. Karina Winkler belegt deshalb vor Thiel den ersten Listenplatz. „Für mich stehen zwei Dinge an oberster Stelle: In den Gemeinderat möchte ich gern mehr Teamarbeit hineinbringen, es soll künftig mehr Miteinander als Gegeneinander geben“, unterstrich die Geographin, die im Klimaforschungsinstitut angestellt ist und seit eineinhalb Jahren in Garmisch-Partenkirchen lebt. „Auch die Sachpolitik soll in den Fokus rücken, zudem wollen wir unsere allgemeinen Ziele in alle Entscheidungsprozesse miteinfließen lassen, sei es die Verkehrs- oder die Energiewende.“ Die 29-Jährige möchte der jüngeren Generation eine Stimme geben und für eine Politik der Zukunft, nicht der Vergangenheit, eintreten. Auch der hälftige Frauenanteil ist ihr wichtig. „Noch immer überwiegt in der Politik der Männeranteil, das ist ein generelles Problem, dem wir uns entgegenstellen.“ Winkler ist erst seit einem halben Jahr bei Bündnis 90/Die Grünen, hat sogleich das Amt der Schriftführerin übernommen und betritt nun mit dem ersten Listenplatz ein neues Aufgaben-Terrain, „auf das ich mich

---

<sup>80</sup> GPT 26.11.2019 Barbara Falkenberg

sehr freue“. Politisch aktiv ist sie seit vielen Jahren. „Ich habe mich schon immer für Nachhaltigkeit in verschiedenen Umweltverbänden stark gemacht und war und bin eine Aktivistin, die sich politisch einbringen möchte.“

Privat ist die junge, ledige Frau aus Mittelfranken begeisterte Bergsportlerin, geht gern auf Skitouren oder zum Klettern „und habe hier ein Eldorado vor der Haustür“.

### **Die Kandidaten:**

1. Karina Winkler (Schriftführerin Ortsverband), 2. Dr. Stephan Thiel (Gemeinderat), 3. Alexandra Roos-Teitscheid (Gemeinderätin), 4. Dr. Rainer Steinbrecher (Sprecher Ortsverband), 5. Dr. Christi Scheuber-Maurer, 6. Philipp Golka, 7. Christine Wedler, 8. Florian Diepold-Erl, 9. Laura Erben, 10. Peppi Braun (Gemeinderat), 11. Andrea „Ozzy“ Thompson, 12. Christian Loth, 13. Regina Fölsing, 14. Josef Hermann, 15. Kathrin Wolff, 16. Dr. Thomas Berger, 17. Irmi Gallmeier, 18. Wolf-Dietrich Hanneberg, 19. Dr. Jutta Steinbrecher, 20. Dr. Christian Chwala, 21. Marina Wolff-Bühning (Beisitzerin), 22. Andreas Hagen, 23. Magdalena Pucko, 24. Christoph Wiedenmeyer, 25. Tanja Portele, 26. Stefan Kratz, 27. Susanne Beyer, 28. Francois Malique, 29. Angelika Kunkel, 30. Dr. David Martin Belda.

05/2020 **Grüne lehnen Teilzeit-Bürgermeister ab** - Die Frontlinien sind gezogen, noch bevor sich der neue Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat konstituiert hat.<sup>81</sup> - Bündnis 90/ Die Grünen fordern einen hauptamtlichen Zweiten Bürgermeister, während die neue Rathaus-Chefin Elisabeth Koch mit Claudia Zolk eine Teilzeitkraft favorisiert. Damit birgt schon die erste Sitzung Zündstoff.

Garmisch-Partenkirchen - Das Gefühl: zwiespältig. Irgendwie fühlt man sich bei Bündnis 90/Die Grünen zwar als Wahlsieger, aber dann doch wieder nicht so richtig. Man stellt im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat mit fünf Sitzen die zweitgrößte Fraktion, von der Macht bekommt man nicht einmal einen kleinen Zipfel zu fassen. Dafür gesorgt hat die CSU, der echte und doppelte Wahlgewinner. Elisabeth Koch eroberte den Bürgermeisterposten, in ihrem Fahrwasser sicherten sich die Christsozialen, zwölf Jahre in der Opposition, fast die absolute Mehrheit. So etwas gibt Selbstvertrauen und mindert die Lust, andere zu beteiligen oder mit Einfluss auszustatten. Schon gar nicht solche Parteien, die irgendwann gefährlich werden könnten. Eine Partei wie die Grünen. Deren Bürgermeisterkandidat Dr. Stephan Thiel leitet aus dem Wahlergebnis den Anspruch auf den Posten des Zweiten Bürgermeisters ab. Koch und die CSU ließen ihn abblitzen und sicherten sich die Dienste von Claudia Zolk - und damit auch die beiden CSB-Stimmen.

---

<sup>81</sup> GPT 09.05.2020 Peter Reinbold

Ein Schlag ins Gesicht - für Thiel und die Öko-Partei. Der streitbare Physiker und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexandra Roos- Teitscheid wollen das abgekartete Spiel nicht kampflos hinnehmen. Vor allem sehen beide es als Fehler an, dass Zolk die Aufgaben der Zweiten Bürgermeisterin in Zukunft quasi als Teilzeitkraft bewältigen soll. Wolfgang Bauer, Vize der bisherigen Rathauschefin Dr. Sigrid Meierhofer (SPD), versah seinen Job sechs Jahre als Beamter auf Zeit - hochbesoldet und mit Pensionsansprüchen. „Die Zeichen stehen auf Bewältigung von Krisen und nicht auf Dreiviertelstellen“, heißt es in einem Antrag, den Bündnis 90/Die Grünen für die erste Sitzung unter Kochs Federführung stellen.

Thiel und Roos-Teitscheid, die das Papier unterschrieben haben, fordern einen hauptamtlichen Koch-Stellvertreter. Der stelle ein klares Bekenntnis zur derzeitigen Situation dar. Die Begründung: Die Anforderungen der kommenden sechs Jahre dürften im Vergleich zu denen der vergangenen Periode in keinem Bereich geringer ausfallen. Wahrscheinlicher, so Thiel und Roos-Teitscheid, ist ein Mehr an Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Beide nennen die Lösung der Zukunftsfrage des Kongresshauses, die Sanierung der Schulen, die Umsetzung der Klimaziele in Garmisch-Partenkirchen oder die Wiederankurbelung des Tourismus. „Das erfordert eine Verteilung auf zwei volle Schultern und nicht auf eine Ganze und eine dreiviertelte“, meint Thiel. Auch verlangt die auf fünf Sitze angewachsene Grünen-Fraktion eine Stärkung der Position des Zweiten Bürgermeisters. Sein Verantwortungsbereich müsse durch den Vorsitz im Bauausschuss erweitert werden. Kochs Plan sieht vor, dass die zweite Frau oder der zweite Mann im Markt lediglich den Sozial- und Ordnungsausschuss führen soll. „Beides zusammen ergäben ein echtes Profil“, meint Thiel.

Über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen entscheidet der Gemeinderat im Rahmen seiner Konstituierenden Sitzung, die am Mittwoch, 13. Mai, um 16 Uhr im Festsaal Werdenfels des Kongresshauses stattfindet; vor der Wahl des Zweiten Bürgermeisters. Sollte sich die Mehrheit der Kommunalpolitiker den Wünschen der Grünen-Fraktion anschließen, dann deutet viel daraufhin, dass Thiel seinen Hut in den Ring wirft und gegen Zolk antritt. Die hat für sich geworben, indem sie den anderen Parteien angeboten hatte, sie zu besuchen und sich vorzustellen. Dankend verzichtet haben die Grünen und die Freien Wähler.

Eine Absage aus nachvollziehbaren Gründen. Neben Thiel hegt auch Freien-Chefin Lilian Edenhofer Ambitionen. Im Gegensatz zu Thiel hat sie sich eindeutig positioniert. „Ich trete an. Das ist im Sinne der Demokratie“, hatte Edenhofer schon vor drei Wochen erklärt, als durchgesickert war, dass Koch und Zolk gemeinsame Sache machen wollen.

01/2020 **Sieger und Verlierer: die machtlosen Grünen**<sup>82</sup>- Bündnis 90/Die Grünen hat bei der Kommunalwahl im März 2020 sehr gut abgeschnitten und deutliche Stimmengewinne erzielt. Trotzdem hat man sich in der Opposition wiedergefunden. Eine Rolle, die in Garmisch-Partenkirchen und Murnau völlig anders interpretiert und wahrgenommen wird.

Landkreis - Die Zahlen lügen nicht, sie sind unmissverständlich, an ihnen gibt es nichts zu deuteln, sie bieten keinen Interpretationsspielraum. Bündnis 90/Die Grünen waren die großen Gewinner der Kommunalwahlen im März 2020 auf Kreisebene und in den beiden großen Orten Garmisch-Partenkirchen und Murnau. Im Kreistag wuchs die Fraktion der Öko-Partei auf neun Mandate, sie verdoppelte ihren Stimmenanteil, in Garmisch-Partenkirchen und Murnau konnte er sogar verdreifacht werden. Und doch sind die Grünen gleichzeitig Sieger und Verlierer, weil sie nicht den Weg zu den Hebeln der Macht gefunden haben, verhindert vom politischen Gegner aus einer Allianz der Konservativen. „Ein bisschen bin ich schon frustriert“, sagt Dr. Stephan Thiel.

Der Fraktionschef der Grünen im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat, der es als Bürgermeisterkandidat nicht in die Stichwahl geschafft hatte, hat auch allen Grund dazu. Die neue Bürgermeisterin Elisabeth Koch (CSU) zog ihn nie als ihren Stellvertreter in Betracht. Ihre Intention: Sie nährt doch nicht jenen Konkurrenten an ihrem Busen, der ihr in sechs Jahren womöglich gefährlich werden und die Wiederwahl streitig machen könnte. Koch hat sich für die nette Claudia Zolk entschieden, deren Christlich Soziales Bündnis (CSB) 2026 - nach dem Absturz, den das CSB heuer hingelegt hat - mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Versenkung verschwinden dürfte.

Thiel ist allerdings auch Realist, er sucht die Schuld nicht bei anderen. „Unser Zugewinn war nicht so groß, dass wir regieren können, und es ist uns nicht gelungen, Mehrheiten zu organisieren.“ Im Nachhinein, sagt der promovierte Physiker, sei er „ganz froh“ darüber, wie es gekommen ist. „Der Arbeitsstil von Frau Koch entspricht nicht dem meinigen. Es hätte nur bei viel Diplomatie funktioniert.“ Er vermutet auch eine Strategie hinter der Koch- Taktik, eine, die von ganz oben kommt. Aus München. „Die CSU, und ganz besonders dort erzkonservative Strömungen, hat Angst vor uns. Wir dürfen nicht zu mächtig werden.“

Was bleibt, ist das harte Los der Opposition und die bittere Erkenntnis: „Die Chance, eigene Anträge durchzubringen, geht gegen null.“ Als Politikmüdigkeit will Thiel seine Äußerungen nicht verstanden wissen, das Feuer des Kampfgeists brennt weiterhin in ihm. Die nächste Bürgermeisterwahl ist noch weit entfernt, mehr als fünf Jahre, eine erneute Kandidatur schließt er nicht aus. „Ich kann mir viel vorstellen. Schauen wir mal, was kommt.“

---

<sup>82</sup> GPT 14.01.2020 Peter Reinbold

Eine Arbeitsatmosphäre, wie sie im Kreistag herrscht, wünscht sich Thiel auch für den Gemeinderat Garmisch-Partenkirchen. Während im dortigen Ältestenrat, in dem die Bürgermeisterin die Fraktionschefs vor der Gemeinderatssitzung über wichtige Dinge informiert, Thiel zufolge „nur sinnlose Gespräche stattfinden, die inhaltlich nichts bringen“, seien im Kreistag die Fronten nicht so verhärtet. Die Parteipolitik stehe nicht über allem. Mit ein Grund, so Thiels Vermutung, für die Wahl von Tessa Lödermann, Grüne der ersten Stunde, zur Dritten Landrätin. Ob Lödermann als Grüne oder wegen ihrer Persönlichkeit zur zweiten Stellvertreterin von Anton Speer (Freie Wähler) bestimmt wurde - völlig offen. „Für mich war es eine Überraschung - vor allem das einstimmige Votum“, sagt Lödermann. „Sie hat sich das Vertrauen erarbeitet“, findet Veronika Jones, Murnauer Grünen-Frontfrau, „weil sie immer eine klare Linie verfolgt und gute Politik macht.“

Schlechte Stimmung wegen der Verhältnisse in Garmisch-Partenkirchen. Bei den Grünen in Murnau ist davon wenig bis nichts zu spüren. Ganz im Gegenteil und vielleicht auch, weil Jones mit jedem Wort Optimismus und Zuversicht sowie gute Stimmung versprüht. Sie ist vom guten Wahlergebnis euphorisiert und beseelt. „Von null auf 100, das ist doch was“, sagt die Fraktionsvorsitzende, die selbst ihrem Ergebnis bei der Bürgermeisterwahl, als ihr unter fünf Kandidaten mit etwas mehr als neun Prozent nur der letzte Platz blieb, etwas Gutes abgewinnen kann. Sie nennt ihr Ergebnis und das Abschneiden mit vier Gemeinderatssitzen „einen Vertrauensbeweis. Beim ersten Versuch und als Frau bin ich zufrieden“.

Ihr Selbstbewusstsein hat auch nicht durch ihre Niederlage gelitten, als sie bei der Besetzung des Postens zur Zweiten Bürgermeisterin durchfiel. Sie lobt die gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen von CSU, Freie Wähler und Murnau Mehr Bewegungen. „Ich kann nichts Schlechtes, sondern nur Gutes sagen.“ Was ihre persönliche Zukunft angeht, positioniert sich Jones ebenso eindeutig. Eine erneute Kandidatur zur Murnauer Bürgermeisterin kann sie sich vorstellen. „Ich gestalte gerne. Wenn es nach mir geht, werde ich der Kommunalpolitik noch lange erhalten bleiben.“

Das letzte und entscheidende Wort hat der Wähler. 2020 haben die Grünen ein gutes Ergebnis erzielt. Es war allerdings nicht gut genug, um an die Macht zu gelangen.

03/2021 **Grüne stellen sich gegen WM-Bewerbung**<sup>83</sup> - Das vorliegende Konzept stößt auf Ablehnung - Markt braucht nachhaltigen Tourismus - Garmisch-Partenkirchen - Das Urteil ist gefällt: Die Grünen in Garmisch-Partenkirchen - der Ortsverband, die Gemeinderatsfraktion und der Arbeitskreis Tourismus - sprechen sich gegen eine neuerliche Bewerbung für die Ausrichtung der Ski-Weltmeisterschaften im Jahr 2027 aus. „Die Kollegen im Gemeinderat

---

<sup>83</sup> GPT 10.03.2021 Christian Fellner

werden dagegen stimmen“, betont Philipp Golka, Sprecher im Ortsverband. Dieses Votum wollen die Grünen nicht als generelles Nein in Richtung des Wintersports verstanden wissen, „nein, wir sind gegen das vorliegende Konzept“, stellt Golka heraus. Der Bau eines neuen Zielstadions im Außenbereich, das Diktat der FIS und der TV-Stationen, dass nurmehr ein Eventbereich für eine Großveranstaltung akzeptiert werde, „das ist nicht zeitgemäß“.

Nach der Entscheidung gegen Garmisch-Partenkirchen für die Titelkämpfe 2025 im vergangenen Oktober hatte Fraktionssprecher Dr. Stephan Thiel sich noch hin- und hergerissen gezeigt. Er wolle das Thema 2027 erst mit seinen Kollegen besprechen. Das ist in einem langen Prozess geschehen. „Wir haben uns sehr intensiv mit der WM auseinandergesetzt, auch mit den Argumenten von Peter Fischer.“ Der OK-Chef hatte die Grünen besucht und ihnen die Vorzüge einer dritten WM nach 1978 und 2011 aufgezeigt. Entstanden ist daraus die Idee, eine Bürgerbefragung zu lancieren. Die Fraktion richtete einen Antrag an den Gemeinderat - und scheiterte (wir berichteten).

Diese Ablehnung dürfte wohl der berühmte Tropfen gewesen sein, der das Fass nun hat überlaufen lassen - und die Ablehnung der Grünen nochmals befeuerte. Golka sah sich und seine Kollegen missverstanden in dieser Debatte. „Wir wollten keine Abstimmung, ob Garmisch-Partenkirchen sich bewerben soll oder nicht, sondern ein Stimmungsbild, eine Beteiligung der Bürger an diesem Prozess. Wir hatten einen Fragenkatalog formuliert.“ Doch damit kam die Partei nicht durch - eben weil die Zeit drängt. Bis 1. Mai muss die Bewerbung eingereicht werden.

Die Grünen sind dagegen.

Das ist nun fix. „Wir sind nicht generell gegen Skifahren. Das tun wir doch selber alle gerne“, erklärt Golka zumindest für sich selbst und viele Kollegen. „Ich schaue selbst den Weltcup, freue mich für Thomas Dreßen, wenn er gewinnt.“ Und doch: Die Grünen können die aktuell aufliegenden Pläne nicht gutheißen. Ein Umbau der Kandahar mit einem neuen Zielhang, dazu die Arena samt überbauter Bahnlinie und eingehausten Parkplätzen - „so ein Gebäude im Außenbereich funktioniert mit uns einfach nicht, darüber sind wir wirklich entsetzt“. Die WM 2011 habe doch gezeigt, dass es anders geht. „Dafür haben wir doch schon eine aufgepumpte Kandahar bekommen.“ Sauer stößt den Lokalpolitikern auch der Ansatz auf: Alle Rennen an einem Berg. „Da braucht es einen Paradigmenwechsel bei

der FIS und beim TV. Wir sollen einen neuen Slalomhang bauen, dabei haben wir den Gudiberg, der ja ist.“ Seine Forderung: Der Weltverband solle grundsätzlich Weltmeisterschaften an Orte vergeben, an denen eine Infrastruktur vorhanden ist. „Sonst landen wir wahrscheinlich irgend-wann in Georgien, Aserbaidschan oder Kasachstan.“

Wichtig ist den Grünen nicht das generelle Nein zu einer Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen, sie werben viel-mehr dafür, dass sich die Marktgemeinde hin zu anderen Lösungen als dem Wintersport bewegen muss. „Die Welt wird sich hier weiterdrehen, egal ob mit oder ohne WM“, merkt Golka an. „Aber die Menschen werden immer sensibler, wenn es um die Auswirkung auf die Umwelt geht.“ Konzepte für einen verträglichen und nachhaltigen Tourismus zu finden, derlei Vorstöße sollten im Vordergrund stehen. „Wir liegen eben auf 700 Metern Seehöhe. Skifahren wird in den nächsten Jahren sicher noch funktionieren, aber wir müssen parallel an den Alternativen Weiterarbeiten.“

Und dass Garmisch-Partenkirchen auf eine Ski-WM angewiesen sein wird, um für Gäste attraktiv zu bleiben, das verweist er auch ins Reich der Märchen. „Der Ort ist ein Brett in Sachen Tourismus, der Name wird auch in den nächsten Jahrzehnten noch ziehen.“ Vielleicht dann eben bei anderen Zielgruppen als dem Skifahrer. „Es darf nicht als gesetzt hingenommen werden, dass Garmisch-Partenkirchen eine WM ausrichten muss, um zu überleben.“

02/2021 **Gemeinsame Sache** - SPD und Bündnis 90/Die Grünen treten für die Gründung einer Wohnbaugesellschaft ein<sup>84</sup> - Garmisch-Partenkirchen - Dass Bündnis 90/Die Grünen und die SPD gemeinsame Sache machen, liegt auf der Hand. Beide Parteien gehören dem linken politischen Spektrum an und bildeten schon Koalitionen im Bund. „Wir haben einige Schnittmengen“, sagt Dr. Stephan Thiel, Fraktionschef der Öko-Partei im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat. Michael Simon, der den sozialdemokratischen Block führt, äußert sich ähnlich. „Inhaltlich gibt es gewisse Überschneidungen.“ Gar Deckungsgleichheit besteht zwischen beiden Parteien beim Thema Wohnen. „Das ist uns sehr wichtig“, sagt Simon. „Die Wohnungsknappheit im Ort ist bei allen Fraktionen angekommen“, erklärt Thiel, „aber zuletzt wieder etwas eingeschlafen.“ SPD und Grüne wollen sie mit ihrem gemeinsamen Antrag wieder mehr in den Fokus rücken und für einen Hallo-wach-Effekt sorgen.

Ihre Offensive dürfte für die nahe Zukunft indes nicht für einen Zuwachs an günstigen Mietwohnungen sorgen, an denen eklatanter Mangel in Garmisch-Partenkirchen herrscht. „Selbst eine Familie, die 60 000 Euro brutto im Jahr verdient, findet nichts Bezahlbares“, sagt Thiel. Deshalb sei es umso wichtiger, jene Wohnungen, über die der Markt Garmisch-Partenkirchen verfügt, pfleglich zu behandeln.

Knapp 200 Einheiten, die überwiegend unter dem durchschnittlichen Mietniveau liegen und daher eine wichtige soziale Funktion auf dem Markt einnehmen, befinden sich im Besitz der Gemeinde. „Viele sind 30 Jahre oder älter. Dementsprechend hoch ist der heutige und künftige Bedarf, diese adäquat betreuen und instand halten zu können“, meint Simon. Um die

---

<sup>84</sup> GPT 26.02.2021 Peter Reinbold



Wohnungen kümmert sich in der Verwaltung das Liegenschaftsamt. Das ist nach Meinung von Thiel und Simon weder mit den personellen noch finanziellen Ressourcen ausgestattet, um dies leisten zu können. „Es muss daher vom Betrieb der kommunalen Wohnungen entlastet werden“, heißt es in dem interfraktionellen Papier, von dem Simon hofft, dass es so schnell wie möglich auf die Tagesordnung des Gemeinderats kommt. „Die Zeit drängt.“

Welche Rechtsform die Gesellschaft haben soll, damit hat man sich weder bei den Grünen noch bei der SPD bislang beschäftigt. „Die lasse ich erst einmal offen“, sagt Thiel. In der Vergangenheit zeigte er sich nur selten als Freund eines GmbH-Konstrukts, in das die Gemeinde zuletzt GaPa Tourismus und die Kultur ausgelagert hat. Er beklagte häufiger die fehlende Transparenz und dass derartige Gesellschaften sich der Kontrolle durch den Gemeinderat entziehen. Seine Forderung damals und heute: Die Informationsfreiheitsgesetz müsse auch auf eine GmbH anwendbar sein.

Die Gründung der Wohnungsgesellschaft soll nur ein erster Schritt sein. Der zweite könnte Thiel zufolge die Etablierung einer Wohnungsbaugesellschaft sein, die nicht nur bestehende Wohnungen verwaltet und saniert, sondern die auch neuen Wohnraum schafft. Als Beispiel nennt der promovierte Physiker den Nachbarlandkreis Weilheim-Schongau, in dem ein solches Konstrukt bereits existiert und an dem mehrere Gemeinden beteiligt sind.

Ein SPD-Vorstoß im Kreistag von Garmisch-Partenkirchen damaliger Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer (SPD), eingebracht in der zurückliegenden Wahlperiode, hatte keine Mehrheit gefunden. Thiel verweist darauf, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Wohnbauprojekte in Garmisch-Partenkirchen, sei es auf dem Abraham Areal und der Fläche des Vinzenz-Heims, in Angriff genommen werden könnten. „Aber das ist Zukunftsmusik. Zunächst wollen wir uns auf den Bestand konzentrieren.“

Im Rathaus reagiert man auf den Vorstoß von Simon und Thiel eher defensiv. Die Verwaltung werde sich zunächst mit den rechtlichen und organisatorischen Fragestellungen einer solchen Out-sourcing-Maßnahme befassen und in der Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen, teilt der stellvertretende Geschäftsleitende Beamte Martin Millian im Auftrag von Bürgermeisterin Elisabeth Koch (CSU) mit. „Der damit verbundene Prüfungsaufwand dürfte sich ähnlich umfangreich gestalten wie die Fragen um das Outsourcing von GaPa-Tourismus“, schreibt Millian in seiner Stellungnahme. „Gegebenenfalls sind externe Kommunalberater wie der Bayerische Kommunale Prüfungsverband miteinzubeziehen.“

### ***Burgrain: Welches Konzept ist das bessere?***

*Unter der Ägide von Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer (SPD) hatte Garmisch-Partenkirchen geplant, auf dem Areal der ehemaligen Gärtnerei Hornung im Ortsteil Burgrain Mietwohnungen im Kommunalen Wohnungsbau zu errichten. Nachfolgerin Elisabeth Koch*

*(CSU) verfolgt eine andere Idee. Sie will das Projekt an einen Privatinvestor übergeben. Um die unterschiedlichen Betriebsmodelle vergleichen zu können, wünschen sich die SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat über acht Sitze verfügen, von der Verwaltung eine tabellarische Übersicht. Sie soll als Entscheidungsgrundlage dienen, welches Konzept umgesetzt wird. Der SPD und den Grünen schweben diese Kennziffern vor: Anzahl und Größe der Wohneinheiten; Höhe der Erbpacht und Länge der Laufzeit; zu erwartende Mieteinnahmen pro Quadratmeter und Länge der Mietbindung; ob ein Belegungsrecht durch die Kommune besteht und die Laufzeit; Qualität der Bauten hinsichtlich Ausstattung und Energieeffizienz; Verteilung der geplanten Wohnungen hinsichtlich der EOF-Stufen (Einkommensabhängige Förderung); Fördermöglichkeit und Zuschusshöhe (Kommunaler beziehungsweise privater Wohnungsbau).*

05/2021 **Grüne: Klimawandel wird zur WM-Gefahr**<sup>85</sup> - Die Bewerbung Garmisch-Partenkirchens um die Ski-WM 2027 stößt den Grünen sauer auf: Nun legen die beiden Landtagsabgeordneten Andreas Krahl und Christian Hierneis mit Kritik nach und warnen vor einer massiven Verschlechterung der Schneesicherheit im Zuge des Klimawandels. Eine Sichtweise, die nicht jeder teilt.

Garmisch-Partenkirchen - Noch ist nichts entschieden. Aber sollte der Wintersportort Garmisch-Partenkirchen tatsächlich den Zuschlag für die alpine Ski-WM 2027 erhalten, schwant dem Grünen-Landtagsabgeordneten Andreas Krahl nichts Gutes. Denn: „Die Schneesicherheit wird wahrscheinlich nicht gegeben sein“, warnt der Seehauser mit Verweis auf die Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung.

Seine düstere Prognose: Einzelne Wettkämpfe müssten vermutlich abgesagt werden. Oder die Veranstalter müssten mit einem gewaltigen Aufgebot an Schneekanonen nachhelfen - was dem Anspruch der Ortspolitik, eine grüne WM auf die Beine zu stellen, in keinster Weise gerecht werde. Außerdem sei es höchst fraglich, findet Krahl, ob Bilder von weißen Pisten in grüner Landschaft den erhofften Werbeeffect bringen. Er könne sich vor diesem Hintergrund nicht vorstellen, spekuliert Krahl, dass die FIS den Zuschlag an den Kreisort erteilt.

Wie berichtet, hat sich dessen Gemeinderat im April mit breiter Mehrheit dafür ausgesprochen, den Hut erneut in den Ring zu werfen, um das publikumsträchtige Großereignis ins Werdenfelser Land zu holen. In den Augen Krahls - seine Parteifreunde vor Ort sind der gleichen Meinung - keine gute Idee. „Ich sehe keinerlei Mehrwert und Sinn in dieser Bewerbung“, kritisiert der Volksvertreter. Garmisch-Partenkirchen sollte seiner Ansicht nach das Geld lieber in den nachhaltigen Tourismus investieren.

---

<sup>85</sup> GPT 20.05.2021 Andreas Seiler

Der Landespolitiker lässt in der Sache nicht locker und hat sich zusammen mit Amts- und Parteikollegen an die Bayerische Staatsregierung gewandt. Dabei geht es um die Schlüsselfrage, wie es in den kommenden Jahren um die Schneesicherheit im Skigebiet Garmisch-Partenkirchen bestellt ist. Dies ist schwer zu beantworten, da die gängigen Berechnungsmodelle verschiedene Szenarien durchspielen. Die Auskünfte aus München sind daher entsprechend vage. Große Sorgen scheint man sich allerdings im Innenministerium des Freistaats, das sich mit der Angelegenheit beschäftigt, nicht zu machen. „Ein signifikanter Trend im Winterniederschlag wird von den Klimamodellen in der nahen Zukunft 2021 bis 2050 nicht erwartet“, lautet die zentrale Erkenntnis.

Krahl und der Münchner Christian Hierneis, ebenfalls Landtagsabgeordneter der Öko-Partei, sind mit der Rückmeldung nicht zufrieden. Die Regierung Söder/Aiwanger, wettern die beiden in einer gemeinsamen Pressemitteilung, habe zwar unlängst den Klimaschutz zur Chefsache erklärt, ignoriere aber konsequent die Klimaveränderungen. Bei der Beantwortung der Anfrage berufe man sich auf eine Studie im Auftrag des Alpenvereins zum Zeitraum 1971 bis 2000 sowie auf eine aktuelle Untersuchung des Umweltministeriums für die Spanne 2021 bis 2050. „Erkenntnisse und Daten der letzten 20 Jahre fallen einfach unter den Tisch und bleiben völlig unberücksichtigt“, beschwerten sich die zwei Grünen. Das süffisante Fazit: „Die Staatsregierung würde den Kopf gern in den Schnee stecken, doch das dürfte selbst mit massivem Aufwand zur künstlichen Beschneigung sehr schwierig werden.“

Neu ist die Diskussion übrigens nicht. „Diese hatten wir schon vor 15 Jahren“, erinnert sich Peter Fischer, Kopf der Ski-WM-Bewerbung. Er hält die vorgebrachten Befürchtungen für unbegründet. „Das ist ein Lesen aus der Glaskugel, das durch nichts belegt ist.“ Die Realität sehe anders aus: In den vergangenen Jahren habe kein einziges Weltcup-Rennen wegen Schneemangels verlegt werden müssen. Im Gegenteil: Zuletzt gab es Fischer zufolge eher zu viel Schnee. Entscheidend sei vielmehr die notwendige Kälte, um Kunstschnee zu erzeugen. Der Fachmann ist daher überzeugt: Auch 2027 werde man in der Lage sein, optimale Pistenverhältnisse zu schaffen.

07/2021 **Das grüne Dilemma**<sup>86</sup> - Beim Streitthema Auerbergstunnel geraten die Grünen in Erklärungsnot - auch in den eigenen Reihen. Denn der Kreisverband und der Ortsverband Garmisch-Partenkirchen scheinen widersprüchliche Positionen zu vertreten. Die politische Konkurrenz lässt sich diese Steilvorlage nicht entgehen.

Landkreis - In einem Punkt sind sich alle einig: Der Landkreis, speziell die Bundesstraße 2 als wichtigste Lebensader, erstickt im Verkehr. Doch in der Frage nach Lösungen scheiden

---

<sup>86</sup> GPT 07.07.2021 Andreas Seiler

sich die Geister. Der Staat setzt auf Beton und Asphalt, auf Tunnel- und Straßenbauprojekte im großen Stil, um die Autolawine in den Griff zu bekommen - nach Ansicht der Kritiker der völlig falsche Weg. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, lautet deren düstere Prognose. Die vielen hundert Millionen Euro wären, so das Schlüsselargument, im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs besser angelegt.

Eine Position, für die auch die Grünen stehen. Kein Wunder: Die Öko-Partei hat sich die Mobilitätswende dick auf die Fahne geschrieben. Doch beim geplanten Auerbergtunnel, der das Nadelöhr am Autobahnende bei Eschenlohe beseitigen soll, ist die Linie, vorsichtig formuliert, nicht klar gezogen - ein Umstand, der intern bereits für Klärungsbedarf sorgte. Die Rede ist von Irritationen. „Das ist blöd gelaufen“, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

Der Stein des Anstoßes: ein Antrag der Grünen-Fraktion im Garmisch-Partenkirchner Gemeinderat, die sich für eine möglichst zeitgleiche Eröffnung der beiden Tunnel Wank und Auerberg stark macht (wir berichteten). Die gewünschte Resolution an das Bundesverkehrsministerium und den Bayerischen Landtag segnete das Gremium Mitte Juni mit breiter Mehrheit ab. Dahinter steckt die Befürchtung, dass der Ortsteil Partenkirchen eines Tages noch größere Verkehrsmassen verkraften muss, sollten bei Eschenlohe die Zeichen auf „freie Fahrt“ stehen.

Doch was gilt jetzt bei den Grünen? Auerbergtunnel - ja oder nein? Auf Kreisebene lehnen diese das Mammutprojekt strikt ab - und warnen davor, das Loisachtal zur Autobahn auszubauen. Der politischen Konkurrenz ist der Widerspruch nicht entgangen. „Ich staune“, kommentiert Garmisch-Partenkirchens Altbürgermeisterin und SDP-Bundestagskandidatin Dr. Sigrid Meierhofer knapp die „Verschiedenartigkeit der Positionen“. Und auch ihre Amtsnachfolgerin von der CSU, Elisabeth Koch, macht auf ihrer Facebook-Seite eine „Diskrepanz“ aus.

Dr. Stephan Thiel, Fraktionschef der Grünen in Garmisch-Partenkirchen, unternimmt einen Erklärungsversuch - und ist um Schadensbegrenzung bemüht. „Wir sind gegen den Auerbergtunnel“, betont er. Und natürlich werde man alles versuchen, diesen zu verhindern. Nur: „Die Chancen sind gering.“ Das Vorhaben genieße Baurecht. Mit dieser Realität müsse man umgehen. Es gehe darum, das Beste daraus zu machen. „Wir können Partenkirchen nicht absaufen lassen.“

Doch es bleibt reichlich Raum für falsche Lesarten. Die Grünen-Kreistagsfraktion stellte die Dinge per Pressemitteilung klar. „Niemand braucht den Auerbergtunnel“, steht in dem Schreiben, das kürzlich verschickt wurde. Die Verwunderung über den Sonderweg der Kollegen aus Garmisch-Partenkirchen ist nicht zu überhören. Christl Freier, Sprecherin der Kreistagsfraktion, bezeichnet diesen als „unglücklich“. Und: „Ich habe nicht Hurra geschrien“,

räumt die Oberammergauerin ein. Denn: „Tunnel sind keine Lösung.“ Sie könne aber das Dilemma im Kreisort nachvollziehen. Dieser brauche dringend eine Verkehrsentslastung. Eine Partei, zwei Ansichten - ist das gut? „Das muss man aushalten“, findet Freier.

Kreisrätin Veronika Jones sieht es ähnlich: Es könne vorkommen, erklärt sie, dass sich auf lokaler Ebene eine andere Perspektive ergibt. Die Murnauerin spricht im konkreten Fall von einem „schwer verdaulichen Ansatz, mit dem Thema pragmatisch umzugehen“. Mit Blick auf die verkehrspolitischen Ziele - weg von der Straße, hin zu einem ganzheitlichen und klimafreundlichen Mobilitätskonzept - befinde man sich jedoch auf der gleichen Wellenlänge.

08/2021 **Grün im Geheimen**<sup>87</sup> - Wenige Mitglieder, dafür Wähler vorhanden - Ortsverband Ammertal/Bad Kohlgrub aufgelöst - Ammertal - Schon oft hat sie Einladungen für Veranstaltungen ausgesprochen. An Bekannte, „die grüner leben als ich“, sagt Astrid Poppenwimmer. Immer kassierte sie eine Abfuhr. „Die würden sich nie zeigen.“ Nie in der Öffentlichkeit die politische Gesinnung offenbaren. Um nicht Gefahr zu laufen, stigmatisiert zu werden. Gerade in kleinen Ortschaften ist das nicht selten der Fall, behauptet die Schatzmeisterin des Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen. „Da wird man schon mal aus der Freundesliste gestrichen, wenn man dazu steht.“ Die Gemeinden im Ammertal - nicht gerade das grünste Pflaster der Region - würden da keine Ausnahmen sein.

Poppenwimmer, die ursprünglich aus dem Dachauer Landkreis stammt und nun in Altenau lebt, engagiert sich für die Öko-Partei, organisierte zum Beispiel Flüchtlingsfeste in Saulgrub und Bad Kohlgrub mit. Ihr Fazit: Sie waren gut besucht. Außer, „wenn sie unter grün gelaufen sind“. Dabei hatte man nach dem historischen Erfolg bei den Landtagswahlen 2018 in Bayern - die Grünen gewannen sechs Direktmandate und wurden mit 17,5 Prozent zweitstärkste Kraft hinter der CSU - auf einen Wachstumsschub gehofft. Grundsätzlich überall, aber auch zwischen Bad Kohlgrub und Ettal. Im Oktober des gleichen Jahres wurde der Ortsverband Ammertal/ Bad Kohlgrub ins Leben gerufen, um schließlich doch wieder im Nirwana zu verschwinden. Was nicht an die große Glocke gehängt wurde - heimlich, still und leise ging er vor eineinhalb Jahren unter.

Schon die Gründung im Kurpark-Restaurant in Bad Kohlgrub war eine zähe Partie. Vor allem ein Führungsteam zu bilden, gestaltete sich als schwierig, gelang aber schließlich. Doch Sprecherin Doro Sührig verabschiedete sich bald wieder von ihrem Posten. Sie zog um, gehört mittlerweile dem Kreisverband Weilheim- Schongau an. „Ich bin im Ammertal nicht mehr aktiv“, sagt sie. Ihr Kollege Kai Schwarze, beruflich stark eingebunden, organisierte Aktionen und Stammtische, resignierte aber irgendwann. Die Resonanz - „fast null“. Zu den sieben

---

<sup>87</sup> GPT 31.08.2021 Manuela Schauer

Mitgliedern, mit denen man gestartet war, gesellte sich niemand hinzu. „Es war einfach viel zu wenig Zuspruch im Ammertal da“, bilanziert Schwarze, der mittlerweile als Mitglied bei den Grünen ausgetreten ist. Poppenwimmer, die sich als Schriftführerin zur Verfügung gestellt hatte, wollte der Mission Ortsverband damals zwar eine Chance geben, versprach sich aber nicht zu viel davon. Während die Pendants in Murnau und Garmisch-Partenkirchen ihr zufolge wachsen, konnte man mit den paar wenigen Mitstreitern keinen Blumentopf gewinnen.

Nach wie vor halten sich die Mitgliederzahlen der Grünen im Ammertal in Grenzen. „Es ist schwach belegt“, sagt Poppenwimmer. Lediglich ein paar Einzelkämpfer gebe es in den sechs Gemeinden. Darunter bekannte Vertreter wie die Kreisräte Georg Buchwieser (Unterammergau) und Christel Freier (Oberammergau). Was aber nicht heißt, dass die Politik der Partei keinen Anklang findet. „Von der Wählerschaft sind wir immer wieder positiv überrascht“, betont die Kreisschatzmeisterin. Bei der Bundestagswahl 2017 lagen die Ergebnisse der Grünen in allen sechs Orten bei Erst- und Zweitstimmen bei über fünf Prozent. In Oberammergau sogar bei über zehn Prozent. „Nur outen sich die Wähler ungern.“

Auf die Grünen im Geheimen vertraut Poppenwimmer und der Kreisverband auch heuer. Das Ammertal wurde trotz der geringen Mitgliederzahlen nicht im besonderen Maß bespielt. Der Wahlkampf beschränkte sich auf zwei Infostände in Oberammergau. Von einer solchen Anlaufstelle in Bad Kohlgrub ließ die Partei ab. Sie wollte an einem Markttag, also mittwochs, die Werbetrommel rühren, was die Gemeinde grundsätzlich nicht erlaubt. Die Hoffnung auf einen Aufschwung in diesem Teil des Landkreises hat Poppenwimmer noch nicht begraben. Logischerweise hofft sie, dass die Grünen in die Regierungsverantwortung kommen. „Dann ändert sich das vielleicht.“